

Das „Soziale Basel“ Bestandesanalyse 2007

(CMS-internes Arbeitspapier)

**Auf der Grundlage von 33 Experteninterviews
und einer umfassenden Literatur- und Dokumentenanalyse**

Danksagung

Mein Dank gilt allen Expertinnen und Experten des „Sozialen Basels“, welche sich mir als Schlüsselpersonen ihres jeweiligen Arbeits- und Themenbereichs für ein Interview zur Verfügung gestellt haben.

Ohne ihre Bereitschaft, grosszügig Erfahrung, Wissen und Ansichten mit mir zu teilen, wäre dieser Bericht nicht zustande gekommen. Die darüber hinaus zur Verfügung gestellte schriftliche Information und Dokumentation ermöglichte mir eine ergänzende und vertiefte Einsicht in die Materie.

Bestandesanalyse durchgeführt von:

Hannes Herrmann

Herrmann Consulting Basel

St. Alban-Rheinweg 116

CH-4052 Basel

eMail: herrmann@hannes.ch

Web: www.herrmannconsulting.ch

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
A. Einführung	2
1 Ausgangslage.....	2
2 Themen- und Wirkungsbereiche des „Sozialen Basels“	3
B. Allgemeine Ergebnisse und Aussagen	6
3 Institutionelles Angebot des „Sozialen Basels“.....	6
C. Spezifische Ergebnisse und Aussagen	10
4 Alter, Verlust von Mobilität & Selbständigkeit.....	10
5 Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit	14
6 Armut & Soziale Desintegration	19
7 Behinderung & Invalidität.....	23
8 Krankheit & Unfall.....	28
9 Sexuelle Diskriminierung & Genderfragen.....	33
10 Gewalt & Kriminalität	37
11 Migration & Integration	41
12 Wohnen, (Frei-)Raum & Quartier // Begegnung & Beziehung.....	45
13 Bildung & Erziehung.....	49
14 Freizeit & Kultur	53
D. Anhang	59
15 Literatur/Dokumentation	59
16 Liste der interviewten Schlüsselpersonen.....	64
17 Anzahl Institutionen des „Sozialen Basels“ nach Themen- und Wirkungsbereich	65
18 Anzahl Institutionen des „Sozialen Basels“ nach Schlagwort.....	66

Akronyme und Abkürzungen

AFBB	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung Basel-Stadt (www.afbb.bs.ch)
AHBasel	Aufnahmeheim Basel (www.ahbasel.ch)
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung (www.avs.admin.ch/Home-D/AHV/ahv.html)
AIZ	Arbeitsintegrationszentrum
AJFP	Abteilung Jugend, Familie & Prävention (www.ajfp.bs.ch)
ALV	Arbeitslosenversicherung
ASB	Amt für Sozialbeiträge (www.asb.bs.ch)
AWA	Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt (www.awa.bs.ch)
BBT	Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (www.bbt.admin.ch)
BD	Baudepartement Basel-Stadt (www.bd.bs.ch)
BFA	Basler Freizeitaktion (www.bfa-bs.ch)
BSV	Bundesamt für Sozialversicherung (www.bsv.admin.ch)
ED	Erziehungsdepartement Basel-Stadt (www.ed.bs.ch)
EL	Ergänzungsleistungen (www.avs.admin.ch/Home-D/EL/el.htm)
ELG	Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen (www.admin.ch/ch/d/sr/831_30/index.html)
EO	Erwerbsersatzordnung (www.avs.admin.ch/Home-D/EO/eo.html)
FaBe	Familien- und Erziehungsberatung (www.familienberatungbasel.ch)
FZ	Familienzulagen (www.avs.admin.ch/Home-D/familienland/familienland.html)
GD	Gesundheitsdepartement Basel-Stadt (www.gd.bs.ch)
GSB	Gleichstellungsbüro Basel-Stadt (www.gleichstellung.bs.ch)
HPA	Hochbau- und Planungsamt Basel-Stadt (www.bd.bs.ch/hpa)
IIZ	Interdisziplinäre Zusammenarbeit (www.iiz.ch/KantProjekteListe.aspx?KantonID=BS)
IV	Invalidenversicherung (www.avs.admin.ch/Home-D/IV/iv.html)
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (www.admin.ch/ch/d/sr/831_20/index.html)
JD	Justizdepartement Basel-Stadt (www.jd.bs.ch)
KK	Krankenkasse(n)
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung (www.admin.ch/ch/d/sr/832_10/index.html)
MAMAC	Medizinisch-Arbeitsmarktliche Assessments mit Case Management
NGO	Nicht-Regierungs-Organisation (Non-Governmental-Organisation)
NPM	New Public Management
NPO	Non-Profit-Organisation
RAV	Regionale Arbeitsvermittlungsstellen (der kantonalen Arbeitsämter)
SHB	Sozialhilfe Basel (www.sozialhilfe.bs.ch)
SiD	Sicherheitsdepartement Basel-Stadt (www.sid.bs.ch)
SKOS	Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (www.skos.ch)
SVA	Sozialversicherungsanstalt
UKBB	Universitätskinderspitäler beider Basel (www.ukbb.ch)
UPK	Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (www.upkbs.ch)
USB	Universitätsspital Basel-Stadt (www.unispital-basel.ch)
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung (www.admin.ch/ch/d/sr/832_20/index.html)
VVG	Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag (www.admin.ch/ch/d/sr/221_229_1/index.html)
WSD	Wirtschafts- und Sozialdepartement Basel-Stadt (www.wsd.bs.ch)

Zusammenfassung

Armut stellt heute keine direkt lebensbedrohende Gefahr mehr dar, wie das noch zu Zeiten von Christoph Merian alltäglich war. Trotzdem betrifft absolute Armut in Basel auch heute noch rund 13'000 Personen. Relative Armut betrifft zudem all diejenigen, die trotz Vollerwerb das Existenzminimum nicht oder nur knapp erreichen, alleinerziehende Mütter ohne ausreichende Unterstützung oder alte Menschen, die mit ihrer AHV-Rente genauso wenig ein Auskommen haben wie Behinderte mit einer IV-Rente. Armut ist also auch heute noch das grösste soziale Risiko mit schwerwiegenden Konsequenzen: Armut bedeutet soziale und kulturelle Isolation, sie führt zu gesundheitlichen (psychischen und physischen) Problemen, beeinträchtigt die Bildungschancen und wird so vor allem von sozial schwachen und bildungsfernen Eltern an die Kinder weiter gegeben (Armut wird dann „vererbt“).

Armut entsteht als Folge von fehlendem oder ungenügendem Einkommen. Die grössten Armutsrisiken sind Erwerbsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit. Beide entstehen vorwiegend aufgrund von schlechter schulischer Ausbildung und beruflicher Qualifikation sowie durch Krankheit und Unfall. Alter, Kinder, Scheidung, Trennung sowie Konsumzwang und Verschuldung sind weitere grosse Risiken. Die „Linderung der Not und des Unglücks“ am Ende der Ursachen-Wirkungs-Kette wird heute von der Sozialhilfe effektiv und effizient übernommen. Auf der Ursachenebene bestehen jedoch viele Lücken im „Sozialen Basel“, die der CMS viel Raum lassen, um mit ihrem Engagement Not und Unglück gar nicht erst entstehen zu lassen.

Die CMS wird als starker Akteur im „Sozialen Basel“ begriffen. Breite und Diversifizierung des Engagements werden durchwegs als positiv betrachtet. Eine strategische Konzentration der Aktivitäten könnte jedoch einer besseren Profilierung und klareren Wahrnehmung gegen aussen dienlich sein. Dies würde eine starke Führerschaft der CMS in den strategisch gewählten Schwerpunktbereichen unterstützen. Die Beseitigung von Überschneidungen und Parallelen im Engagement der CMS mit dem Engagement der GGG könnte der besseren Profilierung beider Institutionen dienen und würde zugleich den Akteuren des „Sozialen Basels“ die Wahl des richtigen Ansprechpartners in Zukunft erleichtert.



Schlussfolgerungen & Empfehlungen

- ▶ Das Streben der CMS, Lücken und Nischen innerhalb des Angebots des „Sozialen Basels“ proaktiv zu entdecken und zu füllen, sollte beibehalten werden. Die CMS sollte sich auch weiterhin für vernachlässigte Zielgruppen einsetzen. Mittel- und langfristig sind dabei die auf präventive Wirkung angelegten Projekte der reinen Symptombekämpfung vorzuziehen.
- ▶ Priorität sollten die Unterstützung und der Ausbau von bewährten, bereits bestehenden Angeboten haben, bevor für einen partikulären Bedarf oder eine kleine Zielgruppe ein neues Angebot geschaffen wird. Die CMS sollte insbesondere Wirkungsgemeinschaften fördern. Unterstützt werden sollten also bevorzugt Trägerschaften und Einrichtungen, welche interdisziplinär in Netzwerken arbeiten, sich allseits kooperativ verhalten und eine hohe Bereitschaft zur Flexibilität zeigen.
- ▶ In den gesellschafts- und sozialversicherungspolitisch prioritären Themen- und Wirkungsbereichen sollte die CMS eine nahe Anbindung an die wichtigsten Protagonisten der Verwaltung suchen und pflegen.
- ▶ Anstatt immer wieder einzelne Projekte auf Antrag hin zu finanzieren sollte die CMS prüfen, ob mit einzelnen grösseren und in der bisherigen Zusammenarbeit bewährten Trägerschaften nicht zu einer Finanzierungsweise im Sinne eines Rahmenvertrags mit Globalbudget gewechselt werden könnte.
- ▶ Die CMS sollte sich weiterhin auf Angebote für sozial schwache und benachteiligte Randgruppen konzentrieren. Die Fokussierung auf Kinder- und Jugendprojekte sollte beibehalten oder verstärkt werden. Angesichts der Migrationsproblematik in Kindergarten, Schule, Lehre und Beruf drängt sich zudem der Aufbau eines neuen Förderschwerpunkts mit Zielgruppe „Kleinkinder im Vorkindergartenalter“ auf.
- ▶ Nebst der Prüfung auf Modellhaftigkeit, Breitenwirkung und Nachhaltigkeit sollten Finanzierungsgesuche zukünftig konsequent auch auf die Kriterien Gender-Balance, Umweltverträglichkeit, Kinder-, Jugend- und Familienverträglichkeit sowie Integrations- und Partizipationsförderung geprüft werden.

A. Einführung

1 Ausgangslage

1.1 Auftrag

Die Christoph Merian Stiftung befand sich zu Beginn 2007 in einer Phase der Überprüfung von Leitbild und Unternehmensstrategie sowie der mittelfristigen Projekt- und Aktivitätsplanung.

Vor dem Hintergrund der sich kontinuierlich wandelnden gesellschaftlichen Entwicklung und Rahmenbedingungen wurden in den einzelnen Aufgaben- und Aktivitätsfeldern der Christoph Merian Stiftung bestehende Prioritäten und Engagements überprüft und allfällige Korrekturen und/oder Ergänzungen diskutiert.

Die Abteilung Soziales & Stadtentwicklung plante in diesem Zusammenhang eine modifizierte Wiederholung des 1998 als interne Studie erstellten Thesenpapiers zum „Sozialen Basel“. Im Sinne einer Bestandes- und Bedarfsanalyse sollte die aktuelle Situation in 15 definierten Themenbereichen des „Sozialen Basels“ erneut betrachtet werden. Die Ergebnisse sollten die Basis für weitere Entscheide betreffend zukünftige Ausrichtung und Planung der Abteilung Soziales & Stadtentwicklung liefern. Für die konkrete Durchführung dieser Abklärungen wurde an *Herrmann Consulting Basel* ein entsprechender Auftrag erteilt.

1.2 Fragestellung und Zielsetzung

Im Rahmen dieses Auftrags wurde der folgende Fragenkomplex bearbeitet:

- a) Auf der Basis einer kurzen, eher summarischen Analyse der heutigen Situation des „Sozialen Basels“ wurde der Status Quo betreffend Akteure, Aktivitäten und Befindlichkeit in 15 definierten Themen- und Wirkungsbereichen beschrieben. Als Ergebnis resultiert ein Überblick über die wichtigsten Protagonisten, ihre Aktivität und ihr Umfeld (Ist-Zustand).
- b) Zur Definition eines möglichen Soll-Zustands wurde einerseits auf aktuelle und brennende Problemfelder und Bedürfnisse des „Sozialen Basels“ eingetreten. Andererseits wurden mit Blick in die Zukunft auch latente oder manifeste Lücken oder Überangebote, Hoffnungen oder Befürchtungen sowie Trends, Visionen und Wünsche der Beteiligten aufgespürt (Soll-Zustand).
- c) Aus der Gegenüberstellung von Ist- und Soll-Zustand und einer Bewertung der Resultate werden mögliche neue und/oder erweiterte Aktionsfelder für das zukünftige Engagement der Christoph Merian Stiftung im und für das „Soziale Basel“ aufgezeigt.

Der vorliegende Bericht zuhanden der Christoph Merian Stiftung versucht, die Antworten und Resultate zum oben formulierten Fragenkomplex so ausführlich wie notwendig, so knapp wie möglich und verständlich formuliert darzustellen. Der Bericht ist im Sinne eines Arbeits- oder Thesenpapiers für den internen Gebrauch innerhalb der Christoph Merian Stiftung gedacht.

1.3 Methodik

Die Bestandesanalyse sollte die wichtigsten aktuellen Konzepte sowie die heterogenen Meinungen der wichtigsten Akteure des „Sozialen Basels“ gebührend berücksichtigen. Dies wurde methodisch mittels eines partizipativen Ansatzes gewährleistet.

Dazu wurden 30 Schlüsselpersonen in semi-strukturierten Experten-Interviews¹ von ein bis zwei Stunden Dauer persönlich befragt, drei Personen telefonisch. Pro Themen- und Wirkungsbereich wurde mindestens eine Person aus der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt gewählt, eine andere aus dem privaten Sektor.

¹ Experten = Expertinnen! In diesem Bericht wird zur einfacheren Formulierung und Lesbarkeit zuliebe meist nur die männliche Form gebraucht wird. Selbstverständlich sind dabei immer beide Geschlechter gemeint. Wo möglich wurde eine geschlechtlich neutrale Formulierung gesucht und gebraucht.

Zu gewissen Themen wurden gezielt zusätzliche Personen telefonisch befragt. Ergänzend wurde die in grosser Menge verfügbare schriftliche Dokumentation und Information sowie die einschlägige Literatur zum jeweiligen Themen- und Wirkungsbereich gesichtet und bezüglich obiger Fragestellung ausgewertet.

1.4 Aufbau des Berichts

In einem ersten Teil B werden allgemeine, über alle oder über den Grossteil der Themen- und Wirkungsbereiche gültige Aussagen gemacht. In einem zweiten Teil C werden die Themen- und Wirkungsbereiche im Einzelnen abgehandelt. Dabei wird auf die folgenden Fragenkomplexe eingegangen:

- a. Allgemeine Betrachtung
- b. Positive Trends & Chancen / Negative Trends & Risiken
- c. Relevanz für Lebensabschnitt & Zielgruppe
- d. Angebot & Verantwortlichkeiten
- e. Nachfrage, Bedarf & Lücken
- f. Ansatzpunkte für Engagement & Projekte
- g. Schlussfolgerungen & Empfehlungen

1.5 Einschränkende Bemerkungen

Wie bei jeder ähnlichen Untersuchung dieses Typs sind Einschränkungen unvermeidlich. Die offensichtlichste Limitierung ist die fehlende quantitative Repräsentativität dieser Bestandesaufnahme. Die über 700 im „Sozialen Basel“ aktiven staatlichen Stellen und nicht-staatlichen Organisationen (gemäss Basler Sozialkompass) werden durch die ausgewählte Anzahl von 33 Interviewpartnern selbstverständlich nicht repräsentativ vertreten. Daher müssen die in diesem Bericht gemachten Beobachtungen und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen in einer rein qualitativen Dimension betrachtet werden.

Die zweite Einschränkung betrifft die vergleichsweise kurze Auftragsdauer. Bei mehr verfügbarer Zeit hätten eine breitere Recherche und ein vertieftes Studium vor allem der reichlich vorhandenen Literatur und zur Verfügung gestellten Dokumentation zu jedem Themen- und Wirkungsbereich sicherlich wertvolle zusätzliche Erkenntnisse hervorgebracht. Mit ausführlichen Literaturangaben sowie zahlreichen Verweisen auf interessante Internetseiten soll für weitergehende Recherchen der Verantwortlichen der Christoph Merian Stiftung eine Ausgangslage geschaffen werden.

2 Themen- und Wirkungsbereiche des „Sozialen Basels“

2.1 Allgemein

Die in der CMS-internen Studie „Das Soziale Basel“ von 1998 vorgenommene Definition von 15 sogenannten *sozialen Handlungsfeldern* wurde für die Bestandesanalyse weitgehend übernommen:

1. Alter/Pflege	6. Bildung/Erziehung	11. Gewalt/Kriminalität
2. Arbeitslosigkeit	7. Ehe/Familie	12. Kinder/Jugendliche
3. Armut	8. Freizeit/Kultur	13. Konsum/Sucht/Drogen
4. Begegnung/Beziehung	9. Gender/Sexualität	14. Migration/Integration
5. Behinderung	10. Gesundheit/Krankheit	15. Wohnen/Raum/Quartier

Die oben aufgezählten sogenannten *sozialen Handlungsfelder* (Wortwahl Studie 1998) bezeichnen Zielgruppen, soziale Themen- und Problemfelder sowie Lebensbereiche und/oder Lebensabschnitte – teilweise auch mehreres gleichzeitig. Überschneidungen oder Überlappungen sind daher zwingend, wobei zwischen vielen der 15 *sozialen Handlungsfelder* eine korrelative oder gar kausale Beziehung besteht².

² So ist jedes Angebot im Bereich Freizeit/Kultur mindestens auch in einem anderen Bereich (Schnittpunkt mit Zielgruppe und/oder Themenbereich) zu finden. So ergeben die in der CMS-internen Studie „Das Soziale Basel“ von 1998 aufgelisteten Angebote addiert die Summe von 1'121. Das bedeutet aber, dass ein grosser Teil dieser Angebote (mindestens) doppelt gezählt wurde, sind doch im Sozialkompass des Kantons Basel-Stadt „nur“ etwas mehr als 700 Einrichtungen aufgeführt.

Zur Visualisierung dieser vielfältigen wechselseitigen Beziehungen werden die 15 *sozialen Handlungsfelder* mittels einer dreidimensionalen Matrix solcherart neu geordnet, dass die beschriebene Komplexität übersichtlich dargestellt werden kann. Die 15 *sozialen Handlungsfelder* wurden dabei auf 12 *Themen- und Wirkungsbereiche* reduziert, welche sich auf fünf zeitlich abgegrenzte Lebensabschnitte (Zielgruppen) beziehen.

		Risiko- & Problembereiche:															
		1. Alter, Mobilitäts- & Selbstständigkeitsverlust		2. Erwerbs- & Arbeitslosigkeit		3. Armut & Soziale Desintegration		4. Behinderung & Invalidität		5. Krankheit & Unfall		6. Sexuelle Diskriminierung & Genderfragen		7. Gewalt & Kriminalität		8. Migration & Integration	
Lebensabschnitte:	a. Kleinkinder (vor Kindergarten)																
	b. Kinder (bis Ende Primarschule)																
	c. Jugendliche, junge Erwachsene																
	d. Erwachsene, Eltern, Familien																
	e. Rentner, Alte, Hochbetagte																
		Entwicklungs- & Förderbereiche:															
		9. Begegnung & Beziehung 10. Wohnen, (Frei-)Raum, Quartier 11. Bildung & Erziehung 12. Freizeit & Kultur															

In dieser dreidimensionalen Matrix werden also drei Gruppen von *Themen- und Wirkungsbereichen* sowie zusätzliche fünf verschiedene Lebensabschnitte (entsprechen gleichzeitig Zielgruppen) unterschieden. Das soll nachstehend vertieft ausgeführt werden, da sich der Bericht im weiteren Verlauf auf diese Definition stützt.

2.2 Sozialversicherungs-relevante (Themen- und) Risikobereiche

1. Alter, Verlust von Mobilität & Selbständigkeit (Pflege, Partizipation, Mobilitätsförderung)
2. Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit (Bildung, Arbeit, Arbeitsintegration, soziale Integration)
3. Armut & Soziale Desintegration (Existenzsicherung, Arbeitsintegration, soziale Integration)
4. Behinderung & Invalidität (Heilung, Rehabilitation, (Re-)Integration)
5. Krankheit & Unfall (Heilung, Rehabilitation, (Re-)Integration)
- 5a. Suchterkrankungen (Harm Reduction, Repression, Therapie, Integration)

Die heutige Ausgestaltung der Sozialversicherungen in der Schweiz bezieht sich denn auch auf diese fünf *sozialversicherungs-relevanten Themen- und Risikobereiche*. In allen fünf Bereichen geht es – bezogen auf die vorgeschlagenen und durchgeführten sozialpolitischen Massnahmen – meist immer auch um Verbeugung und Verhinderung. Prävention, Beratung, Gesundheitsförderung, Bildung sowie jegliche weitere Massnahmen zur Abwendung des versicherten „Schadensereignisses“ nehmen in allen Bereichen eine zentrale Stellung ein. Damit soll das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und/oder die soziale Desintegration wenn immer möglich vermieden oder aber die Folgen abgeschwächt werden. Das „Risiko“ Alter nimmt dabei eine Sonderstellung ein, da es (als Ereignis) nicht abwendbar und daher im strengen versicherungstechnischen Sinne eigentlich auch nicht versicherbar ist (Eintreffenswahrscheinlichkeit = 100%). Versichert werden denn auch nur die möglichen (negativen) Konsequenzen des Alterns.

Viele der aktuellen Bestrebungen und Aktivitäten im „Sozialen Basel“ beziehen sich denn richtigerweise auch auf die Ursachenbekämpfung und nicht auf die Symptombekämpfung („at the end of the pipe“).

2.3 Gesellschaftspolitische (Themen- und) Problembereiche

6. Sexuelle Diskriminierung & Genderfragen (Information, Aufklärung, Erziehung)
7. Gewalt & Kriminalität (Prävention, Beratung, Erziehung, Therapie, Repression)
8. Migration & Integration (Beratung, Erziehung, Partizipation, Integration)

Diese drei *gesellschaftspolitischen Themen- und Problembereiche* hängen eng mit den unter A) aufgezählten sozialversicherungs-relevanten Themen- und Problembereichen zusammen. Alle drei sind jedoch eigentliche Querschnittsthemen und können fast nicht für sich allein betrachtet werden. Sie kreuzen sowohl alle Lebensabschnitte als auch alle Themen- und Problemfelder. Sie ergeben für sich allein stehend wenig Sinn. Bedeutung erhalten sie vor allem in Kombination mit Lebensabschnitt *und/oder* Themen- und Problemfeld. Sie müssten daher eigentlich wie eine zusätzliche Dimension *quer* über die Matrix gelegt werden können.

2.4 Gesellschaftspolitische Entwicklungs- und Förderbereiche

9. Begegnung & Beziehung (Gemeinwesenarbeit, Nachbarschaftshilfe, Sozialeinsatz)
10. Wohnen, (Frei-)Raum & Quartier (Wohnungspolitik, Stadt- & Quartierentwicklung)
11. Bildung & Erziehung (Bildungspolitik, Familienpolitik)
12. Freizeit & Kultur (Freizeitangebote, Kulturpolitik)

Diese *gesellschaftspolitischen Entwicklungs- und Förderbereiche* mit eher positiver Konnotation bezeichnen weniger Probleme oder Problemfelder, sondern stellen mit einem reichen gesellschaftspolitischen Instrumentarium quasi den Gegenpol zu den unter A) und B) aufgezählten eher negativ konnotierten gesellschaftlichen Phänomenen. Sie sind als „Aktivposten“ der Gesellschaftspolitik zu betrachten. Deren ungenügende Ausgestaltung oder gar Absenz wiederum führt zu gesellschaftspolitischen Problemen wie beispielsweise zu Vereinsamung (ad 9), Wohnungsnot und Obdachlosigkeit (ad 10), Beschäftigungsproblemen und Chancengleichheit (ad 11) oder zu geistiger und kultureller Verarmung sowie Aggressivität (ad 12).

Allen 12 Themen- und Wirkungsbereichen ist gemeinsam, dass sie die Menschen unseres Gemeinwesens von „der Wiege bis zur Bahre“ begleiten, betreffen und betroffen machen. Um die Aktivitäten und Massnahmen innerhalb des „Sozialen Basels“ sinnvoll zu gruppieren, werden schliesslich die nachfolgenden Lebensabschnitte definiert, welche gleichzeitig auch die jeweiligen Zielgruppen abgrenzen.

2.5 Zielgruppen nach Lebensabschnitt

- a. Kleinkinder 1- bis 4-jährig (vor Kindergarten)
- b. Kinder ab Kindergarten bis Ende Primarschule
- c. Jugendliche und junge Erwachsene
- d. Erwachsene, Eltern, Familien
- e. Rentner, Alte, Hochbetagte

Im bisherigen Raster wurden die Zielgruppen nicht gesondert erfasst – mit Ausnahme der Kinder, Jugendlichen sowie Familien. Wie aber in der obigen Matrix deutlich veranschaulicht, richten sich die meisten Angebote des „Sozialen Basels“ parallel an verschiedene Zielgruppen verschiedener Altersbereich. Diese können jedoch in den seltensten Fällen über einen Leisten geschlagen werden. Besonders bedeutsam erscheint uns die Unterteilung der stark heterogenen und disparaten Gruppe Kinder/Jugendliche gemäss der drei Lebensperioden, welche in diesem Alter für Lebensstil sowie Probleme (und damit auch für die Ausgestaltung von Projekten) prägend sind: Vorkindergartenalter, Schule sowie Übergang Schule ins Berufsleben.

B. Allgemeine Ergebnisse und Aussagen

3 Institutionelles Angebot des „Sozialen Basels“

3.1 Gesamtbetrachtung

Im Allgemeinen wird das heute existierende Angebot an staatlichen Stellen und privaten Einrichtungen im „Sozialen Basel“ als gut ausgebaut bezeichnet – dies durchwegs von staatlicher als auch von privater Seite. Einigkeit herrscht darüber, dass in Zukunft vor allem bestehende, bewährte Angebote gestützt und wenn nötig ausgebaut werden sollten. Neue Angebote aufzubauen halten die meisten der Befragten nicht für sinnvoll.

Strukturelle Korrekturen (Strukturbereinigung) innerhalb des bestehenden Angebots werden heute nicht mehr als vordringlich betrachtet. Dies vor allem vor dem Hintergrund der vergangenen 15 Jahre, welche durch den allgemeinen Finanzdruck bereits ein gerütteltes Mass an Strukturbereinigung bewirkt haben. Das Thema ist zwar nach wie vor nicht vom Tisch, jedoch halten die meisten „den Markt“ für stark genug, dass notwendige strukturelle Anpassungen über den normalen Konkurrenzdruck ausgelöst werden.

Parallel zu den Strukturbereinigungen im „Sozialen Basel“ hat der Professionalisierungsgrad im gesamten sozialen Bereich zugenommen. Ein grosser Teil der Einrichtungen hat sich strukturell und organisatorisch den neuen Anforderungen angepasst. Diese Einrichtungen werden heute meist von einer Geschäftsführerin oder einem Geschäftsführer und nach den Prinzipien eines zeitgemässen Managements geführt³.

Die Vorstände und Stiftungsräte der meisten Trägerschaften konzentrieren sich heute denn auch auf die strategische Arbeit und „mischen“ sich nur noch falls notwendig und unumgänglich in das operative Geschäft ihrer Einrichtungen ein⁴.

An die Adresse der Christoph Merian Stiftung:

Das breite Engagement der Christoph Merian Stiftung wird von allen Interviewpartnern als per se lobenswert und als für das „Soziale Basel“ hilfreich, ja gar als unverzichtbar angesehen.

Genau diese Breite und Vielfalt des Engagements wird aber gleichzeitig auch kritisiert. Von Aussenstehenden wird oft eine klare strategische Ausrichtung der Aktivitäten und Projekte der Christoph Merian Stiftung vermisst.

3.2 Defizite und Lücken

Von allen Befragten wird die eigene Situation betreffend Ressourcen als weitgehend zufriedenstellend betrachtet, um die Hauptaktivitäten für das Gros der Zielgruppe(en) befriedigend realisieren zu können. Hingegen seien die als notwendig betrachteten Zusatz- und/oder Begleitangebote zugunsten eines jeweils meist kleinen Teils der Zielgruppe(en), welcher vom Hauptangebot der Einrichtungen nicht erfasst wird oder nicht erfasst werden kann, nur schwer realisierbar. Dadurch würden immer wieder kleine Randgruppen von Bedürftigen nicht oder nur ungenügend betreut und fielen so durch die Maschen des „Sozialen Basels“.

An die Adresse der Christoph Merian Stiftung:

Die Christoph Merian Stiftung habe aufgrund ihrer Unabhängigkeit und ihres finanziellen Potentials die Möglichkeit, sich gezielt zugunsten vernachlässigter Gruppen zu engagieren. Mit der Unterstützung von unkonventionellen, oft auch experimentellen Projekten für nicht oder nur schwer erreichbare Zielgruppen könnten manche bis heute nicht beachtete Nischen und kleinere Lücken des „Sozialen Basels“ abgedeckt werden.

³ Bei der Stellenbesetzung solcher Positionen wird heute normalerweise eine entsprechende berufliche Ausbildung (oder Weiterbildung) im Management von Non-Profit-Organisationen (NPO) gefordert.

⁴ Diese Aussage gilt, auch wenn Gegenteiliges immer wieder vorkommt, und auch wenn Gegenteiliges in gewissen Einrichtungen gar noch immer die Regel sein mag.

3.3 Koordination und Steuerung

Trotz des generell als gut und ausreichend bezeichnetem Angebots wird viel Optimierungspotential für das „Soziale Basel“ in einer besseren Koordination und gegenseitigen Abstimmung der Angebote vermutet. Staatliche Stellen sowie grosse Geldgeber wie Christoph Merian Stiftung oder GGG könnten hier nach der Ansicht diverser Personen durchaus auch (oder vermehrt) Koordinations- und Steuerfunktionen übernehmen.

Dem Anliegen und Anspruch, Koordinationsfunktion zu übernehmen, stehen bei den staatlichen Stellen meist Hindernisse wie Sparmassnahmen, fehlende personelle Ressourcen sowie zu grosse Distanz zur Basis entgegen. Bei den grossen privaten Geldgebern Christoph Merian Stiftung und GGG wird in denjenigen Bereichen, in welchen die Institutionen stark vertreten sind, die Übernahme einer Koordinationsfunktion vermisst (obwohl die Themen-Führerschaft dies legitimieren würde). Als Ursache wird vor allem die hohe Diversifizierung des Engagements und die fehlende Konzentration des Aktivitätsspektrums identifiziert.

Ein besonderer Koordinationsbedarf wird vor allem in den Themenbereichen *Kinder & Jugendliche, Freizeit & Kultur, Migration & Integration, Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit* sowie *Bildung* geortet.

An die Adresse der Christoph Merian Stiftung:

Oft kritisiert wird die als fehlend oder mangelhaft wahrgenommene Abgrenzung des Engagements der Christoph Merian Stiftung zum ebenso diversifizierten und vielfältigen Engagement der GGG. Für viele nicht oder nur schwer erklärbar sind die Überschneidungen und/oder Parallelitäten der Aktivitäten beider Institutionen. Bei der Entwicklung neuer Ideen und der Lancierung neuer Projekte herrscht bei den Trägerschaften des „Sozialen Basels“ denn auch oft Unsicherheit darüber, wofür nun welche der beiden Institutionen als zuständiger oder potentieller Partner angegangen werden soll.

Im Zweifelsfalle wird ein Unterstützungs- respektive Finanzierungsgesuch an beide Institutionen gerichtet (ergänzt durch ein Gesuch an den Lotteriefonds). Dieses Verhaltensmuster ist bei vielen Trägerschaften des „Sozialen Basels“ durchaus generelle Praxis.

3.4 Finanzierung

Eine unsichere Zukunft birgt für viele Befragte der neue Finanzausgleich (NFA). Einerseits besteht die Angst, dass heute vom Bund garantierte Leistungen nach Ablauf der Übergangs- respektive Einführungsjahre vom Kanton beschnitten werden. Andererseits sehen einige Personen die Gefahr eines neuen Verteilungskampfs um den bestehenden (finanziellen) Kuchen auf sich zukommen. Diese Unsicherheit besteht vor allem bei denjenigen Institutionen, welche vollständig oder teilweise über Gelder der Invalidenversicherung (IV) oder der Arbeitslosenversicherung (ALV) finanziert werden⁵.

An die Adresse der Christoph Merian Stiftung:

Die beobachtete Praxis der Christoph Merian Stiftung, sowohl Anschubfinanzierungen als auch Dauerfinanzierungen zu gewähren, wird von den meisten Befragten zwar geschätzt (Figgi & Mühli), führt jedoch auch zu Wahrnehmungs- und Verständnisschwierigkeiten. So werden von den einen die Finanzierungsrichtlinien als unklar oder als widersprüchlich bezeichnet⁶, in den Augen der anderen mangelt es hingegen bei der konsequenten und konsistenten Anwendung.

Ambivalenterweise werden von den einen denn auch vermehrt Anschubfinanzierungen gefordert, von den andern hingegen vermehrt Dauerfinanzierungen. Erstere kritisieren, dass für viele Projekte besonders in der Planungs- und Projektierungsphase kaum Gelder aufzubringen seien. Letztere beklagen, dass hoffnungsvolle, gut angelaufene Projekte nach erfolgreicher Startphase durch die heutige Praxis oft unvermittelt vor finanziell ungesicherter Zukunft stünden, ja gar gefährdet seien.

⁵ Diese Angst mag erstaunen, hat doch gerade die ALV diese Delegation von Kompetenzen und Finanzen vom Bund an die Kantone bereits seit einigen Jahren ohne grossen Anlass zu Klagen erfolgreich vollzogen.

⁶ „Wir unterstützen konkrete, modellhafte, in sich abgeschlossene, nachhaltige sowie auf Breitenwirkung hin angelegte Projekte“ (Förderbeiträge der Christoph Merian Stiftung / Richtlinien und Vorgehensweise).

3.5 Schlussfolgerungen & Empfehlungen betreffend Christoph Merian Stiftung

- ▶ Obwohl Breite und Diversifizierung des Engagements der Christoph Merian Stiftung weit herum als positiv betrachtet werden, könnte eine strategische Konzentration der Aktivitäten einer besseren Profilierung und klareren Wahrnehmung gegen aussen dienlich sein. Dies könnte zu – gegenüber heute – klaren Verhältnissen betreffend thematische Zuständigkeit der Christoph Merian Stiftung führen und würde eine starke Führerschaft in den strategisch gewählten Schwerpunktbereichen unterstützen.
- ▶ Die Zielsetzung sowie die strategische Ausrichtung des Engagements der Christoph Merian Stiftung müssen klarer kommuniziert werden. Insbesondere müssten den Partnern die operationellen Konsequenzen der strategischen Ausrichtung vermittelt werden. Dies könnte beispielsweise durch eine kommentierten Offenlegung der Mittelfristplanung erreicht werden und/oder mit einer detaillierteren (und operationalisierbaren) Konkretisierung der Förderrichtlinien.
- ▶ Vor allem in den gesellschafts- und sozialversicherungspolitisch prioritären Themen- und Wirkungsbereichen sollte die Christoph Merian Stiftung eine nahe Anbindung an die wichtigsten staatlichen Protagonisten der kantonalen Verwaltung suchen und pflegen. Dies könnte einerseits die Nähe zu oder gar Mitwirkung in relevanten strategischen Arbeitsgruppen ermöglichen (z.B. Strategieguppe Jugendarbeitslosigkeit) und andererseits die Mitberücksichtigung der Christoph Merian Stiftung bei der Aufgleisung von wichtigen Massnahmepaketen ermöglichen. Überschneidungen im Angebot und Koordinationsprobleme könnten dadurch eher vermieden werden.
- ▶ Die Christoph Merian Stiftung sollte sich überlegen, die Ablehnungsentscheide von Finanzierungsgesuchen zuhanden der Gesuchsteller konsequent zu begründen. Die Einführung einer solchen Praxis wäre für beide Seiten hilfreich. Die Trägerschaften (und Einrichtungen) erhielten aufschlussreiche, möglicherweise für zukünftige Projektentwicklung und -planung lehrreiche Informationen und Hinweise auf Verbesserung- und Optimierungsmöglichkeiten. Die Christoph Merian Stiftung ihrerseits könnte damit ihre strategische Ausrichtung und Zielsetzungen klar(er) nach aussen vermitteln. Die zusätzliche Transparenz könnte über einen Rückgang von Finanzierungsgesuchen ohne Unterstützungsaussicht zu einer Einsparung von Ressourcen führen. Gleichzeitig wäre diese Massnahme vertrauensbildend, allfälligen Vorwürfen der „Willkür“ oder „Klientelwirtschaft“ (CMS und Basler Teig) würde damit der Boden genommen.
- ▶ Die Beseitigung von Überschneidungen und Parallelen im Engagement der Christoph Merian Stiftung mit dem Engagement der GGG könnte der besseren Profilierung beider Institutionen dienen. Zugleich würde den Trägerschaften des „Sozialen Basels“ und ihren Einrichtungen die Wahl des richtigen Ansprechpartners in Zukunft erleichtert. Dies dürfte über eine Verringerung von unnötigen Parallelgesuchen sowohl für die Christoph Merian Stiftung als auch für die GGG mittelfristig zu einer Einsparung von Ressourcen führen.
- ▶ Das – als solches auch wahrgenommene – Streben der Christoph Merian Stiftung, Lücken und Nischen innerhalb des Angebots des „Sozialen Basels“ zu entdecken und zu füllen, sollte beibehalten werden. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass in erster Priorität bestehende Angebote gestützt und/oder ausgebaut werden, bevor für einen partikulären Bedarf ein neues Angebot geschaffen wird. Die Christoph Merian Stiftung sollte ihre starke Position im „Sozialen Basel“ dazu nutzen, über die Finanzierung von Projekten eine koordinative und vernetzende Funktion auszuüben⁷.

3.6 Schlussfolgerungen & Empfehlungen betreffend Projektunterstützung

Bei der Erarbeitung des vorliegenden Berichts wurde festgestellt, dass sich viele Schlussfolgerungen und Empfehlungen bezüglich Projektidentifikation, Projektauswahl sowie Projektfinanzierung in den Themen- und Wirkungsbereichen wiederholen. Obwohl jeweils auf ein anderes Thema bezogen, ähneln sich die Empfehlungen in vielen Belangen.

⁷ Beispielsweise könnte in Leistungsverträgen konsequent die Verpflichtung der gesuchstellenden Einrichtung zur institutionellen Kooperation und Koordination mit anderen Einrichtungen verankert werden.

Damit unnötige Wiederholungen möglichst vermieden werden, fassen wir hier die wichtigsten Schlussfolgerungen und Empfehlungen zur Projektunterstützung und zum Projektmanagement zusammen. In allen Themen- und Wirkungsbereichen bieten sich der Christoph Merian Stiftung mannigfaltige Chancen für ein sinnvolles, hilfreiches und sowohl für das Individuum als auch für die Gemeinschaft nützliches Engagement.

Dabei sollten die folgenden Grundsätze beachtet werden:

- ▶ **Priorität** sollten die Unterstützung und der Ausbau von bewährten, bereits bestehenden Angeboten haben. Die Trägerschaften und ihre Einrichtungen der bestehenden Angebote sind der Christoph Merian Stiftung sowie den anderen Akteuren des jeweiligen Themen- und Wirkungsbereichs meistens gut bekannt und ihr Angebot ist bereits in den „Markt“ eingeführt.
- ▶ Die Christoph Merian Stiftung sollte sich auch weiterhin in den bestehenden Nischen und Lücken für vernachlässigte Zielgruppen und für sozial schwache und benachteiligte Randgruppen einsetzen. Langfristig sind dabei die auf präventive Wirkung angelegten Projekte den Projekten mit kurativem Charakter (Symptombekämpfung) vorzuziehen. Dies würde konsequenterweise die Fokussierung auf Kinder- und Jugendprojekte verstärken. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Migrationsproblematik in Kindergarten, Schule, Lehre und Berufswelt drängt sich zusätzlich der Aufbau eines neuen Förderschwerpunkts mit der Zielgruppe „Kleinkinder im Vorkindergartenalter“ auf.
- ▶ Beim Eingehen eines finanziellen Engagements – sei das zur besseren Versorgung bestehender Zielgruppen oder der Erreichung neuer Zielgruppen – sollte der Ausbau (oder die Erweiterung) bestehender Angebote (inklusive Aufbau von Zusatzangeboten) stets der bevorzugte Weg sein.
- ▶ Neben der Prüfung auf Modellhaftigkeit, Breitenwirkung und Nachhaltigkeit sollten Finanzierungsgesuche von der Christoph Merian Stiftung zukünftig prinzipiell und konsequent auch auf die gesellschaftspolitisch relevanten Kriterien Gender-Balance, Umweltverträglichkeit, Kinder-, Jugend- und Familienverträglichkeit sowie Integrations- und Partizipationsförderung geprüft werden.
- ▶ Angebote „ab Stange“ und Standardlösungen sind „out“. Gesucht sind heute und in Zukunft massgeschneiderte Lösungen (Projekte) für jegliche erdenkbaren (Splitter-)Zielgruppen. Die Christoph Merian Stiftung soll deshalb weiterhin explizit die Entwicklung neuer Konzepte und innovativer Projekte fördern. Oft werden vielversprechende neue Ideen nicht umgesetzt, weil das Risiko des Scheiterns von keiner Seite finanziert wird. Ganz im Gegensatz zur Welt der wirtschaftlichen Unternehmungen wird für Experimente im Non-Profit-Bereich höchst selten Geld zur Verfügung gestellt. Die Christoph Merian Stiftung kann hier mit beherztem Engagement und „Risikokapital“ neuen Ideen zum Durchbruch verhelfen.
- ▶ Die Christoph Merian Stiftung sollte insbesondere Wirkungsgemeinschaften fördern und kooperative Einrichtungen unterstützen. Unterstützt werden sollten also bevorzugt solche Trägerschaften und Einrichtungen, welche interdisziplinär arbeiten. Förderungswürdig sind diejenigen Organisationen, welche im Netzwerk mit anderen Anbietern kooperieren und eine hohe Bereitschaft zur Flexibilität (und Anpassung ihres Angebots) zeigen. Die Christoph Merian Stiftung sollte die Kooperation von Trägerschaften und Einrichtungen durchaus gezielt (u.U. auch über finanziellen Druck) fördern mit dem Ziel, effektive und effiziente Wirkungsgemeinschaften zu bilden.
- ▶ Besonderer finanzieller Bedarf zeigt sich bei hochspezifischen und nur auf kleine Zielgruppen ausgerichteten (Nischen-)Angeboten, da diese selten über die gängigen Kanäle finanziert werden können. Nichts desto trotz decken gerade diese kleinen, unscheinbaren Projekte oft wichtige Lücken ab und bieten wertvolle Hilfe für eine zwar möglicherweise sehr kleine, aber „vergessene“ Zielgruppe. Die Christoph Merian Stiftung kann hier mit bedachtamer Prüfung des Bedarfs und der Qualität des Angebots finanziell einspringen, wenn andere – aus welchen Gründen auch immer – keine Finanzierungsmöglichkeit sehen.
- ▶ Die Christoph Merian Stiftung sollte prüfen, ob mit einzelnen grösseren Trägerschaften (mit vielfältigen Einrichtungen und Projekten) nicht zu einer Finanzierungsweise im Sinne eines Rahmenvertrags gewechselt werden soll. Anstatt immer wieder einzelne Projekte auf Antrag hin zu finanzieren, könnte die Christoph Merian Stiftung über eine mehrjährige Rahmenfinanzierung einerseits administrativen Aufwand und Kosten einsparen (die wiederholten Projektanträge entfallen), andererseits würde den Trägerschaften mit dieser Art Globalfinanzierung (mit Leistungsauftrag) die langfristige Planung erleichtert und das bedarfsgerechte (interne) Umschichten von Finanzen erleichtert.

C. Spezifische Ergebnisse und Aussagen

4 Alter, Verlust von Mobilität & Selbständigkeit

a) Allgemeine Betrachtung

Der gesellschaftliche Diskurs im Themen- und Wirkungsbereich *Alter* wird dominiert durch die starken demografischen Veränderungen der letzten Jahre – sowie durch die erwarteten und prognostizierten demografischen Entwicklungen der nächsten 50 Jahre. In den nächsten Jahrzehnten wird die Zahl älterer und hochbetagter Menschen in der Schweiz stark ansteigen. Der Höhepunkt dieser demographischen Alterung wird erreicht, wenn die geburtenstarken Jahrgänge, die Baby-Boomer, ein hohes Alter erreichen.



Positive Trends & Chancen

- ▶ Höhere Lebenserwartung sowie zunehmende behinderungsfreie Lebenserwartung (sog. Kompression der Morbidität).
- ▶ Hohe gesundheitliche Selbsteinschätzung im höheren Lebensalter und steigendes psychisches Wohlbefinden geht bei Frauen und Männer einher mit Zuwachs an Gelassenheit, Ausgeglichenheit und einer Abnahme von Nervosität und Gereiztheit.
- ▶ Altern ist in hohem Masse gestaltbar, und auch bei betagten und hochbetagten Menschen ergeben sich beträchtliche, heute oft zu wenig ausgeschöpfte Interventions- und Präventionsmöglichkeiten. Behinderung und Pflegebedürftigkeit im hohen Lebensalter, soziale Vereinsamung, Desintegration und Verarmung im Alter lassen sich wirkungsvoll reduzieren.
- ▶ Pflegeheime sind nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung von Relevanz, die Mehrheit stirbt Zuhause oder im Spital. Durchschnittliches Eintrittsalter in Basel ist 85 Jahre (Tendenz steigend) bei rund 70 Eintritten pro Monat, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt 3,1 Jahre, der Median 2,2 Jahre.
- ▶ Nur minimale Wanderungen feststellbar (abnehmende Abwanderung aus dem Kanton Basel-Stadt weg).
- ▶ Bereits heute wird ein grosser Teil der Vermögenswerte an Nachkommen im Rentenalter vererbt. Das Erbe hat sich in den letzten 50 Jahren vom „Zustupf“ für den Familienaufbau zu einem Teil der Altersvorsorge gewandelt.



Negative Trends & Risiken

- ▶ Die höhere Lebenserwartung der Frauen führt zu einer deutlichen „Feminisierung des Alters“. Aus diesem Grund sind Frauen in vielerlei Hinsicht von den Problemen des Alterns stärker betroffen.
- ▶ Zunehmende Belastung von Frauen der 3. Generation, welche, obwohl selbst bereits im Rentenalter, ihre hochbetagten Eltern der 4. Generation pflegen.
- ▶ Altern verläuft differentiell (je nach Individuum). Damit werden nicht allein Fragen sozialer Ungleichheit angesprochen, sondern im Brennpunkt stehen auch die grundsätzliche Heterogenität und Vielfältigkeit von Alternsprozessen. Dies führt zu vielen verschiedenen Anspruchs- und Bedürfnisgruppen innerhalb der Gruppe der Alten.
- ▶ Zunehmende Disparität der Alterskulturen: behindertes und pflegebedürftiges Rentenalter versus aktives und gesundes Rentenalter.
- ▶ Starke Zunahme hirnorganischer Störungen (Demenz) mit einhergehendem Verlust der Selbständigkeit und Zunahme der Pflegebedürftigkeit im hohen Alter.
- ▶ Mobilitätsverlust und damit Verlust der Partizipationsmöglichkeiten -fähigkeiten mit sozialer Desintegration und existentieller Einsamkeit als Folge.
- ▶ Sich zunehmend öffnende Schere zwischen Reichen und Armen auch im Alter. Alter ist für rund 10% der Rentner ein Armutsrisiko (≈Anteil in Gesamtbevölkerung). Zurzeit beziehen rund 9'000 Rentner EL/KK-Prämienverbilligung. Es wird aber eine beträchtliche Dunkelziffer vermutet von Personen, die anspruchsberechtigt wären, aber nicht erfasst werden (können).
- ▶ Aktuelle Alterspolitik richtet sich nur an die Pflegebedürftigen. Die Altersdiskussion ist geprägt durch Vorurteile und Ängste. Altersdiskriminierung ist allgegenwärtig.

b) Relevanz für Lebensabschnitt & Zielgruppe

Lebensabschnitt / Zielgruppe	Relevanz	Erklärungen & Bemerkungen
a. Kleinkinder (vor Kindergarten)	keine	
b. Kinder (bis Ende Primarschule)	keine	
c. Jugendliche, junge Erwachsene	gering	Angesichts der bevorstehenden demografischen Umschichtung der Gesellschaft sollte heute bereits im jugendlichen Alter mit der Bekämpfung der Altersdiskriminierung begonnen werden. Ändern sich die generellen Einstellungen gegenüber dem Alter und alten Menschen nicht, werden die nachfolgenden Generationen wohl selbst grosse Probleme mit dem Alter haben.
d. Erwachsene, Eltern, Familien	mittel	Insbesondere dem Verlust von Mobilität und Selbständigkeit kann durch frühzeitige Beachtung/Förderung einer gesunden Lebensweise und Betreiben von Sport (vor allem Kräftigungsübungen) wirksam entgegengewirkt werden.
e. Rentner, Alte, Hochbetagte	hoch	Der sozialen Desintegration kann durch eine aktive Gestaltung des Lebens und (pro-aktive) Teilnahme am gesellschaftlichen Leben entgegengewirkt werden.

c) Angebot & Verantwortlichkeiten

Der Staat respektive der Kanton Basel-Stadt bietet für die grosse Mehrheit ausreichende Angebote in den Schwerpunktbereichen a) Alterspflege (staatlich finanzierte Pflegeheime), b) Krankheit/Behinderung (Spital, Geriatrie) sowie c) Existenzsicherung (Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen). Diese Angebote werden zur Hauptsache über das gut ausgebaute und nach wie vor gut funktionierende Sozialversicherungssystem finanziert.

- Das Wohnen im Alter im Sinne des herkömmlichen „Altersheims“ wird nicht (mehr) vom Staat angeboten respektive finanziert, sondern von Privaten. Der Staat beschränkt sich demnach auf die pflegebedürftigen Alten und Hochbetagten (Pflegebedürftigkeit als Bedingung für Eintritt in Pflegeheim). Das heutige Angebot von rund 2'730 Plätzen in Pflegeheimen wird bis 2015 (ohne Neubau, mit einem Ersatzbau sowie Renovationen) auf 2'800 Plätze ausgebaut, was gemäss aktuellem Prognose- und Planungsstand ausreichend sein wird. Nach 2015 sollte der Bedarf dann wieder abnehmen. Die Verantwortung liegt bei Bereich Gesundheitsversorgung des Gesundheitsdepartements Basel-Stadt, Abteilung Langzeitpflege.
- Die heutige Kapazität in den kantonalen Spitälern ist zwar ausreichend, jedoch besteht Optimierungsbedarf. Mit dem geplanten Projekt "Kompetenzzentrum Geriatrie Basel-Landschaft und Basel-Stadt" soll das bestehende Grundangebot des heutigen Felix Platter-Spitals sowie das Geriatrie-Angebot des Kantonsspitals Bruderholz dereinst in das Bethesdaspital überführt werden (300 Betten). Die Verantwortung liegt ebenfalls beim Bereich Gesundheitsversorgung des Gesundheitsdepartements Basel-Stadt.
- Die Sozialhilfe Basel-Stadt wird in Zukunft durch Bedürftigkeit und Armut im Alter mehr belastet werden. Dies trifft auch auf das Amt für Sozialbeiträge zu, da vermehrt alte Menschen durch zu geringe Rentenleistungen in finanzielle Engpässe geraten werden. Die Verantwortung liegt bei der Sozialhilfe der Bürgergemeinde der Stadt Basel sowie beim Amt für Sozialbeiträge des Wirtschafts- und Sozialdepartments Basel-Stadt.

- Wichtige staatliche Akteure** und Ansprechpartner:
- GD / Bereich Gesundheitsversorgung, Abteilung Langzeitpflege
 - Bürgergemeinde Basel-Stadt / Sozialhilfe Basel
 - WSD / Amt für Sozialbeiträge
 - IV-Stelle Basel-Stadt

Der private Sektor mit einer Vielzahl von Trägerschaften und Einrichtungen bietet in den genannten Schwerpunktbereichen hauptsächlich vorgelagerte Angebote (Alterswohnungen/-siedlungen) sowie komplementäre Zusatzangebote (Pflege, Beratung, Begleitung). Diese Angebote richten sich sowohl an die grosse Mehrheit der Alten im Rentenalter sowie der Hochbetagten, als auch gezielt an benachteiligte Randgruppen. Gleichzeitig wird der gesamte Freizeit- und Kulturbereich für die Zielgruppe der Rentner, Alten und Betagten ausschliesslich über den privaten Sektor abgedeckt.

- Wichtige private Akteure** und Ansprechpartner:
- Pro Senectute Basel, Senioren-Universität, Volkshochschule BL/BS
 - Spitex Basel, Caritas Schweiz, Schweizerisches Rotes Kreuz, Alzheimervereinigung beider Basel

d) Nachfrage, Bedarf & Lücken

Aktuellerweise sind 22% der Bevölkerung von Basel-Stadt oder rund 49'000 Personen über 65-jährig.

Nachfolgend werden die in den Experteninterviews genannten Lücken listenartig aufgeführt. In allen Bereichen finden sich Ansatzpunkte für die Christoph Merian Stiftung sowohl für den Ausbau bereits bestehender als auch das Eingehen neuer Engagements.

Die Lücken werden vor allem dort geortet, wo die über den Staat oder die Sozialversicherungen finanzierten Angebote an ihre Kapazitäts- und Leistungsgrenzen stossen und deshalb nur (noch) ein Grund- oder Basisangebot bieten können. Dies betrifft namentlich die Freizeitgestaltung, Tagesstruktur, Begleitung und Betreuung alter Menschen zur Vermeidung oder Überwindung sozialer Desintegration und Einsamkeit.

e) Ansatzpunkte für Engagement & Projekte

Nachfolgend werden die in den Experteninterviews genannten Lücken listenartig aufgeführt. In allen Bereichen finden sich Ansatzpunkte für die Christoph Merian Stiftung sowohl für den Ausbau bereits bestehender als auch das Eingehen neuer Engagements.

1. Unterstützung von Alten und Betagten	Beim Übergang vom privaten Wohnen ins Pflegeheim sowohl beim Eintritt als auch nach dem Eintritt durch Ausbau der Freiwilligenarbeit oder über Finanzierung von Zusatzangeboten bestehender professioneller Anbieter: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Administration, Regeln der Finanzen ▪ Sterbebegleitung und Sterbehilfe ▪ Freizeitgestaltung zur Aufrechterhaltung einer Tagesstruktur und Vermeidung der sozialen Desintegration
2. Arbeit von Angehörigen	Ausbau und Unterstützung der Arbeit von Angehörigen bei Pflege und Begleitung ihrer alten oder (hoch-)betagten Verwandten <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zuhause oder in Alterswohnung/-wohnheim (komplementär zur Spitex) ▪ Im Pflegeheim (komplementär zum „heiminternen“ Basisangebot) Entwicklung von Tagesferien-Angeboten für Alte/Betagte
3. Freiwilligenarbeit	Ausbau und Unterstützung der Freiwilligenarbeit bei Pflege und (sozialer) Begleitung von Alten und (Hoch-)Betagten <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zuhause oder in Alterswohnung/-wohnheim (komplementär zur Spitex) ▪ Im Pflegeheim (komplementär zum „heiminternen“ Basisangebot) Förderung der Qualitätssicherung in der Freiwilligenarbeit (Mindeststandards, Ausbildung, Begleitung, Überprüfung)
4. Neue Wohnformen im Alter	Ausbau oder Entwicklung (Unterstützung von Innovationen) von Pflegewohnungen und neuen „Servicehäusern“, dh. Alterswohnungen/-siedlungen mit ausgewählten professionellen und/oder freiwilligen Zusatzangeboten.

5. Sozialer Wohnungsbau	Förderung von sozialem (altersgerechtem) Wohnungsbau und von entsprechenden Umbauten/Renovationen zugunsten sozial schwacher und benachteiligter Alten/Betagten.
6. Qualitätssicherung im Bereich Alterswohnen	Entwicklung eines Gütesiegels zur Qualifizierung und Zertifizierung von Angeboten im Alterswohnbereich. Entwicklung von Mindeststandards.
7. Tagespflegestrukturen für Alte/Betagte	Zurzeit bestehen nur ca. 130 Tagespflegeplätze bei einem Bedarf von ca. 300 Plätzen. Wie im Kinderbereich ist hier die Nachfrage steigend. Der sogenannten „Ätti-Krippe“ (wie auch den Tagesferien für Alte/Betagte) wird eine Zukunft vorausgesagt. Unterstützung bestehender Angebote und Förderung der Entwicklung neuer Angebote.
8. Soziale Dienstleistungen für sozial schwache und benachteiligte Arme und Betagte	Hilfe bei der Erfassung und Betreuung von sozial schwachen und/oder bereits verarmten Alten/Betagten und/oder von solchen mit hohem Armutsrisiko. Unterstützung bestehender Angebote und Förderung der Entwicklung neuer Serviceangebote für Rentner, die solche Angebote normalerweise nicht bezahlen können (weil knapp über Armutsgrenze oder darunter, weil Sackgeld von Fr. 300.-/Monat im Pflegeheim nicht ausreicht, etc.).



Schlussfolgerungen & Empfehlungen

- ▶ Priorität haben die Unterstützung und der Ausbau von bewährten und bereits bestehenden Angeboten im „Sozialen Basel“. Die Unterstützung und der Aufbau von neuen Projekten sind in den meisten Fällen weniger effizient.
- ▶ Die Konzentration auf die Randgruppen der sozial schwachen sowie ökonomisch benachteiligten Alten und Betagten sollte für die Christoph Merian Stiftung vor einer generellen und breiten „Seniorenförderung“ stehen. Für die Mehrheit der Alten und Betagten ist heute in allen denkbaren Gebieten ein ausreichendes Angebot vorhanden.
- ▶ Die Christoph Merian Stiftung sollte gezielt die Entwicklung neuer Konzepte und das Ausprobieren innovativer Projekte mit Experiment-Charakter fördern. Nur so können neue und vielleicht auch unkonventionelle Ideen umgesetzt und erprobt werden.
- ▶ Die Förderung von Wirkungsgemeinschaften und Unterstützung kooperativer Einrichtungen sollte vor der Unterstützung neuer Organisationen mit partikulären Interessen stehen. Verhindert oder erschwert werden sollten also Einzelaktionen sowie isolierte und nicht vernetzte Projekte.

5 Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit

a) Allgemeine Betrachtung

Der gesellschaftliche Diskurs im Themen- und Wirkungsbereich *Arbeit* wird dominiert durch das Arbeitsmarkt-Phänomen Arbeitslosigkeit und dessen vielfältige gesellschaftliche Auswirkungen. Vordringliche Probleme stellen sich im Bereich Ausbildung und Berufseinstieg, um jungen Leuten den Eintritt in den Arbeitsmarkt erst zu ermöglichen und wenn immer möglich Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern. Der zweite Problembereich betrifft die arbeitsmarktliche (Re-)Integration für Arbeitskräfte, welche kurz-, mittel- oder langfristig aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden sind. Der Themen- und Wirkungsbereich *Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit* hängt eng zusammen mit den Themen- und Wirkungsbereichen *Armut & Soziale Desintegration, Bildung/Erziehung, Behinderung*.



Positive Trends & Chancen

- ▶ Der Arbeitsmarkt profitiert zurzeit von einer guten Konjunkturlage. Dies zeitigt positive Auswirkungen auch auf die Arbeitslosenzahlen, welche seit einigen Jahren rückläufig sind. In Basel-Stadt ist die Zahl der Arbeitslosen im 1. Quartal 2007 auf 3,5% zurückgegangen, was rund 3'420 registrierten Arbeitslosen entspricht.
- ▶ Der CH-Arbeitsmarkt verfügt über ein breites Aufnahmepotential. Die wirtschaftliche und demografische Entwicklung lassen annehmen, dass Arbeitskräfte in Zukunft knapp werden.
- ▶ Im Betrieb zählt eine andere Leistung als in der Schule. Daher ist die Bedeutung von Schulleistungen bei Bewerbungen in KMU's relativ. Das eröffnet auch schwächeren Schülern Lehrstellenchancen.
- ▶ Im Bereich der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) wurden in Basel-Stadt Aktivitäten gestartet (AmtsleiterInnenkonferenz, Fachgruppe berufliche Integration, Infothek Junge Erwachsene, Rechtsdienst, Tag der offenen Tür, Überweisungsmodelle)
- ▶ Von den Stellen AWA, RAV, AFBB, SHB und IV-Stelle Basel-Stadt werden mit dem neuen Konzept Arbeitsintegrationszentrum (AIZ) in Zukunft starke Bemühungen unternommen, auch Personen mit komplexen Mehrfachproblematiken und unbestimmten Integrationschancen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.
- ▶ Weitere spezifische Massnahmen insbesondere gegen die Jugendarbeitslosigkeit werden zurzeit von einer interdisziplinären Arbeitsgruppe „Jugendarbeitslosigkeit“



Negative Trends & Risiken

- ▶ Der Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit dürfte Mitte/Ende 2007 erreicht werden. 2008 ist wieder mit steigender Arbeitslosigkeit zu rechnen.
- ▶ Der Arbeitsmarkt ist heute sehr dynamisch und stellt hohe Ansprüche an Wissen, Können und Leistungsbereitschaft jedes einzelnen. Weniger qualifizierte und flexible Menschen finden je länger je schwerer Zugang. In Basel trifft dies insbesondere ältere Arbeitslose, sozial Schwache/Unterprivilegierte, schlecht Qualifizierte, Migranten sowie Jugendliche.
- ▶ Es sind wiederum Personen ausländischer Nationalität sowie generell Personen mit einem tiefen Haushaltseinkommen und geringer Bildung, die sich am meisten um den Verlust ihrer Arbeitsstelle sorgen. Die Angst vor der Kündigung geht mit schlechtem psychischem und körperlichem Wohlbefinden einher. Dieser Zusammenhang verstärkt sich noch, wenn befürchtet wird, keine vergleichbare Stelle mehr zu finden.
- ▶ Zunehmende Zweiteilung des Arbeitsmarktes in eine Mehrheit von qualifizierten, leistungsfähigen und leistungsbereiten Arbeitskräften und in eine Minderheit von Menschen, welche den hohen Anforderungen des Arbeitsmarktes ohne gezielte Unterstützung nicht mehr gewachsen sind. Diese Gruppe ist von arbeitsmarktlicher, sozialer und kultureller Desintegration bedroht.
- ▶ Zunahme von Personen mit komplexen Mehrfachproblematiken (gesundheitliche-, psychosoziale-, Sucht-Probleme, etc.) und unklaren Wiedereingliederungschancen in den ersten Arbeitsmarkt.
- ▶ Problematik einer zunehmenden Jugendarbeitslosigkeit, unter anderem auch bedingt durch die schlechte Ausbildung von sozial schwachen Jugendlichen, insbesondere auch mit Migrationshintergrund.
- ▶ Jugendliche ausländischer Herkunft haben besonders grosse Probleme, Lehrstellen zu finden. Grund dafür sind nicht nur schulische Defizite. Lehrbetriebe suchen

ausgearbeitet. Diese Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit weitgehend beendet, das Massnahmepaket wird in der ersten Hälfte 2007 der Regierung vorgestellt. Einzelne Massnahmen sind bereits in Umsetzung oder deren Umsetzung ist bereits geplant.

- ▶ Die zunehmenden Bestrebungen, mit individuellem Coaching den Problemen und Anforderungen des komplexen Einzelfalls gerecht zu werden, bieten vielversprechende Erfolgsaussichten (gerade auch bei Jugendlichen).

Lernende, von denen sie sich ein möglichst unproblematisches Lehrverhältnis versprechen. Als ausländisch geltende Jugendliche stehen fälschlicherweise im Verdacht, im Betrieb Extraprobleme zu verursachen. Dies führt die Betroffenen in einen Teufelskreis.

- ▶ Ein Teil der (Langzeit-)Arbeitslosen wird durch Invalisierung und Armut bedroht. Für diese besonders benachteiligten Menschen werden auch in Zukunft besondere Massnahmen notwendig sein.
- ▶ Zunahme von atypischen und/oder „prekären“ Arbeitsverhältnissen (Arbeit auf Abruf, befristete Arbeit, 1000.- Fr.-Jobs, etc.), welche Arbeitnehmende psychisch, physisch und finanziell belasten.

b) Relevanz für Lebensabschnitt & Zielgruppe

Lebensabschnitt / Zielgruppe	Relevanz	Erklärungen & Bemerkungen
a. Kleinkinder (vor Kindergarten)	hoch	Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist im Wesentlichen von der individuellen, allgemeinen und berufsspezifischen Bildung und Qualifikation abhängig. Es ist heute erwiesen, dass die Basis für eine gute Schul- und Berufsbildung bereits im Kindesalter gelegt wird.
b. Kinder (bis Ende Primarschule)	hoch	
c. Jugendliche, junge Erwachsene	hoch	Junge Menschen an der Schnittstelle zwischen Jugend und Erwachsenenalter sind durch Arbeitslosigkeit besonders bedroht. Gelingt der Einstieg ins Erwerbsleben und die Arbeitswelt nicht wie gewünscht, nur erschwert oder gar nicht, hat das nicht selten Konsequenzen bis ins hohe Alter.
d. Erwachsene, Eltern, Familien	hoch	Erwerbs- und Arbeitslosigkeit ist sind die Hauptrisikofaktoren, welche einerseits zu Krankheit und Invalidität, andererseits zu Armut führen – mit in der Folge erhöhtem Risiko der sozialen Desintegration.
e. Rentner, Alte, Hochbetagte	hoch	

c) Angebot & Verantwortlichkeiten

Der Staat respektive der Kanton Basel-Stadt bietet für die grosse Mehrheit der Arbeitslosen ausreichende Angebote. Im Bereich Ausbildung wurde und wird das Schulsystem und Lehrlingswesen laufend den sich ändernden Bedürfnissen angepasst und bietet heute mit seiner Vielfalt an Angeboten für die meisten jungen Menschen eine adäquate Lösung für die erfolgreiche Arbeitsmarktintegration (→ *Bildung & Erziehung*). Im Bereich *Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit* lassen sich im Rahmen der Finanzierung durch die ALV (fast) alle sinnvollen Massnahmen ermöglichen. Die Realisierung zusätzlicher alternativer Massnahmen dürfte durch die Annahme der 5. IVG-Revision noch verbessert werden (Priorität auf Früherfassung und Vermeidung der Desintegration).

Im Bereich Jugendarbeitslosigkeit hat der Regierungsrat von Basel-Stadt 2006 im Rahmen einer Gesamtstrategie ein umfangreiches Massnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beschlossen und dazu ein koordiniertes Vorgehen aller beteiligten Departemente mit einer strategischen, nachhaltigen Sicht eingeleitet. Die Massnahmen wurden entlang von drei Feldern definiert:

- a) **Vorschulbereich und Schule:** Es müssen geeignete Massnahmen gegen mangelnde Integration an die Hand genommen werden. Es geht darum, dass gefährdete Kinder im Vorschulalter erfasst und gefördert werden können, um spätere Schwierigkeiten zu vermeiden, insbesondere bezüglich Gesundheit und Spracherwerb. Die Tagesstrukturen sollen weiter ausgebaut werden. Bei der Schule stehen unter anderem der verbesserte Einbezug der Eltern, sowie die Optimierung der unterstützenden Dienste im Fokus.

- b) Übergänge und Schnittstellen zwischen Schule und Berufseintritt** (Berufslehre, weiterführende Schulen, Arbeitsmarkt) werden strategisch umfasst unter der Devise: „kein Abschluss ohne Anschluss“. Die Vorbereitung des Übergangs soll noch früher und konsequenter innerhalb der Schule angegangen werden. Junge Menschen, welche bei Ende der obligatorischen Schulzeit keine Anschlusslösungen haben, sollen mit geeigneten Massnahmen weiterhin begleitet werden um zu verhindern, dass sie längere Zeit ohne Ziele, Aufgaben und Tagesstrukturen leben und schliesslich auf der Sozialhilfe landen.
- c) Gescheiterte oder gefährdete berufliche Integration im Nachbildungsbereich:** Hier wirkt neben der gesetzlich genau geregelten Arbeitslosenversicherung mit ihren Massnahmen als zweiter Hauptakteur die kommunale Sozialhilfe.

Ein Teil der kurzfristig angelegten Massnahmen ist bereits in fortgeschrittener Planung respektive in Umsetzung (Pilotprojekt Teillohnarbeit, Pilotprojekt Gegenleistungsmodell, Projekt Basic Working, Projekt Förderband sowie Projekt Freizeithalle Drei Rosen). Die Umsetzung weiterer Massnahmen soll mit mittel- bis langfristiger Optik ab 2007 Jahr in die Wege geleitet werden (verbesserte Prozesssteuerung an den Übergängen der Volksschule/Brückenangebote zum Berufseinstieg, konsequente Einführung des Gegenleistungsprinzips bei beruflicher Desintegration). Ausserdem wurde das Ziel einer konsequenten Einführung von familienergänzenden Tagesstrukturen zu einheitlich tiefen Tarifen auf den Ebenen Vorschule und Schulen formuliert.

- Wichtige staatliche Akteure** und Ansprechpartner:
- WSD / Amt für Wirtschaft und Arbeit, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, Regionale Arbeitsvermittlungsstelle, Amt für Sozialbeiträge
 - IV-Stelle Basel-Stadt
 - ED / Schule für Brückenangebote Basel
 - Bürgergemeinde Basel-Stadt / Sozialhilfe Basel

Der private Sektor mit einer Vielzahl von Trägerschaften und Einrichtungen bietet komplementäre Angebote selbstständig (aufgrund privater Eigeninitiative) oder direkt im Auftrag kantonaler Stellen in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, berufliche Integration, Beschäftigung sowie Tagesstruktur. Die Finanzierung erfolgt vorwiegend über Gelder der Sozialversicherungen (ALV, IV, SHB), unterstützende Gelder des Bundes (vor allem BBT) sowie über in Leistungsaufträgen geregelte kantonale Subventionen.

Die heutige Angebotssteuerung im Ausbildungs- und Weiterbildungssektor weicht langsam einer Bedarfssteuerung. Dieser Übergang wurde vor allem über den Finanzdruck der letzten Jahre sowie die zunehmend erstarkten Koordinationsanstrengungen staatlicher Stellen ausgelöst.

- Wichtige private Akteure** und Ansprechpartner:
- Gewerbeverband Basel-Stadt, Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Arbeitgeberverband
 - Genossenschaft Overall / Verein Kiebitz / Stiftung Lotse / Interkulturellen Foyer Bildung und Beruf / Verein Job Club / Stiftung Job Training / MedienFalle Basel / Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH / LBB Lehrbetriebe Basel / Tischlein deck dich / Parterre-Tangram / SAGA Arbeitsvermittlung im Taglohn / Strassenmagazin surprise / Treffpunkt für Stellenlose Gundeli / Treffpunkt Glaibasel / Stiftung Arbeitslosenrapen / Arbeitslosenkomitee Basel

d) Nachfrage, Bedarf & Lücken

Im Februar 2007 waren in Basel rund 3'550 Personen arbeitslos, davon 670 Personen seit über einem Jahr. 96 Personen waren am Stichtag ausgesteuert. Die Arbeitslosenquote ist rückläufig und beträgt zurzeit 3,6%.

Die Lücken werden vor allem dort geortet, wo die über den Staat oder die Sozialversicherungen finanzierten Angebote an ihre Kapazitäts- und Leistungsgrenzen stossen und deshalb nur (noch) ein Grund- oder Basisangebot bieten können. Dies betrifft namentlich spezifische Ausbildungsangebote für kleinste Rand- und Zielgruppen, Beschäftigungsprogramme, intensive individuelle Begleitung und Betreuung arbeitsloser

Menschen zur Reintegration und/oder zur Vermeidung oder Überwindung sozialer Desintegration und Armut. Ein grosser Teil dieser Lücken überschneidet sich mit Lücken in den Themen- und Wirkungsbereichen *Armut & Soziale Desintegration, Bildung/Erziehung, Behinderung sowie Kinder/Jugendliche*.

e) Ansatzpunkte für Engagement & Projekte

1. Langzeitarbeitslose und Ausgesteuerte	<p>Für Ausgesteuerte und Menschen mit gering(st)en Chancen auf eine Arbeitsmarktintegration sind tragende Dauerangebote notwendig zur Verhinderung und/oder Minderung der beruflichen und sozialen Desintegration:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten (Freiwilligenarbeit unter anderem) ▪ Tagesstruktur- und Freizeitangebote (z.B. in Quartiertreffpunkten)
2. Jugendliche „Hänger“	<p>Eine unbekannte Anzahl (meist hoch defizitärer) Jugendlicher „verschwindet“ nach der Schule, ohne eine Ausbildung zu beginnen. Nach einer „Hänger- und Jobber-Periode“ erscheinen sie meistens als 18-Jährige bei der SHB. Es sind Projekte notwendig zur Erfassung sowie sozialen, kulturellen und beruflichen Integration dieser Jugendlichen.</p>
3. Ausbau der Übergangsangebote Schule-Lehre	<p>Nebst den vielfältigen Übergangsangeboten der (staatlichen) Schule für Brückenangebote braucht es zusätzliche, komplementäre und spezifische Angebote für arbeitsfähige und arbeitswillige Jugendliche:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ mit sprachlichen Defiziten oder mit generellen schulischen Defiziten ▪ in schwierigen sozialen Verhältnissen (sozial Schwache) <p>Förderungswürdig sind insbesondere Projekte mit einem hohen Motivations-, Begleitungs- und Betreuungsanteil (Coaching, Mentoring).</p>
4. Heranführung an die Lehrausbildung	<p>Viele Jugendliche schaffen die Lehre nicht, weil sie den harten Anforderungen des Arbeitsalltags körperlich und mental nicht gewachsen sind. Hier sind Projekte nötig zur allmählichen Heranführung an und Befähigung solcher Jugendlicher für den Berufsalltag:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Geschützte und begleitete Praktikumsplätze und Lehrstellen ▪ Begleitung von Lehrling und Lehrmeister in der Lehrstelle ▪ Sozialarbeiterische/-pädagogische Zusatzangebote zur gezielten Unterstützung der sozialen, kulturellen und beruflichen Integration (unter anderem auch über die Einbindung des direkten sozialen Umfelds; Elternhaus, Bezugspersonen, Clique, Jugendtreff, Quartier, etc.)
5. Niederschwellige Ausbildungs- und Arbeitsstellen	<p>Mit der Einführung der Attestlehre (anstatt der Anlehre) wurden nebst der zeitlicher Ausweitung insbesondere auch die schulischen Anforderungen erhöht. Daher schaffen in Basel viele schlecht qualifizierte Jugendliche „nicht einmal mehr“ die Attestlehre – zumindest nicht im ersten Anlauf (z.B. ist unterdessen für viele die Eintrittsschwelle zur JobFactory bereits zu hoch). Hier sind Projekte zur gezielten Heranführung an und Befähigung solcher Jugendlicher für die Attestlehre nötig:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Geschützte und begleitete Praktikumsplätze ▪ Nach- und Aufarbeitung des (minimalen) Schulstoffes ▪ Sozialarbeiterische/-pädagogische Zusatzangebote zur gezielten Unterstützung der sozialen, kulturellen und beruflichen Integration
6. Unterstützung des Gewerbes (vor allem der KMU)	<p>Generell gibt es immer noch ein zu kleines Angebot an „geschützten“ Lehrstellen und Arbeitsplätzen für problematische Jugendliche mit erhöhtem Betreuungsbedarf. Hier sind Projekte nötig, welche die KMU bei der Schaffung solcher Lehrstellen und/oder Arbeitsplätze durch ein enges Betreuungs- und Begleitungskonzept ermutigen und unterstützen. Solche Projekte braucht es auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen von arbeitsfähigen und -willigen Erwachsenen mit erhöhtem Betreuungsbedarf.</p>



Schlussfolgerungen & Empfehlungen

- ▶ Unterstützungswürdig sind insbesondere integrative und interdisziplinäre Ansätze und Projekte zur Bekämpfung der Erwerbs- und Arbeitslosigkeit. Die involvierten staatlichen Stellen sollten in ihren koordinativen Anstrengungen unterstützt werden.
- ▶ Mittel- und langfristig sind vor allem Projekte zugunsten junger Schulabgänger mit Schwierigkeiten im Berufseinstieg sinnvoll – und gesamtgesellschaftlich „rentabel“. Solche Projekte können einen wesentlichen Beitrag zur Verhinderung oder Minderung der Jugendarbeitslosigkeit leisten.
- ▶ Unterstützungswürdig sind besonders individuelle sowie kooperative (z.B. mit einer spezialisierten Trägerschaft) Initiativen des Gewerbes zur Schaffung von Praktikumsplätzen, Attestlehrstellen sowie Arbeitsplätzen für „schwierige/problematische“ Jugendliche.
- ▶ Die Vorbereitung auf ein erfolgreiches Arbeits- und Erwerbsleben beginnt bereits im frühen Kindesalter. Sinnvolle Projekte im Kinderbereich – insbesondere auch im Vorkindergartenalter – können demnach helfen, die Chancen junger Menschen für einen erfolgreichen Einstieg in das Arbeits- und Erwerbsleben zu erhöhen. Bei enger Begleitung von Kindern und Kleinkindern können Defizite frühzeitig erkannt und mit geeigneten Massnahmen möglicherweise rechtzeitig angegangen werden.

6 Armut & Soziale Desintegration

a) Allgemeine Betrachtung

Armut findet in der Schweiz meist im Versteckten statt. Armut wird verschwiegen, übersehen und verharmlost. Entsprechend wird der gesellschaftliche Diskurs im Themen- und Wirkungsbereich *Armut & Soziale Desintegration* zurzeit vor allem dominiert durch eine (mediale) Diskussion um Missbrauch in der Sozialhilfe und Missbrauchsbekämpfung. Dies versperrt jedoch die Sicht auf die realen Verhältnisse, welche empirisch belegen, dass erstens Missbrauch relativ selten ist (rund 1%-3,5%) und zweitens, dass Armut heute wieder ein zunehmendes Problem in immer neuer Ausgestaltung für immer neue Bevölkerungsgruppen darstellt.

Gleichzeitig hinkt der Sozialstaat der gesellschaftlichen Entwicklung hinten nach. Die Sozialpolitik beruht noch immer auf traditionellen Vorstellungen von Lebenslaufmustern, Erwerbsverläufen und Familienzyklen, welche heute aber weitgehend überholt oder zumindest in Frage gestellt sind. Dadurch entsteht ein Ungleichgewicht zwischen individueller und staatlicher „Lebenslaufpolitik“. In der Folge führen unangemessene sozialpolitische Interventionsstrategien und -formen zur Prekarisierung von Lebenssituationen oder Überversorgung bestimmter Anspruchsgruppen.



Positive Trends & Chancen

- ▶ Absolute Armut gibt es in Basel zum Glück kaum mehr, und wenn doch, dann weil der Sozialstaat keine Gelegenheit zur Intervention bekommen hat. Der Sozialstaat kann heute in den meisten Fällen und Notlagen adäquat und wirksam intervenieren.
- ▶ Armutserfahrungen haben einen Anfang, eine bestimmte Dauer, einen bestimmten Verlauf und häufig auch ein Ende. Ausstiege aus der Armut sind möglich, Armutslagen verfestigen sich nicht zwingend.
- ▶ Mit der Einführung der neuen SKOS-Richtlinien 2005 wurde das soziale Existenzminimum gesenkt (dafür wurden Integrationszulagen und Einkommensfreibetrag eingeführt). Damit wird die Segmentierung der Hilfesuchenden nach Integrationsfähigkeit und -bereitschaft verbessert und eine gezielte(re) Intervention ermöglicht.
- ▶ Vom Bund wurde 2005 das Projekt IIZ-MAMAC gestartet. Es will in der Zusammenarbeit von Bund und Kantonen Prozesse und Strukturen zwischen den bundesrechtlich geregelten Versicherungen und der kantonal geregelten Sozialhilfe verbessern. In Basel wurden im Rahmen der IIZ bereits Massnahmepakete geschnürt (→ *Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit*)



Negative Trends & Risiken

- ▶ Am Übergang zwischen Schule und Beruf, während der Familiengründung sowie am Ende des Erwerbslebens konzentrieren sich Armutsrisiken.
- ▶ Die bedeutendsten Armutsrisiken sind nach wie vor: Schlechte schulische Ausbildung und berufliche Qualifikation, Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit, Krankheit und Unfall, Kinder, Scheidung und Trennung sowie Konsumzwang und Verschuldung.
- ▶ Armut hat viele (negative) Facetten: sie bedeutet soziale und kulturelle Isolation, sie führt zu gesundheitlichen (psychischen und physischen) Problemen, beeinträchtigt die Bildungschancen und wird von Eltern an die Kinder weitergegeben.
- ▶ Die Sozialhilfequote bei jungen Erwachsenen erhöht sich seit Jahren als Resultat einer Vielzahl von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Sozialhilfeabhängigkeit muss hier jedoch lediglich als eine spezielle Form der Jugendarbeitslosigkeit angesehen werden.
- ▶ Die mit der Einführung der neuen SKOS-Richtlinien 2005 erhöhte Eintrittsschwelle zur Sozialhilfe hat zwar einen Rückgang der Fallzahlen bei der SHB bewirkt. Es muss aber vermutet werden, dass in der gesamtgesellschaftlichen Realität diese bei der SHB ausbleibenden Personen nicht „verschwunden“ sind, sondern bei anderen Einrichtungen respektive Versicherungswerken aufgenommen werden (vor allem ALV, IV).
- ▶ Zunahme von Working Poor, dh. von Arbeitstätigen, welche trotz einer Vollzeitbeschäftigung das Existenzminimum nicht erreichen.

b) Relevanz für Lebensabschnitt & Zielgruppe

Lebensabschnitt / Zielgruppe	Relevanz	Erklärungen & Bemerkungen
a. Kleinkinder (vor Kindergarten)	hoch	Kinder von Eltern, welche durch Armut betroffen sind, sind selbst einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Gleichzeitig können Armut und ihre psycho-sozialen und ökonomischen Folgen negative Auswirkungen auf die geistige und damit auch schulische Entwicklung von Kindern haben. Die Bekämpfung von Armut und deren Folgen ist also eine direkte Investition in die Zukunft.
b. Kinder (bis Ende Primarschule)	hoch	
c. Jugendliche, junge Erwachsene	hoch	Junge Menschen erleben Armut besonders diskriminierend, da sie im Vergleich zu ihren Altersgenossen von vielen Bereichen des (konsumorientierten) gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen sind. Entsprechend hoch ist das Risiko, diese erlebte Diskriminierung mit Strategien der Gewalt und Kriminalität zu kompensieren. Junge Menschen sind durch ihr oft noch „unausgereiftes“ Konsumverhalten von Verschuldung bedroht.
d. Erwachsene, Eltern, Familien	hoch	Armut im Erwachsenenalter hat schwerwiegende Konsequenzen für die persönliche Entwicklung, die soziale Integration sowie die Familienbildung. Gleichzeitig wird Armut im Rentenalter „vorgespurt“.
e. Rentner, Alte, Hochbetagte	hoch	Alter ist auch heute noch ein Armutsrisiko. Armut im Alter führt fast zwangsläufig zu sozialer Desintegration.

c) Angebot & Verantwortlichkeiten

Der Staat respektive der Kanton Basel-Stadt bietet auch hier für die grosse Mehrheit ausreichende Angebote. Das Sozialhilfesystem in Basel ist gut ausgebaut.

Die Sozialhilfe hat führte 2002 den grundsätzlichen Wechsel zum Anreizsystem (Arbeit soll sich lohnen) ein. 2005 wurden die neuen Unterstützungsrichtlinien der SKOS umgesetzt. Die Kürzung der Unterstützungsansätze – der Grundbetrag für Einzelperson ist derzeit auf Fr. 1'060.- / Monat festgelegt – wirkt sich nun auch auf die Anzahl unterstützter Personen aus (rückläufig), da die Schwelle zum Eintritt in die Sozialhilfe höher geworden ist. Unter diesen Umständen gewinnen Massnahmen zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration an Bedeutung (→ *Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit*).

Obwohl in diesem Bereich im Rahmen der IIZ die Zusammenarbeit zwischen den involvierten staatlichen Stellen wesentlich verbessert wurde, stösst sie immer wieder an unüberwindbare gesetzliche Grenzen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass IV und AVIG – ganz im Gegensatz zur Sozialhilfegesetzgebung – eidgenössische Versicherungswerke sind, die ihrer eigenen Systemlogik folgen (und heute offenbar vor allem einen Sparauftrag zu verfolgen haben).

- Wichtige staatliche Akteure** und Ansprechpartner:
- Bürgergemeinde Basel-Stadt / Sozialhilfe Basel
 - WSD / Amt für Wirtschaft und Arbeit, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, Regionale Arbeitsvermittlungsstelle, Amt für Sozialbeiträge
 - IV-Stelle Basel-Stadt
 - Sozialhilfe Riehen, AHV/IV-Ergänzungsrenten Riehen und Bettingen, Hilfsfonds der Gemeinde Riehen

Der private Sektor mit einer Vielzahl von Trägerschaften und Einrichtungen bietet, wie schon in den vorangegangenen Themenbereichen festgestellt, eine grosse Palette von komplementären Angeboten.

- Wichtige private Akteure** und Ansprechpartner:
- Gassenküche, Notschlafstelle
 - Diverse Stiftungen und private Unterstützungs-/Nothilfe-Fonds
 - Winterhilfe Basel-Stadt, Caritas beider Basel, Benevol, Kleiderladen des Roten Kreuz Basel, IG Wohnen, diverse Brockenhäuser
 - Kirchgemeinden der Evang.-Ref. Kirche, Pfarreien der Röm.-Kath. Kirche
 - Schuldenberatung Plus/Minus (inklusive MaxMoney), Schuldenberatung für Jugendliche der BFA, PSAG Beratungsstelle

d) Nachfrage, Bedarf & Lücken

Armut hat in den Jahren 2005/06 in Basel einen noch nie gesehenen Stand erreicht: Insgesamt mussten von der SHB rund 6'000 Fälle mit über 13'000 betroffenen Personen geführt werden. Allerdings hat sich das Wachstum gegenüber den Vorjahren deutlich verringert⁸. Bei den Unterstützungsgründen machen Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit und ungenügendes Einkommen (trotz Arbeit) gegen 60% aus.

Wie bereits im Themen- und Wirkungsbereich *Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit* werden die Lücken vor allem dort geortet, wo die über Staat oder Sozialversicherungen finanzierten Angebote an ihre Kapazitäts- und Leistungsgrenzen stossen und deshalb nur (noch) ein Grund- oder Basisangebot bieten können. Dies betrifft namentlich spezifische Ausbildungsangebote für kleinste Rand- und Zielgruppen, Beschäftigungsprogramme, intensive und individuelle Begleitung und Betreuung von fürsorge- respektive sozialhilfeabhängigen Menschen zur Reintegration und/oder zur Vermeidung oder Überwindung sozialer Desintegration und Armut sowie sozialer Verwahrlosung. Ein grosser Teil dieser Lücken überschneidet sich mit Lücken in den Themen- und Wirkungsbereichen *Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit* und *Behinderung & Invalidität*.

e) Ansatzpunkte für Engagement & Projekte

<p>1. Beschäftigungsmöglichkeiten</p>	<p>Vor allem für Ausgesteuerte und Menschen mit gering(st)en Chancen auf einen Arbeitsmarkt(re-)integration sind tragende Dauerangebote (im Gegensatz zu temporär beschränkten Übergangsangeboten) notwendig zur Verhinderung ihrer totalen beruflichen und sozialen Desintegration:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten (z.B. Kreative Sozialfabrik) ▪ Freiwilligenarbeit (z.B. Stadthelferprojekt der SHB, Besuchsdienst) ▪ Kinder- und Jugendbetreuung/-förderung ▪ Aus- und Weiterbildungsangebote
<p>2. Tagesstruktur</p>	<p>Für dieselbe Zielgruppe (wie unter 1) ist der Erhalt oder der Wiederaufbau einer Tagesstruktur essentiell. Dazu gibt es zwar zahlreiche Angebote, jedoch ist deren Finanzierung meist sehr schwierig und ungenügend. Der Bereich kann und muss ausgebaut werden. Neben „aktiven“ Beschäftigungsmöglichkeiten sind (z.B. in Quartiertreffpunkten) aber auch „passive“ Tagesstruktur- und Freizeitangebote denkbar in den Bereichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kultur, Theater, Kino, Literatur ▪ Spiel & Sport ▪ Wohnen & (Frei-)Raumentwicklung

⁸ Mit dem Inkrafttreten der neuen Unterstützungsrichtlinien der SKOS waren 2005 erstmals seit 2002 wieder Fallrückgänge zu verzeichnen (parallel dazu konnte übrigens auch bei den Anmeldungen von Arbeitslosen keine Zunahme verzeichnet werden.) Allerdings ist nicht eindeutig geklärt, worauf der Rückgang der Hilfesuchenden zurückzuführen ist und inwieweit der Rückgang mit einer „Verschiebung“ der Bedürftigen in andere Sozialversicherungssysteme (wie die IV) einhergeht.

3. Umgang mit Geld	Ergänzende Unterstützungsangebote im Finanzbereich für spezifische Zielgruppen wie fürsorgeabhängige ältere Menschen, Alleinerziehende, Working Poor, Personen mit ungenügender Schulqualifikation (Rechnen, Lesen, Schreiben): <ul style="list-style-type: none"> ▪ Finanz-Administration, Regeln der Finanzen ▪ Lohn- und Rentenverwaltung ▪ Budgetberatung, Ausgabenkontrolle ▪ Begleitung bei Einkaufs- und Investitionsentscheidungen
4. Schuldenberatung	Stärkung (quantitativ) und/oder Ausbau (qualitativ, Zusatzangebote) der bestehenden Schuldenberatungsangebote insbesondere für: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Jugendliche und junge Erwachsene (Schüler und Lehrlinge) ▪ Männer / geschiedene Männer ▪ Migranten und Secondos/Terceros ▪ Alte Menschen ▪ Working Poor
5. Information und Orientierungsangebote	Verbesserung der Information betreffend Anspruchsberechtigung zur Hilfe im Falle von Armut oder drohender Armut. Orientierung der von Armut betroffenen oder bedrohten Menschen über bestehende Hilfsangebote und die Art der Inanspruchnahme.



Schlussfolgerungen & Empfehlungen

- ▶ Vorrang hat nebst der Minderung der Armuts-Folgen je länger je mehr auch die Verhinderung der (oft totalen) sozialen Desintegration von armen oder von Armut bedrohten Menschen. Die Working Poor von Heute sind die Armen von Morgen.
- ▶ Wichtig ist (wie im Themen- und Wirkungsbereich *Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit*) der Auf- und Ausbau von Dauerangeboten, welche nicht (nur) temporär ausgelegt sind und über lange Zeit oder zeitlich sogar unbegrenzt von armen Menschen genutzt werden können.
- ▶ Besondere Beachtung sollte der versteckten Armut geschenkt werden. Ein grosser Teil der fürsorge- und unterstützungsberechtigten Armen und/oder von Armut bedrohten Menschen werden von den bestehenden Angeboten nicht erfasst. Das geschieht teils durch deren „Eigenverschulden“ (weil sie sich trotz bekannter Anspruchsberechtigung nicht bei den entsprechenden Stellen melden), zum grossen Teil aber auch aus Unkenntnis und Informationsmangel betreffend ihre Anspruchsberechtigung.

7 Behinderung & Invalidität

a) Allgemeine Betrachtung

Der Themen- und Wirkungsbereich *Behinderung & Invalidität* ist ähnlich wie die vorangegangenen Themen- und Wirkungsbereiche *Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit* sowie *Armut & Soziale Desintegration* von der Diskussion um Kostenexplosion und Missbrauch dominiert. Aktuellerweise prägt zudem die anstehende 5. IVG-Revision die mediale Berichterstattung. Die hohe Komplexität des Themas sowie die weitreichenden Interdependenzen zu anderen Themen- und Wirkungsbereichen werden dabei nur zu oft unterschlagen.

Anspruch auf Leistungen der Eidg. Invalidenversicherung hat grundsätzlich (vereinfacht), wer wegen Krankheit, Unfall oder Geburtsgebrechen behindert ist und deswegen ganz oder teilweise erwerbsunfähig ist. Die IV bietet zuerst Sach- und Geldleistungen zur (Wieder-)Eingliederung in den Beruf. Erst wenn dies nicht oder nur teilweise gelingt, wird eine Rente ausgerichtet.



Positive Trends & Chancen

- ▶ Die Anzahl Neuanmeldungen und Berentungen ist bereits seit 2003 rückläufig (also vor Einsetzen der aktuellen Missbrauchs-Polemik). Gegenüber dem Vorjahr am meisten abgenommen hat die Anzahl Anträge und Berentungen von 2004 auf 2005 (-25%), von 2005 auf 2006 betrug die Abnahme noch -5%.
- ▶ Mit dem NFA wird die Versorgung und Betreuung von Behinderten offiziell eine hoheitliche Aufgabe der Kantone. Der Bund überträgt ihnen dazu auch die notwendigen Finanzen.
- ▶ Die 5. IV-Reform setzt konsequent auf Früherkennung und -erfassung und stellt auch entsprechende Instrumente inklusive der notwendigen Finanzen zur Verfügung.
- ▶ 2003 schuf der Kanton Basel-Stadt als erster (und bisher einziger) Schweizer Kanton die Stelle eines "Beauftragten für Integration und Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung". Die Förderung von Integration und Gleichstellung ist durch gute Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Departementen und privaten Organisationen möglich (Umsetzung des Leitbilds "Erwachsene Menschen mit einer Behinderung").
- ▶ Dass die typische Behindertenkarriere "Sonderschule-Wohnheim-Werkstatt-Rente" nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann, wurde bereits von der 4. IVG-Revision erkannt. Seither wurden diverse sozialpolitisch unterstützte Alternativen zu herkömmlichen Betreuungsformen geschaffen, um die Wahlfreiheit im Wohn-, Schul- und Arbeitsbereich für Menschen mit Behinderungen zu verbessern.



Negative Trends & Risiken

- ▶ Die öffentliche und politische Diskussion wird emotional geführt und ist geprägt durch Missbrauchsproblematik, welche jedoch vorwiegend auf Nichtwissen und Falschinformation „des Volkes“ basiert.
- ▶ Die Eidg. Invalidenversicherung ist defizitär und steht unter grossem politischem Druck zur Kosteneindämmung. Folge davon sind andauernde Aktivitäten zu immer neuen Reformen und Sparmassnahmen.
- ▶ Nach wie vor wird eine Behinderung oder Invalidität, welche durch Krankheit verursacht wurde, gegenüber der Verursachung durch Unfall diskriminiert. Während im zweiten Falle die Suva, Pensionskassen sowie IV aktiv werden und materielle Unterstützung bieten, beschränkt sich die Unterstützung im ersten Fall auf die IV (sowie Sozialhilfe).
- ▶ IV-Rentenbezüger, die hohe Krankheits- oder Heimkosten haben und ohne zusätzliche finanzielle Einkommen (Arbeit, Suva- oder Pensionskassenrente) leben, haben kaum ein Auskommen und sind fast zwangsläufig auf Ergänzungsleistungen oder gar auf Sozialhilfe angewiesen.
- ▶ Im Sozialsicherungssystem bestehen für Behinderte immer noch zum Teil massive Lücken (z.B. Mietabzug, persönlicher Freibetrag für Heimbewohner).
- ▶ Die Umsetzung des NFA fördert den Föderalismus im Behindertenbereich, was wahrscheinlich zu regionalen Problemlösungen und regionalen Ungleichheiten führen wird.
- ▶ Eine volle IV-Rente liegt heute zwischen Fr. 1'105 und Fr. 2'210, was für den Lebensunterhalt der behinderten Person (mit oder ohne Familie) niemals ausreicht. Wenn nicht zusätzlich Suva oder Pensionskasse zahlen, ist Invalidität ein sicherer Weg in die Armut.

b) Relevanz für Lebensabschnitt & Zielgruppe

Lebensabschnitt / Zielgruppe	Relevanz	Erklärungen & Bemerkungen
a. Kleinkinder (vor Kindergarten)	hoch	Mit Früherkennung und Frühbehandlung von Behinderungen können Spätfolgen vermieden oder abgeschwächt werden. Gleichzeitig wird mit gezielter Förderung und Unterstützung die soziale Integration gewährleistet.
b. Kinder (bis Ende Primarschule)	hoch	
c. Jugendliche, junge Erwachsene	hoch	Das Recht auf Pflege besteht gemäss IVG auch nach der 5. IVG-Revision erst ab 18. Dadurch entsteht eine Lücke für Jugendliche zwischen Schule und Erwachsenenalter (16-18), was für viele behinderte Jugendliche die Sicherstellung ihrer Ausbildung in Frage stellt. Die Unterstützung beim Einstieg in die Arbeitswelt und das Erwachsenenleben ist für behinderte Jugendliche noch essentieller als für Nicht-Behinderte.
d. Erwachsene, Eltern, Familien	hoch	Eltern respektive Erziehungsberechtigte sind mit der Betreuung eines behinderten Kindes oft überfordert. Der Beratung und Unterstützung von Eltern ist hohe Priorität einzuräumen. Die Finanzierung von Pflege und Betreuung eines behinderten Kindes kann finanziell eine grosse Belastung für eine Familie darstellen. Wichtig ist auch hier Aufklärung über alle möglichen Formen der Unterstützung. Behinderte Erwachsene sind von Armut und sozialer Desintegration bedroht, insbesondere wenn sie aufgrund von Krankheit behindert sind, kein Erwerbseinkommen haben und in finanziell bescheidenen Verhältnissen leben müssen.
e. Rentner, Alte, Hochbetagte	hoch	Behinderte im Rentenalter, welche bis anhin in einem Heim gelebt haben, verbleiben meistens dort (höhere Betreuungsintensität und -qualität im Vergleich mit Alters-Pflegeheimen aufgrund besserer Finanzierungsbasis durch die IV) Für alle anderen stehen wie für die Nicht-Behinderten die gängigen Angebote zur Verfügung (→ <i>Alter & Soziale Desintegration</i>) Berentete Behinderte unterstehen einem erhöhten Armutsrisiko als Nicht-Behinderte, da sie seltener eine hinlängliche Pension aus ihrem Erwerbsleben haben.

c) Angebot & Verantwortlichkeiten

Der Staat respektive der Kanton Basel-Stadt bietet auch hier für die grosse Mehrheit der Betroffenen ausreichende Angebote. Das Hilfe- und Unterstützungssystem in Basel ist gut ausgebaut, und bis anhin waren über die Eidg. Invalidenversicherung genügend finanzielle Mittel verfügbar. Mit der anstehenden Realisierung des NFA werden diese Bundesgelder inklusive der Kompetenzen betreffend Mittelverwendung an die Kantone delegiert. Zusammen mit den vorgesehenen Gesetzesänderungen im Rahmen der sogenannten 5. IVG-Revision werden die Kantone in Zukunft insgesamt mehr Möglichkeiten haben, individuelle und auf die spezifischen Probleme einzelner Zielgruppen abgestimmte Massnahmen zu formulieren und auch zu finanzieren.

- Wichtige staatliche Akteure** und Ansprechpartner:
- IV-Stelle Basel-Stadt (Vollzugsstelle der Eidg. Invalidenversicherung)
 - ED /Abteilung Erwachsene Behinderte, Abteilung Sonderpädagogik, Heilpädagogischer Dienst
 - WSD / Amt für Wirtschaft und Arbeit, Amt für Sozialbeiträge
 - Bürgergemeinde Basel-Stadt / Bürgerspital, Sozialhilfe Basel
 - Sozialhilfe Riehen, AHV/IV-Ergänzungsrenten Riehen und Bettingen, Hilfsfonds der Gemeinde Riehen

Der private Sektor mit rund 40 privaten Trägerschaften stellt die wichtigsten Akteure der Behindertenpolitik im Kanton Basel-Stadt. Sie bieten den grössten Teil der Dienstleistungen für Menschen mit einer Behinderung an (eine gute Übersicht bietet der Sozialkompass). Wohn-, Arbeits- und Beratungsangebote für Menschen mit einer Behinderung führen aber auch der Kanton und die Bürgergemeinde. Es stehen insgesamt 43 Wohnheime und 4 Tagesstätten, 16 Werkstätten und 6 Eingliederungsstätten zur Verfügung, die den Anforderungen der Invalidenversicherung entsprechen und mit Betriebs- und/oder Baubeiträgen unterstützt werden (gemäss IVG Art. 73). Menschen mit einer Behinderung wohnen und arbeiten teilweise auch in sozialen Einrichtungen ohne IV-Beiträge.

Für fast jede denkbare Behinderung gibt es heute Selbsthilfegruppen, Beratungsstellen für Behinderte und/oder Angehörige sowie Organisationen zur gezielten politischen Interessensvertretung. Auch der Dachverband Pro Infirmis ist – ganz im Gegensatz zum „Dachverband“ Pro Senectute im Themen- und Wirkungsbereich *Alter & Soziale Desintegration* – auf allen Ebenen (Gemeinden, Kantone, Bund) politisch aktiv.

- Wichtige private Akteure** und Ansprechpartner:
- Suva
 - Pro Infirmis Basel, PSAG, Procap Basel, Behindertenforum, Stiftung „Zugang für Alle“
 - Zahlreiche Vereine, Verbände und Elternvereinigungen als Interessenvertreter, Selbsthilfeorganisationen und Beratungsstellen für Behinderte, Invalide und deren Angehörigen
 - Zahlreiche Beschäftigungsangebote und geschützte Werkstätten
 - Diverse Stiftungen und private Unterstützungs-/Hilfe-Fonds

Die Koordination und Zusammenarbeit zwischen staatlichem und privatem Sektor ist in Basel-Stadt relativ unproblematisch. Koordinationsprobleme und ineffiziente Strukturen werden allenfalls innerhalb des privaten Sektors geortet. Dieser schafft es aufgrund der grossen Diversität des Angebots und Heterogenität der Interessen kaum, sich intern verbindlich zu organisieren und zu koordinieren – und die übergeordnete Koordination durch das ED kann dieses Problem kaum auflösen.

Folgende Stellen koordinieren die verschiedenen Anspruchs- und Zielgruppen im Wesentlichen:

Psychisch Behinderte	PSAG
Körperlich und geistig Behinderte	Pro Infirmis
Behinderte und chronisch kranke Minderjährige (Entwicklungspsychologische Abklärungen, Pädagogisch-therapeutische Massnahmen, Beratung von Eltern und Erziehungsverantwortlichen)	ED / Heilpädagogischer Dienst
Kinder und Jugendliche mit Behinderungen (Förderung und Schulung durch integrative Schulung und Sonderschulen)	ED / Abteilung Sonderpädagogik
Erwachsene mit einer schweren geistigen oder mehrfachen Behinderung (Koordination der Einrichtungen der ambulanten und stationären Behindertenhilfe und Betrieb der kantonalen Wohnheime und Förderstätten)	ED / Abteilung Erwachsene Behinderte

d) Nachfrage, Bedarf & Lücken

Als ungenügend wird die finanzielle Unterstützung des ambulanten Bereichs betrachtet, vor allem für die zuhause betreuten Behinderten und Invaliden (Kinder, Jugendliche und Erwachsene). Nebst der grossen zeitlichen Belastung durch Pflege und Betreuung (meist unentgeltlich von Eltern und Angehörigen geleistet) werden vor allem die finanziellen Mittel für ambulante Pflege (Spitex), spezielle Hilfsmittel, für Freizeit und Mobilität als ungenügend betrachtet. Ebenso fehlen offenbar Angebote und Tagesstrukturen für eine sinnvolle und ausfüllende Freizeitbeschäftigung nicht arbeitsfähiger Behinderter & Invaliden.

Der Fokus von Beachtung und Hilfestellung ist heute auf die geistig Behinderten gerichtet. Demgegenüber sind vor allem die schwerst körperlich Behinderten unterversorgt und oft in Akutspitälern und Pflegeheimen fehlplatziert.

e) Ansatzpunkte für Engagement & Projekte

1. Lehrstellen für behinderte Jugendliche	<p>Jugendliche mit stark eingeschränkter Lernfähigkeit (IV-berechtigt) finden nur selten eine angemessene Lehrstelle zur Entfaltung ihrer (beschränkten, aber vorhandenen) beruflichen Fähigkeiten. Hier fehlt es an der Finanzierung der unternehmerisch nicht rentabel einsetzbaren Lehrlinge, welche zudem oft besonders viel (normalerweise ebenso wenig finanzierte) Betreuung benötigen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung und Aufbau-Förderung neuer, nicht-kommerzieller Lehrstellenangebote („Sozialfabrik“) ▪ Finanzielle Unterstützung zum Ausbau von bestehenden Angeboten ▪ Unterstützung begleitender/ergänzender Tagesstruktur-Angebote ▪ Förderung von spezifischen Angeboten mit starker Integrationskomponente für Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund
2. Pilotprojekte Soziale Integration	<p>Besonders neue, noch „unausgegrenzte“ und daher experimentelle Projekte haben es schwer, eine Finanzierung zu finden und überhaupt erst in ihre Pilotphase zu starten.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Besuchsdienste, Begleit- und Betreuungsservices für Behinderte ▪ Pilotprojekte zur Erprobung von Modellen persönlicher Assistenz (z.B. Pilotprojekt Assistenzbudget) ▪ Bauprojekte mit hohem Planungs- und Investitionsbedarf
3. Pilotprojekte Arbeitsintegration	<p>Arbeitsprojekte sollten neu „angedacht“ werden. Insbesondere Projekte mit stark (sozial) integrativem Charakter (wie z.B. GAW-geführte Migros) sind unterstützungswürdig. Auch hier benötigen Experimente besondere und unkonventionelle Finanzierungen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Führung oder Teilübernahme von konventionellen Betrieben durch Behinderte (z.B. Einkaufsläden) ▪ Unterstützung von KMU bei der Aufnahme und Betreuung von behinderten Mitarbeitenden ▪ Erarbeitung von Informationsmaterial zur Aufklärung von KMU über Möglichkeiten der Beschäftigung von Behinderten (DVD zur integrativen Schulung) ▪ Pilotprojekte zur Erprobung von Modellen persönlicher Assistenz (z.B. Pilotprojekt Assistenzbudget)
4. Arbeitsplatzsicherung & Verhinderung von Invalidität	<p>Viele IV-Fälle würden nicht entstehen, wenn das Arbeitsumfeld sensibler auf die Problematik „Krankheit-Behinderung-Invalidität“ reagieren würde. Unterstützungswürdig sind daher alle Projekte, welche der Sicherung des Arbeitsplatzes von sozial schwachen oder durch Krankheit von Invalidität bedrohten Arbeitnehmern dienen.</p>

5. Sozial-Rehabilitation	<p>Mit der 5. IVG-Revision werden der IV-Stelle Basel-Stadt eine ganze Palette von Möglichkeiten (inklusive Finanzierung) beruflicher Eingliederungsmassnahmen in die Hand gegeben, um eine Invalidität durch Früherkennung und rechtzeitiges Eingreifen verhindern zu können.</p> <p>Die meisten dieser Instrumente werden von der IV-Stelle Basel-Stadt zusammen mit anderen Institutionen projektiert und umgesetzt werden, könnten aber durch zusätzliche Finanzierung (Christoph Merian Stiftung) durchaus über das geplante Minimalangebot hinaus ergänzt, ausgedehnt oder verbessert werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Tagesstruktur und Beschäftigung ▪ Bewältigung von Veränderungen ▪ Entdecken/Entwickeln und Gehen neuer Wege
6. Arbeits-Integration	<p>Auch für die folgenden Bereiche und Themen sind im Rahmen der 5. IVG-Revision in den nächsten Jahren neue Projekte zu planen und umzusetzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Belastbarkeitstrainings ▪ Aufbautrainings ▪ Arbeit zur Zeitüberbrückung im geschützten Rahmen ▪ Arbeit zur Zeitüberbrückung in der offenen Wirtschaft ▪ Bewerbungsateliers ▪ Supported Employment (Job Coaching)
7. Entlastung von Eltern & Angehörigen	<p>Die Unterstützung von pflegenden und betreuenden Eltern und Angehörigen ist sowohl inhaltlich wie auch finanziell oft ungenügend. Förderungswürdig sind daher Projekte, welche Eltern und Angehörige von Behinderten und Invaliden in ihren Bestrebungen unterstützen, beraten, entlasten.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Tagesferien für Behinderte (zur Entlastung der Pflegenden) ▪ Wochenferien, Ferienheime und -kolonien für Behinderte ▪ Administrative Hilfe (Finanzen, Budget- und Ausgabenberatung, Unterstützung im schriftlichen Verkehr mit Behörden und IV, etc.) ▪ Entlastende Haushaltshilfen für Behinderte und/oder pflegende Eltern und Angehörige



Schlussfolgerungen & Empfehlungen

- ▶ Die finanzielle Unterstützung der Behinderte- & Invalidenhilfe sei vor allem im privaten Sektor eher durch Willkür geprägt als auf einer konsistenten Planung und Koordination basierend. Grosse Finanzgeber würden ihre Gelder also oft zufällig, aufgrund persönlicher Beziehungen, durch politischen Druck gesteuert oder einfach „aus Tradition“ verteilen.
Die Christoph Merian Stiftung könnte mit offen kommunizierten Zielen sowie einer klaren und transparenten Strategie solchen Vorwürfen den Wind aus den Segeln nehmen. Eine konsequente Begründung der Absage von Finanzierungsgesuchen (basierend auf Zielsetzung und Strategie) würden hierbei unterstützend helfen.
- ▶ Der ambulante Bereich des Behindertenwesens wird gegenüber dem stationären Bereich vor allem in finanzieller Hinsicht stark vernachlässigt. Dies ist bedingt durch die generelle Ausrichtung der IV-Gesetzgebung, welche traditionell den stationären Bereich prioritär behandelt. Die Christoph Merian Stiftung könnte hier mit einer prioritären Unterstützung von Initiativen im ambulanten Bereich einen kleinen Gegenakzent setzen.

8 Krankheit & Unfall

a) Allgemeine Betrachtung

Gemäss dem Baselstädtischen Gesundheitsbericht 2002 steht es um die Gesundheit der Basler Bevölkerung signifikant schlechter als um den Schweizerischen Durchschnitt. Die folgenden Punkte verweisen zusammenfassend auf die grössten Probleme bezüglich Gesundheitszustand, Gesundheitsverhalten und Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen im Kanton Basel-Stadt:

- Basel-Stadt hat schweizweit den höchsten Anteil an Personen mit schlechtem und sehr schlechtem gesundheitlichem Wohlbefinden. Insbesondere betroffen davon sind die über 65-jährigen Baslerinnen.
- Basel weist einen sehr hohen Anteil an Personen mit starken körperlichen Beschwerden auf und zudem den gesamtschweizerisch höchsten Anteil an Personen mit lang andauernden gesundheitlichen Problemen. Der Medikamentenkonsum ist zudem bei den über 35-Jährigen sehr hoch.
- Nur gut ein Drittel aller Baslerinnen und Basler befolgen die Bewegungsempfehlung des BAG (mind. eine halbe Stunde Bewegung pro Tag). Besonders Männer zeichnen sich hinsichtlich Risikofaktoren für chronische Krankheiten durch erhöhte Cholesterinwerte und häufigeres Übergewicht aus. In Basel leben zudem schweizweit die meisten Raucherinnen und Raucher.

Die Vielfältigkeit und Disparität der Gesellschaft stellt eine Herausforderung für das Gesundheitswesen dar. Insbesondere die unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen erschweren die Gesundheitserziehung einerseits sowie den adäquaten Zugang zu den Angeboten des Gesundheitswesens andererseits.



Positive Trends & Chancen

- ▶ Die grosse Mehrheit der Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt (80%) fühlt sich gesundheitlich gut bis sehr gut. Nur eine Minderheit gibt an, es gehe ihr momentan schlecht oder gar sehr schlecht.
- ▶ Den grössten Einfluss auf das gesundheitliche Wohlbefinden haben das Geschlecht und das Alter. Männer fühlen sich gesamthaft betrachtet besser als Frauen, leiden seltener an lang andauernden Gesundheitsproblemen und körperlichen Beschwerden. Nicht nur körperlich, auch psychisch fühlen sich Männer besser als Frauen, vor allem im höheren Alter.
- ▶ Beim Bewegungsverhalten fallen die Baslerinnen und Basler im interkantonalen Vergleich insofern positiv auf, als die Mehrheit der Bevölkerung die täglichen Wegstrecken zu Arbeit, Einkaufen oder Ausgang zu Fuss oder mit dem Velo zurücklegt.
- ▶ In bildungsfernen Schichten sind die Mädchen aufgeweckter als die Knaben und um einiges einfacher zu erreichen. Dies kann in Projekten gezielt „ausgenutzt“ werden.
- ▶ Das ED Basel-Stadt will bis 2009 alle stark gesüssten Limonaden (wie Coca, Fanta, Sprite, Eistee) in Getränkeautomaten in den Schulhäusern durch attraktive, auf Lifestyle getrimmte Mineralwasser oder verdünnte Fruchtsäfte ersetzen.



Negative Trends & Risiken

- ▶ Über die Hälfte der Kinder, welche in den Kindergarten eintreten, haben nicht Deutsch als Muttersprache – damit auch keine deutschsprechenden Eltern. Dies erschwert die Gesundheits-erziehung und Präventionsarbeit in Kindergarten und Schule.
- ▶ Die Kommunikation mit der Baselstädtischen Bevölkerung wird durch den hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten sehr vielschichtig und verkompliziert sich auf allen Ebenen.
- ▶ Generell sind gesundheitliche Probleme stark korreliert mit sozio-ökonomischem Status. Besonders betroffen sind Personen mit geringer Schulbildung und mit tiefem Einkommen, in an- und ungelernten Berufen, sowie mit Migrationshintergrund.
- ▶ Ärztliche Dienstleistungen und insbesondere zahnmedizinische und spezialärztliche Angebote werden durch Personen aus unteren sozialen Schichten und durch die Migrationsbevölkerung deutlich geringer in Anspruch genommen.
- ▶ Bei den Schülern und Schülerinnen (14- bis 16-jährig) besteht heute wieder ein sehr hoher Bedarf an Sexualaufklärung und Sexualerziehung. Insbesondere bestehen Lücken im Grundwissen betreffend Verhütung, HIV und Aids sowie eigenes Sexualverhalten.

b) Relevanz für Lebensabschnitt & Zielgruppe

Lebensabschnitt / Zielgruppe	Relevanz	Erklärungen & Bemerkungen
a. Kleinkinder (vor Kindergarten)	hoch	Im Kindesalter werden die Grundlagen für ein gesundes Leben gelegt (was Hänchen nicht lernt ...).
b. Kinder (bis Ende Primarschule)	hoch	Karies, Bewegungsarmut und Fehlernährung sind die zentralen Themen im Kindergarten- und Schulalter. Fehlverhalten kann hier noch korrigiert werden.
c. Jugendliche, junge Erwachsene	hoch	Jugendliche am Übergang zum Erwachsenenleben und beim Eintritt in die Arbeitswelt leiden häufiger als Kinder und Erwachsene unter Stress, Rollenwechsel, Geldproblemen, körperlicher Belastung, Erwartungsdruck sowie sexuellen Übergriffen (Mädchen/junge Frauen).
d. Erwachsene, Eltern, Familien	hoch	Vor allem die Migrationsbevölkerung ist durch verschiedene Krankheitsbilder besonders betroffen. „Zuviel Krankheit“ führt zu seelischer Not, Problemen beim Arbeitsplatz und im schlimmsten Fall zu Behinderung und Invalidität mit Armutsfolge und sozialer Desintegration.
e. Rentner, Alte, Hochbetagte	hoch	Ältere und alte Menschen leiden unter Krankheit häufig nicht nur über die Krankheit per se, sondern viel mehr noch über den damit verbundenen Verlust von Mobilität und Selbständigkeit. Sie müssen zur Überwindung oder Minderung der Folgen Kompensationsstrategien entwickeln, was nicht allen gleichermaßen erfolgreich gelingt.

c) Angebot & Verantwortlichkeiten

Der Staat respektive der Kanton Basel-Stadt bietet auch hier für die grosse Mehrheit ausreichende Angebote. Das Gesundheitssystem sowie die medizinische Versorgung sind in Basel gut ausgebaut. Mit der seit 2005 bestehenden Fachstelle „Gesundheitsförderung und Prävention“ (innerhalb der Gesundheitsdienste des Gesundheitsdepartements) werden alle bestehenden Aktivitäten im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention zusammengefasst. Damit besteht in Basel ein klar positioniertes Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung und Prävention.

Die vom Gesundheitsdepartement verfolgte Public-Health-Strategie basiert auf den vier Säulen Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsversorgung und Gesundheitsschutz.

Die medizinische Grundversorgung wird in Basel-Stadt durch Universitätskliniken sowie Privatspitäler sowie über ein breites Netz von Hausärzten und Spezialärzten mehr als genügend abgedeckt. Die latente Überversorgung dürfte – nebst weiteren Gründen – mit auch Ursache für die überdurchschnittlich hohen Gesundheitskosten im Kanton Basel-Stadt sein.

- Wichtige staatliche Akteure** und Ansprechpartner:
- Gesundheitsdepartement Basel-Stadt (insbesondere die Gesundheitsdienste mit Kantonsärztlichem Dienst, Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention, Heilmittelwesen, Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, Abteilung Sucht)
 - IV-Stelle Basel-Stadt

Der private Sektor mit einer Vielzahl von Trägerschaften und Einrichtungen bietet auch im Gesundheitsbereich eine grosse Palette von Angeboten. Stark vertreten sind vor allem Selbsthilfe- und Beratungsangebote für alle nur denkbaren Krankheiten und Behinderungen. Von dieser Vielzahl werden nachstehend nur einige wenige als Beispiele angeführt.

- Wichtige private Akteure** und Ansprechpartner:
- Kranken- und Unfallversicherer (nach KVG und VVG)
 - Suva (nach UVG)
 - Pro Senectute, Pro Infirmis, Spitex, Rotes Kreuz Basel-Stadt
 - Aids-Hilfe beider Basel, Alzheimervereinigung, Krebs-Liga, Lungen-Liga, Diabetes-Gesellschaft, Vereinigung Schweizer Schmerzpatienten sowie viele weitere private Interessenvertreter für die jeweils von einer Krankheit betroffenen Patienten und Angehörigen

d) Nachfrage, Bedarf & Lücken

Im Vordergrund stehen einerseits die Gesundheitserziehung, andererseits die Vereinfachung des Zugangs zu den vielfältigen Angeboten. Im Erwachsenenbereich handelt es sich dabei vorwiegend um Aufklärung, Informationsvermittlung und Sensibilisierung, im Bereich Kinder und Jugendliche daneben aber auch um konkrete Massnahmen (Projekte) zur Bekämpfung der auffälligsten Symptomatik.

Lücken werden vor allem im nichtschulischen Bereich geortet, beim Freizeitverhalten der Kinder und Jugendlichen, bei Fehl- oder Nichterziehung im Elternhaus, bei den fehlenden Aufenthalts- und Bewegungsangeboten in den Quartieren. Für die Christoph Merian Stiftung bietet sich dieser nichtschulische Bereich zur Finanzierung von sinnvollen Projekten oder für ein eigenes Engagement an.

Im Suchtbereich bestehen eigentlich keine (sucht-)spezifischen, das heisst auf die Krankheit selbst bezogenen Lücken. Wie bei anderen Zielgruppen auch bestehen für Suchtkranke Defizite in vor- und nachgelagerten Bereichen ihrer Suchtproblematik (Erwerbs- und Arbeitslosigkeit, Bildungsdefizite, Behinderung und Invalidität, fehlende Tagesstrukturen und Beschäftigungsmöglichkeiten, Langeweile und Sinnentleerung, Orientierungslosigkeit).

e) Ansatzpunkte für Engagement & Projekte

1. Quartierentwicklung & Bewegungsförderung	<p>Förderung der Quartierentwicklung und -arbeit zur Entschleunigung des Lebens: Verbleib und Zeitvertreib im Quartier anstatt „endloses herumkurven“ in der Stadt und auf dem Land auf der Suche nach Abwechslung.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Fördern von „Inseln“ in der Stadt für Spiel und Sport ▪ Ausstattung der Kindergärten mit (Bewegungs-)Freiflächen und (Outdoor-)Spielmöglichkeiten ▪ Förderung von Robinsonspielplätzen, Bereicherung bestehender Spielplätze mit reichen Bewegungsangeboten ▪ Unterstützung konkreter Bewegungsprojekte (wie z.B. Purzelbaum)
2. Quartierberuhigung	<p>Es besteht ein sehr enger Zusammenhang zwischen Wohnqualität und Krankheit respektive gesundheitlichem Wohlbefinden. Jegliche Unterstützung von Quartierberuhigungsmassnahmen ist daher zu begrüssen und fördert direkt die Gesundheit der betroffenen Anwohner.</p>
3. Gesundheit am Arbeitsplatz	<p>Ein ebenso enger Zusammenhang besteht zwischen Arbeitsplatzqualität und Krankheit respektive Arbeitsplatzqualität und gesundheitlichem Wohlbefinden. Jegliche Unterstützung von Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsplatzqualität ist daher zu begrüssen und fördert direkt die Gesundheit der betroffenen Arbeitnehmer (und deren Familien).</p>

4. Information & Sensibilisierung	<p>Unterstützung und Förderung von Projekten zur Information und Sensibilisierung der Eltern über grundlegende Gesundheitsfragen (ihre eigene Gesundheit) und Gesundheitserziehung ihrer Kinder.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einbezug der Eltern in die Bewegungsaufklärung ▪ Verbesserung des Zugangs zur Migrationsbevölkerung
5. Prävention & Gesundheitsförderung	<p>Gezielte Förderung spezifischer Präventionsangebote in den Bereichen Gesundheitsvorsorge, Ernährung, Bewegung, Jugend- und Sexualmedizin, Aids- und Suchtprävention für alle aktiven Bevölkerungskreise.</p> <p>Gezielte Thematisierung von altersspezifischen Themen der Gesundheitsförderung und der Prävention wie beispielsweise Sturzprophylaxe, Umgang mit heissen Sommertagen oder Medikamente im Alter.</p>
6. Krankenpflege	<p>Die mit der Pflege beauftragten Einrichtungen und Organisationen leiden unter Geldmangel, da über das KVG nur noch die Grundversorgung gewährleistet (und bezahlt) wird. Weitergehende psycho-soziale Betreuung findet daher immer weniger bis gar nicht mehr statt, was vor allem für ältere sowie alleinstehende Pflegebedürftige Menschen zu sozialer Desintegration und Isolation führen kann.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung und Förderung von komplementärer Freiwilligenarbeit im Krankenpflegebereich ▪ Unterstützung des Ausbaus von ergänzenden psycho-sozialen Angeboten und Förderung der bestehenden Dienstleister wie Spitex, Pro Senectute, Rotes Kreuz etc. bei ihren entsprechenden Bestrebungen ▪ Angebote zur temporären Entlastung pflegender Angehöriger von Langzeitpatienten („Tagesferien“ für Kranke)
7. Unfallverhütung	<p>Im Bereich Unfallverhütung sind Sensibilisierungskampagnen und Informationsveranstaltungen zu fördern. Besonders für Kinder ist das eigene und konkrete Erleben von potentiellen Gefahren für den nachhaltigen Lerneffekt essentiell.</p>
8. Suchtkranke	<p>Im Gesundheitsbereich (kurativ) keine Angebotslücken. Hingegen in angrenzenden Bereichen (vor allem präventiv) können durchaus noch Lücken und Herausforderungen geortet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schutz von Kindern alkohol- oder drogensüchtiger Eltern ▪ Betreuungsangebote (Götti-/Gotteprinzip) für Kinder in Krisenfamilien ▪ Postnatale Betreuung suchtkranker oder suchtgefährdeter junger Mütter ▪ Öffnung der Jugendpsychiatrie für suchtkranke Jugendliche ▪ Einbindung älterer/alter, pflegebedürftiger Junkies in das Regelangebot
9. Vernetzung Diaspora	<p>Das Erreichen von schlecht oder nicht vernetzten Ausländergruppen ist schwierig. Die Erreichbarkeit hängt direkt ab vom Grad der internen Vernetzung innerhalb der Diaspora, der Zugänglichkeit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit von Opinion Leaders sowie von der Bildungsnähe. Projekte zur Vernetzung von Ausländer- und Migrantengruppen ist daher mittel- und langfristig hilfreich für die Aufklärung, Information und Integration.</p>



Schlussfolgerungen & Empfehlungen

- ▶ **Priorität hat im Gesundheitsbereich die präventiv wirkende Aufklärungsarbeit. Mit gezielter Information und geeigneten Massnahmen kann die Gesundheit jeder und jedes Einzelnen individuell unterstützt und gestärkt werden. Die Möglichkeiten zur Wahrnehmung der Selbstverantwortung werden dadurch gestärkt. Unterstützungswürdig sind Projekte zur Stärkung des Gesundheitsbewusstseins.**
- ▶ **Damit Gesundheit für die gesamte Bevölkerung im Alltag erlebbar wird, müssen Massnahmen bei allen Altersgruppen ansetzen. Neben Kindern und Jugendlichen soll die breite Bevölkerung in unterschiedlichen Lebenslagen mit gezielten Aktivitäten angesprochen werden.**
- ▶ **Für die Jüngsten ist es wichtig, frühzeitig Impulse für ein langes Leben in Gesundheit zu erhalten.**

9 Sexuelle Diskriminierung & Genderfragen

a) Allgemeine Betrachtung

Das Gleichstellungsbüro Basel-Stadt feierte 2006 gleich vier Jubiläen: Seit 35 Jahren dürfen Frauen in der Schweiz abstimmen, wählen und sich wählen lassen. Seit 25 Jahren ist der Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung verankert. 15 Jahre ist es her seit dem ersten nationalen Frauentreiktag, und seit 10 Jahren gibt es den Frauenrat des Kantons Basel-Stadt.

Dieses Jahr (2007) nun darf das Gleichstellungsbüro Basel-Stadt selbst sein 15-jähriges Bestehen feiern.



Positive Trends & Chancen

- ▶ Die Geschlechterverhältnisse haben sich in den letzten Jahren in den Bereichen Bildung, Familie, Arbeit und Politik in den beiden Basel positiv verändert. So wächst der Frauenanteil zum Beispiel an den Hochschulen, und die beiden Kantonsparlamente gehören beim Anteil der Parlamentarierinnen zur Spitzengruppe.
- ▶ Wenn die Realisierung der Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt (Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit) gilt als Schlüsselfaktor für das erfolgreiche Zusammenspiel von bezahlter und unbezahlter Tätigkeit) gelingt, entsteht eine Win-win-Situation, von der alle Beteiligten profitieren.
- ▶ Auf Initiative des GSB hat die Prognos AG elf Unternehmen mit Sitz in Basel-Stadt und Baselland untersucht. Das Resultat dieser ersten regionalen Kosten-Nutzen-Analyse zeigt deutlich auf, dass der Nutzen – insbesondere Einsparungen durch geringere Personalgewinnungskosten – die Kosten für ein geeignetes Paket familienorientierter Massnahmen bei weitem übersteigt.
- ▶ Die Studie zeigt auch auf, wie wichtig eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Basel ist. Denn eine Region, die geeignete Rahmenbedingungen für Familien bietet, schafft sich Vorteile im Wettbewerb um Fachkräfte. Dies wiederum steigert die Innovationskraft und stärkt die Region auch langfristig.
- ▶ Die Wichtigkeit und Dringlichkeit von Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde auch vom Bund erkannt, was 2007 mit der Herausgabe des „KMU-Handbuch Beruf und Familie“ des SECO manifest wird.



Negative Trends & Risiken

- ▶ Trotz diesen zahlreichen runden Geburtstage hapert es immer noch bei der Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes (von 1996), da der Staat selbst keine Verantwortung für dessen Umsetzung übernimmt. Diese Verantwortung ist weitgehend Privatangelegenheit, jede Frau muss sich selbst um die Durchsetzung ihrer gesetzlich zugesprochenen Rechte – wenn nötig vor Gericht – kümmern.
- ▶ Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist noch nicht erreicht.
- ▶ Trotz der zahlreichen und nachweislich auf die Arbeit des GSB zurückgehenden Erfolge in Genderfragen wird die Existenz des GSB sowohl in der Politik als auch verwaltungsintern immer wieder laut (oder verhohlen) in Frage gestellt.
- ▶ Sexuelle Belästigung in der Ausbildung und am Arbeitsplatz ist gesetzlich verboten, kommt aber nach wie vor häufig vor. Alle Untersuchungen bestätigen, dass überwiegend Frauen sexuell belästigt werden.
- ▶ Häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen per se kommen zunehmend vor. Ob dies auf eine generelle Zunahme oder auf zunehmende Sensibilisierung und damit auf eine Zunahme der Meldungen und Denunziationen solcher Fälle zurückzuführen ist, bleibt unklar.
- ▶ Frauen leisten immer noch einen Grossteil der unbezahlten Arbeit: Hausarbeit, Erziehungsarbeit, Pflege von Angehörigen, Freiwilligenarbeit fürs Gemeinwesen. Eine Korrektur des Arbeitsbegriffs ist nötig.
- ▶ Frauen werden in der Gesellschaft trotz Gleichstellungsgesetz weiterhin diskriminiert: Frauen unterliegen einem höheren Armutsrisiko als Männer, sind öfter Alleinerziehende, verdienen im Durchschnitt 20% weniger für gleiche Arbeit, sind bei Working Poor, in Tieflohnsegmenten und Teilzeitangestellten übervertreten, leiden unter Doppelbelastung Beruf-Familie, usw.

b) Relevanz für Lebensabschnitt & Zielgruppe

Lebensabschnitt / Zielgruppe	Relevanz	Erklärungen & Bemerkungen
a. Kleinkinder (vor Kindergarten)	hoch	Kinder leiden besonders unter der immer noch schwierigen Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Gleichzeitig werden in diesem Alter die Grundlagen für das gegenseitige Geschlechter- und Rollenverständnis gelegt. Unterstützung der Familie in allen Bereichen fördert die Entwicklung des Kindes – und letztlich der ganzen Gesellschaft.
b. Kinder (bis Ende Primarschule)	hoch	
c. Jugendliche, junge Erwachsene	hoch	Die Entdeckung des anderen Geschlechts ist in dieser Lebensphase das zentrale Thema.
d. Erwachsene, Eltern, Familien	hoch	Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Geschlechterverständnis sowie häusliche Gewalt sind lebensrelevante Themen, welche für Wohl und Entwicklung von Partnerschaft und Familie eine zentrale Bedeutung erhalten.
e. Rentner, Alte, Hochbetagte	mittel	„Das Alter ist weiblich“. Die Mehrheit der Alten und Hochbetagten sind Frauen, welche ihrerseits in der Mehrheit von Frauen gepflegt werden. 40% aller über 90-jährigen Männer leben in einer festen Partnerschaft, jedoch nur 15% der über 90-jährigen Frauen. Es ist aber nicht etwa so, dass die Gelegenheit und die entsprechenden Angebote fehlen würden; ältere und alte Frauen entscheiden sich meist bewusst gegen eine (erneute) feste Partnerschaft mit einem Mann.

c) Angebot & Verantwortlichkeiten

Der Staat respektive der Kanton Basel-Stadt bietet auch hier ein nicht allzu grosses Angebot. Es gibt aber innerhalb der Verwaltung Basel-Stadt einige engagierte Abteilungen, welche sich aktiv um Gleichstellungsfragen kümmern.

- Wichtige staatliche Akteure** und Ansprechpartner:
- JD / Gleichstellungsbüro Basel-Stadt, Abteilung Jugend, Familie & Prävention, Abteilung Kindes- und Jugendschutz der Vormundschaftsbehörde
 - WSD / Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen
 - FD / Projektleitung Chancengleichheit

Der private Sektor mit einer Vielzahl von Trägerschaften und Einrichtungen bietet eine grosse Palette von komplementären Angeboten. Die meisten davon betreffen Beratung und Betreuung von Frauen.

- Wichtige private Akteure** und Ansprechpartner:
- INFRA Rechtsberatungsstelle für Frauen, Sozial- und Rechtsberatung des Basler Frauenvereins, Frauenhaus-Beratungsstelle, Frauenzentrale Basel-Stadt
 - IG Geburt, KISS Kinderbetreuungs-Informationen-System
 - LIMITA Fachgruppe zur Prävention sexueller Ausbeutung von Mädchen und Jungen, Nottelefon, Triangel – Opferhilfestelle beider Basel für Kinder und Jugendliche, Halt-Gewalt – Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt, Frauenhaus Basel, Verein Mediation Region Basel
 - professionELLE, Fachstelle UND Familien- und Erwerbsarbeit für Männer und Frauen

d) Nachfrage, Bedarf & Lücken

Eine grosse Nachfrage besteht an mädchengerechten oder spezifisch auf Mädchen ausgerichteten Angeboten. Es besteht eine grosse Kenntnis-Lücke betreffend Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen im Freizeitbereich. Die Initiierung und Unterstützung einer umfassenden Bedarfsanalyse zur Beantwortung der Fragen „Was brauchen Mädchen?“ „Wie erreicht man Mädchen?“ „Welche Angebote gibt es bereits für Mädchen?“ wäre höchst wünschenswert.

e) Ansatzpunkte für Engagement & Projekte

1. Vereinbarkeit von Beruf & Familie	<p>Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist und bleibt ein zentrales Thema. Bestrebungen der Wirtschaft zur Einführung oder Umsetzung familienfreundlichen Massnahmen sind zu unterstützen. Insbesondere KMU zögern in dieser Frage, weil sie (zu Unrecht) das Kosten-Nutzen-Verhältnis familienfreundlicher Massnahmen als negativ betrachten. Förderungswürdig sind insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung bei der Kinderbetreuung ▪ Familienbezogene Freistellungen / Vaterschaftsurlaub ▪ Beratung der werdenden Mutter und Vermittlung von Angeboten ▪ abgestufte familienbedingte Teilzeitarbeit & Telearbeitsplätze
2. Sexuelle Belästigung in der Lehre und am Arbeitsplatz	<p>Sexuelle Belästigung im Unternehmen und in der Verwaltung muss auch ohne konkreten Anlass zum Thema gemacht werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sensibilisierungsprojekte, Aufklärung über Rechte von Arbeitnehmerinnen und Pflichten von Arbeitgebern ▪ Hilfestellung und Beratung im Falle von sexueller Belästigung und Übergriffen
3. Sexualaufklärung	<p>Wie schon im Themen- und Wirkungsbereich <i>Gesundheit & Unfall</i> festgestellt, ist das Wissen der 12- bis 16-Jährigen betreffend Sexualität, Fortpflanzung, Geschlechtskrankheiten oder Genderfragen bedenklich dürftig.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Projekte zur Sexualaufklärung in der Schule und Sensibilisierung der jungen/Mädchen für ein gesundes Geschlechterverständnis ▪ Projekte zur Vermittlung und Schulung von gegenseitigem Respekt, entsprechenden Werten, Verhaltensweisen, etc. ▪ Einführung und Stärkung von Sexualpädagogik im Unterricht auf allen Stufen (feste Verbindung mit Schulstoff) – inklusive der Durchführung themenspezifischer Kampagnen und Projekte ▪ Sensibilisierung der Schulsozialarbeit auf <i>Sexuelle Diskriminierung & Genderfragen</i>
4. Genderfragen & Rollenverständnis	<p>In Kindergarten und Schule herrscht erstaunlicherweise immer noch ein traditionelles und überholtes Rollenverständnis (Mann-Frau / Knabe-Mädchen) vor. Förderungswürdig und -notwendig ist daher jegliche Art der vernünftigen Sensibilisierung von Mädchen und Buben für verschiedenste Lebensentwürfe und alternative Rollen- und Berufsbilder.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ z.B. Pilotprojekt „Choose It“ (begleitete Schnuppertage für Jugendlichen zwischen 11- bis 13 Jahren in untypischen Berufswelten) ▪ spezifische Projekte für Mädchen (zum Teil auch in bestehenden Angeboten) sowie für Jungen zur Vermittlung eines gender-balanced Rollenverständnis sowie zur Entwicklung von zeitgerechten Rollen- und Lebensbildern ▪ Wiedereinführung oder Neuauflage des „Tochtertages“ ▪ Mädchenrat, Respektskampagne

5. Kompetenzstärkung von Migrantinnen	<p>Vor allem im Migrationsbereich sind – anstatt der heute nach wie vor dominierenden Defizitorientierung – Projekte zur gezielten Förderung der Kompetenzen und Stärken von Mädchen und jungen Frauen zu formulieren und zu unterstützen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbau des Projekts „Café Secondas“ zu einem Kompetenzzentrum von und für Secondas ▪ Mentoring für junge sowie auch ältere Migrantinnen zur Unterstützung des Berufseinstiegs und -wiedereinstiegs ▪ Schaffung und Förderung von interkulturellen MediatorInnen (ausserhalb der Schule heute nicht vorhanden) ▪ Bewegungsangebote für Mädchen und speziell für Migrantinnen
6. Begleitetes Besuchsrecht	<p>Im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt besteht offenbar immer noch ein Defizit an Angeboten zur Ausübung und Durchsetzung des begleiteten Besuchsrechts (Finanzierungsproblem).</p>
7. Speziell gefährdete Migrantinnen	<p>Unter den Migrantinnen gibt es einige ganz speziell benachteiligte und gefährdete Gruppen von Frauen, welche besonderer Aufmerksamkeit bedürfen und für die je nach Bedarf auch eigene Projekte formuliert werden müssten:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Tänzerinnen im Sexualgewerbe ▪ Hausangestellte (oft auch angestellt bei Migranten) ▪ Sans Papier (oft Hausangestellte und Tänzerinnen) ▪ Suchtkranke/Drogenabhängige



Schlussfolgerungen & Empfehlungen

- ▶ Sexuelle Belästigung im Unternehmen und in der Verwaltung auch ohne konkreten Anlass zum Thema zu machen, darüber zu sprechen und unmissverständlich bekannt zu geben, dass Übergriffe nicht toleriert werden, ist ein wichtiger Beitrag zur Prävention und die Grundlage für weitere Massnahmen, die zu einem professionellen Umgang mit diesem heiklen Thema beitragen. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für private Organisationen und Einrichtungen im Non-Profit-Bereich.
- ▶ Die meisten Angebote im offenen Kinder- und Jugendbereich sind vorwiegend auf Knaben und Jungen ausgerichtet. Und auch wenn nicht – in jedem Fall profitieren Knaben und Jungen mehr von bestehenden Angeboten als Mädchen. Daher sind Mädchenspezifische Projekte besonders förderungswürdig.
- ▶ Neue Projektanträge an die Christoph Merian Stiftung sollten immer auch auf ihre „Mädchenverträglichkeit“ und auf Gender-Balance geprüft werden. Ein entsprechender Kriterienkatalog ist beim GSB Basel erhältlich.
- ▶ *Sexuelle Diskriminierung & Genderfragen* sollte eigentlich nicht alles Sonderthema behandelt werden, sondern selbstverständlich eingebettet sein in alle gesellschaftlichen Lebensbereiche. Die Erfahrung zeigt aber, dass wenn das Thema nicht als Sonderthema behandelt und hervorgehoben wird, die Angelegenheit *Sexuelle Diskriminierung & Genderfragen* nur zu leicht vergessen geht. Trotzdem sollten *Sexuelle Diskriminierung & Genderfragen* als Querschnittsthema gezielt gefördert werden.

10 Gewalt & Kriminalität

a) Allgemeine Betrachtung

Vor allem mit der Zuspitzung der Drogenproblematik seit Mitte der 1980er Jahre ist Kriminalität und Gewalt in Basel ein zentrales öffentliches Thema geworden. Die zunehmende Sensibilisierung für das Thema, persönliche Erfahrungen mit Gewalt und Einzelereignisse, welche ein breites öffentliches Echo auslösten, sind Gründe, weshalb sich ein steigendes Gefühl der Bedrohung durch Gewalt und Kriminalität in der Bevölkerung breit gemacht hat. Dabei zeigt sich, dass die Angst vor Gewalt in den letzten Jahren stärker zugenommen hat als das tatsächliche Gewaltniveau – was nicht zuletzt durch die mediale Aufbausung des Themas „Jugendgewalt“ mit verursacht worden sein dürfte.



Positive Trends & Chancen

- ▶ Im Kanton Basel-Stadt liegt die geschätzte Wahrscheinlichkeit für die erhobenen Gewaltformen unter dem Gesamtschweizer Durchschnitt. Vor allem die Baslerinnen schätzen die Wahrscheinlichkeit, mit einer Gewalttat oder einem Verbrechen persönlich konfrontiert zu werden, in allen Bereichen geringer ein als der Durchschnitt der Schweizerinnen.
- ▶ Im Kanton Basel-Stadt haben zwar etwas weniger Personen Angst vor Gewalttaten als in der Gesamtschweiz, es besteht jedoch ein deutlicher Zusammenhang mit der sozialen Lage. Je weniger finanzielle Mittel eine Person zur Verfügung hat und je tiefer ihre Schulbildung ist, desto eher erwartet sie, in der nächsten Zeit in irgendeiner Weise mit Gewalt konfrontiert zu werden.
- ▶ Frauen und Männer unterscheiden sich kaum in der Einschätzung der absoluten Gewaltwahrscheinlichkeit, es zeigen sich aber gewisse Unterschiede bezüglich der befürchteten Gewaltformen. Wobei gilt: Angst vor Gewalt hat keinen direkten Zusammenhang mit dem effektiven Risiko, eine Gewalttat zu erleben.
- ▶ Die Ursachen von Jugendgewalt sind vielfältig. Aggressivität ist ein relativ stabiles Merkmal im Lebenslauf, dh. viele gewalttätige Jugendliche fallen bereits in der Primarschule oder im frühen Kindesalter durch aggressive Tendenzen auf. Umgekehrt heisst dies aber auch, dass frühe und erfolgreiche Bekämpfung von Aggressivität gute Chancen auf lebenslangen Bestand hat.



Negative Trends & Risiken

- ▶ Die Anzahl Jugendstrafurteile hat sich von 1999 bis 2005 nur geringfügig erhöht. Stark zugenommen hat jedoch der Anteil der Gewaltdelikte gemessen an allen Jugendstrafurteilen (inklusive Sexualdelikte) in diesem Zeitraum.
- ▶ Neue Medien (Handy und Internet) erleichtern die Anonymisierung der Gewalt, was vor allem bei Jugendlichen fördernd wirkt (z.B. Happy Slapping, e-Bulling).
- ▶ Die Kontrolle über den Zugang zu Gewaltdarstellung im Internet sowie über Handys bleibt Erziehungsberechtigten oft verschlossen, weil ihr Wissen um neue Medien und Technologien nicht genügend ist.
- ▶ In Basel wird vermehrt die Bildung von Jugend-Gangs (16- bis 20-Jährige) nach dem Vorbild amerikanischer Gangsta-Rapper-Gangs beobachtet. Sie definieren sich über die PLZ ihres jeweiligen Quartiers und hören sog. Gangsta-Rap-Musik mit zum Teil äusserst gewalt-verherrlichenden und sexistischen Texten (z.B. Gruppe Bushido).
- ▶ Vermehrte Vermischung von Schule-Freizeit. Die Gangs treten sowohl in Freizeit wie auch auf Pausenhöfen auf. Sie finden Anhänger und Nachahmer bei den ganz Jungen (11- bis 14-Jährige).
- ▶ Gewalt unter Jugendlichen (auch subtile Gewaltanwendung wie Drohung) nimmt generell zu. In Basel erhöhten sich in den letzten Jahren vor allem die Anzeigen wegen Raub, Körperverletzung und Drohung.
- ▶ Gut ein Drittel der Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt erachtet es als wahrscheinlich, in den nächsten zwölf Monaten Opfer mindestens einer Gewalttat oder eines Verbrechens zu werden. Am meisten werden befürchtet: Einbruch, Diebstahl, Überfall, Bedrohung oder Pöbelei.
- ▶ Der Bereich *Gewalt & Kriminalität* leidet bezogen auf die Bekämpfung paradoxerweise an einem „Aufmerksamkeitsdefizit“ und daher an fehlenden finanziellen Ressourcen für die Umsetzung von dringend notwendigen Massnahmen. Dies gilt ganz besonders für den präventiven Bereich, wo ein Nachweis der positiven Wirkung zugegebenermassen auch sehr schwierig ist.

b) Relevanz für Lebensabschnitt & Zielgruppe

Lebensabschnitt / Zielgruppe	Relevanz	Erklärungen & Bemerkungen
a. Kleinkinder (vor Kindergarten)	gering	Vor allem betroffen von häuslicher Gewalt
b. Kinder (bis Ende Primarschule)	mittel	Offene Jugendgewalt fängt heute schon in den Primarschulen an. Auch in der Freizeit sind bereits Kinder mit Gewalt konfrontiert (Internet, Fernsehen).
c. Jugendliche, junge Erwachsene	hoch	Besonders Jugendliche am Übergang von Jugend zu Erwachsenenwelt sind von Gewalt bedroht (aktiv ausübend <i>und</i> passiv erlebend). Wenn die Aussicht auf einen reibungslosen Übertritt ins Arbeitsleben schlecht ist (schlechte Qualifikation, Migrationshintergrund), nehmen Frustration und Gewaltbereitschaft zu.
d. Erwachsene, Eltern, Familien	mittel	Frauen, Kinder und ganze Familien leiden besonders unter häuslicher Gewalt. Über 95% der Gewaltausübenden sind Männer.
e. Rentner, Alte, Hochbetagte	hoch	Ältere Menschen haben weit mehr Angst vor Gewalttaten als Jugendliche, obwohl sie objektiv weit weniger von Gewalt betroffen sind. Die Angst vor Gewalt kann aber leicht negative Auswirkungen auf das persönliche Wohlbefinden und die Gesundheit haben.

c) Angebot & Verantwortlichkeiten

Der Staat respektive der Kanton Basel-Stadt entwickelte in den letzten Jahren vieles an sichtbarer Aktivität in den Bereichen Gewaltprävention und Beratung sowie Massnahmen für Täter und Opfer ausgeübter Gewalt. Die Bestrebungen sind jedoch über verschiedene Departemente verteilt und wenig koordiniert.

- Wichtige staatliche Akteure** und Ansprechpartner:
- JD / Abteilung Jugend, Familie & Prävention, Gleichstellungsbüro, Vormundschaftsbehörde, Kindes- und Jugendschutz, Schulsozialarbeit
 - SiD / Integrationsstelle, Netzwerk Kinderschutz, Kantonspolizei Basel-Stadt (Sozialdienst, Einwohnerdienste, Besondere Prävention)
 - Staatsanwaltschaft, Kriminalkommissariat, Jugendanwaltschaft
 - Strafgericht, Zivilgericht, Jugendgericht, Appellationsgericht
 - GD / Universitätsspital (Notfallstation, Sozialmedizinischer Dienst der Universitäts-Frauenklinik und Krisen-Interventionsstation der psychiatrischen Universitäts-Poliklinik, Kinder- und Jugendpsychiatrische Universitätsklinik und -Poliklinik (KJUP))

Der private Sektor bietet auch in diesem Bereich eine grosse Palette von komplementären Angeboten.

- Wichtige private Akteure** und Ansprechpartner:
- Aufnahmeheim Basel (AHBasel)
 - Notteléfono, Frauenhaus, Triangel – Opferhilfestelle für Kinder und Jugendliche BS/BL, Halt-Gewalt – Interventionsstelle häusliche Gewalt
 - Beratungsstellen für Männer (Männerbüro, Männer gegen Männer-Gewalt, Hau den Lukas HDL)
 - Beratungsstellen für Frauen (Frauenhaus-Beratungsstelle, Aliena, Nosotras, Fraueninformationszentrum für Migrantinnen, Frauen-Oase)
 - Beratungsstellen für Eltern und Familien (Familien- und Erziehungsberatung Basel, Eltern-Notruf, Begleitete Besuchstage Basel-Stadt, Elternhilfe beider Basel), Verein Mediation Region Basel

d) Nachfrage, Bedarf & Lücken

Die Gewaltanwendung Jugendlicher und junger Erwachsener ist zunehmend, dies sowohl mengenmässig wie auch in der Qualität (Intensität) der Gewalt. Der Anteil von involvierten Ausländern (vor allem von Männern aus dem Balkan) ist hoch. Opfer sind selbst vermehrt Ausländer, jedoch auch Personen aller anderen Bevölkerungsschichten.

Internetkriminalität sowie Darstellungen von Gewalt und sexueller Ausbeutung im Internet ist im zunehmen begriffen. Eine Quantifizierung und Einschätzung der Bedeutung für den Kanton Basel-Stadt ist schwierig vorzunehmen. Allerdings werden vor allem an den Schulen sowie bei Beschlagnahmung von Handys durch die Polizei überraschend häufig Spuren von Internetkriminalität entdeckt (Filme aus Internet mit Gewaltdarstellung). Die Dunkelziffer und effektive Verbreitung des Phänomens dürfte auch hier sehr hoch sein.

Im Bereich Jugendkriminalität besteht für die Verwahrung straffälliger Jugendlicher ein Defizit an geeigneten Plätzen. Gesamtschweizerisch gibt es nur 4 Einrichtungen wie das AHBasel, und die sind alle zur 100% belegt (und zudem mit Wartelisten). Das AHBasel selbst hat z.Z. rund 80 Jugendliche auf der Warteliste, die entweder in Untersuchungshaft (strafrechtliche Fälle) oder in einem Arbeitseinsatz auf einem Bauernhof (zivilrechtliche Fälle) in einer „unnötigen Schlaufe“ fehlplaziert sind. Immerhin ist die Finanzierung dieser Angebote über den Strafvollzug gesichert und unproblematisch.

e) Ansatzpunkte für Engagement & Projekte

1. Arbeitsintegration	<p>Gerade auch – aber nicht nur – unter den straffällig gewordenen gewalttätigen Jugendlichen gibt es viele Willige und Fähig die bereit wären zu arbeiten, jedoch aufgrund ihrer schulischen Defizite keine Stelle finden. Dort sind wie schon generell im Bereich Jugendarbeitslosigkeit festgestellt), vor allem Projekte gefragt zur (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Projekte im Bereich Attestlehren, Lehrstellen und Arbeitsplätze (mit tiefen und tiefsten schulischen Anforderungen) ▪ Begleitende sozial-pädagogische Angebote für gewalttätige Jugendliche
2. Beschäftigungs- und Arbeitsprojekte	<p>Für Jugendlichen ohne Lehrstellenoption sind Projekte zur geführten und/oder begleiteten Beschäftigung nötig (im Stile von Zivildienst, aber entlohnt).</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Arbeits- und Beschäftigungsprojekte im Bereich Abfallentsorgung/Reinigung öffentlicher Anlagen, Waldarbeit, Bauernhof ▪ Projekte zur Angewöhnung an Arbeit und Arbeitsrhythmus sowie zur Vorbereitung auf eine Lehrstelle/Attestlehre ▪ Begleitende sozial-pädagogische Angebote für gewalttätige Jugendliche
3. Sensibilisierung und Information betreffend Gewaltproblematik	<p>Der Zunahme von offener und versteckter Gewalt sowie der zunehmenden Angst vor Gewalt kann nur mit offensiver Information und Aufklärung begegnet werden. Anonymisierung, Tabuisierung und „Verstecken“ der Gewalt ist kontraproduktiv und spielt der Gewaltverbreitung in die Hände.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Informationsveranstaltungen in den Schulen zum Thema Gewalt, Gewaltanwendung, Gewalt im Internet, Gewalterfahrung (als Opfer) ▪ Antigewalt-/Antiaggressions- und Coolness-Trainings <ul style="list-style-type: none"> - für Lehrkräfte, Sozialpädagogen, Sozialarbeiter - für Schüler, Jugendliche, Kinder ▪ Öffentliche Informationsveranstaltungen zur Sensibilisierung breiter Bevölkerungsschichten.
4. Resozialisation straffälliger Jugendlicher	<p>Die adäquate Unterbringung jugendlicher Straftäter ist in der Schweiz ungenügend. Dies trifft auch auf das AHBasel zu. Durch die priorisierte Behandlung (Versorgung) von strafrechtlichen Fällen rutschen die zivilrechtlichen Fälle „unter den Tisch“ oder „auf die lange Bank“.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbau des Angebots insbesondere für zivilrechtliche Fälle

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Auf- und Ausbau eines Angebotes zur längerfristigen Begleitung und Betreuung ausgetretener Jugendlicher (ähnlich einer Bewährungshilfe, aber nicht als strafrechtliche Auflage/Massnahme, sondern im Sinne von Jugendschutz)
5. Gewaltprävention	<p>Förderung und Ausbau von Präventionsprojekten für:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Konfliktmanagement, Erwerben von Respekt und Strategien zum gewaltfreien Umgang mit Konflikten ▪ Empowerment/Ressourcenstärkung und Selbstbehauptung/Selbstwertsteigerung, Stärkung von Sozialer Kompetenz, Fairness ▪ Sensibilisierung für Genderfragen (Rollenerwartungen, Identität, Umgang Mädchen/Jungen) ▪ Medienerziehung zum bewussten, kritischen und kontrollierten Umgang mit Gewalt und sexueller Diskriminierung in Medien, Kino, Film, Fernsehen, Internet, Handy, etc.
6. Unterstützungsangebote für Betroffene	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Coaching und Unterstützung der Lehrkräfte, Weiterbildungsangebote für Lehrpersonen, Sprechstunde für Lehrpersonen ▪ Einbezug der Eltern (vor allem in der Schule) womöglich in sämtliche Präventionsmodule, Sprechstunde für Eltern ▪ Intervention bei Gewaltproblemen, Mobbing und sozialen Problemen ▪ Stopp-Gewalt-Kurse für Mädchen und Jungen



Schlussfolgerungen & Empfehlungen

- ▶ Die statistischen Zahlen vor allem zur Jugendgewalt werden kontrovers diskutiert. Eine Erklärung geht von einer tatsächlichen Zunahme des Gewaltpotentials unter Jugendlichen aus. Andere Forschende führen die Zunahme der statistischen Zahlen auf eine erhöhte Anzeigebereitschaft und eine stärkere Erfassung seitens der Polizei zurück. Es muss aber grundsätzlich von einer hohen Dunkelziffer, insbesondere bei der Jugendstrafstatistik, ausgegangen werden.
- ▶ Gewalt an Kindern und Jugendlichen ist jedoch kein Jugendgewaltproblem: die meisten Gewaltanwendungen und Integritätsüberschreitungen, denen Kinder und Jugendlichen ausgesetzt sind, werden von Erwachsenen begangen. So werden in der Schweiz etwa jedes 4. Mädchen und jeder 8. Junge im Alter zwischen 0 und 16 Jahren Opfer sexueller Gewalt. Rund 2/3 der Täterinnen und Täter sind Erwachsene.
- ▶ Die verschiedenen Formen von Gewalt/Gewaltanwendung werden je nach Altersgruppe als sehr unterschiedlich wahrscheinlich zu erleben beurteilt und auch als unterschiedlich bedrohlich eingestuft. Bei der Projektunterstützung sollte dieser Differenzierung von der Christoph Merian Stiftung Rechnung getragen werden: es sollten bewusst unterschiedliche Projekte für die verschiedenen Zielgruppen unterstützt werden.
- ▶ Im Bereich der häuslichen Gewalt sind eher Bevölkerungsschichten mit tieferem Bildungsniveau und aus eher schlechteren sozio-ökonomischen Verhältnissen betroffen, jedoch ist die Dunkelziffer (unter anderem auch von Betroffenen aus „besseren“ Verhältnissen) hoch.
- ▶ Eine gute Kinder- und Jugendpolitik sowie eine kohärente Familienpolitik wirken präventiv gegen Kriminalität und Gewaltentwicklung bei Jugendlichen. Ein Grossteil aller Projekte im Freizeitbereich für Kinder und Jugendliche haben somit das Potential, auch (gewalt-)präventiv zu wirken. Dasselbe gilt auch für eine durchdachte Quartier- sowie Wohn- und Freiraumentwicklung, welche ebenfalls gewaltpräventiven Charakter haben kann. Entsprechende Projektanträge sind von der Christoph Merian Stiftung daher immer auch unter dem Gesichtspunkt von Kriminalitäts- und Gewaltprävention zu betrachten respektive zu beurteilen.

11 Migration & Integration

a) Allgemeine Betrachtung

Kein anderes europäisches Land hat eine derart lange und beeindruckende Verfassungs- und Immigrationsgeschichte wie die Schweiz. Mit der erfolgreichen Durchführung der bürgerlichen Revolution von 1848 – als einzigem Land in Europa – und der darauf einsetzenden Industrialisierung stieg der Anteil an Ausländer von 3% bis 1911 auf 17%. Heute sind 30% der Gesamtbevölkerung Immigranten oder haben Migrationshintergrund; in Basel liegt der Anteil der Kinder aus immigrierten oder internationalen Familien bei über 50%.

Integration wird im Integrationsleitbild des Kantons Basel-Stadt (1999) als „tatsächliche Herstellung der Chancengleichheit mit Zugang zu allen Statuspositionen“ definiert, als gegenseitiger Prozess des Gebens und Nehmens bzw. des Förderns und Forderns. Diese Politik ist auf den Erfolg des einzelnen Individuums ausgerichtet und ausdrücklich nicht kulturalistisch. Auf der Basis solider Informationen sollen die Chancen einer erfolgreichen Migrations- und Integrationspolitik erkannt, die Probleme diskutiert und angegangen werden. Das oberste Ziel dabei ist die Chancengleichheit von Einheimischen und Zuziehenden auf hohem Niveau.



Positive Trends & Chancen

- ▶ Die Migrationsbevölkerung bereichert seit je die polykulturelle Identität der Schweiz. In Basel allein leben Menschen aus rund 150 Ländern, die ca. 2000 verschiedene Sprachen sprechen. Jede zweite Ehe ist binational und die Hälfte der Kinder hat fremd- und mehrsprachige Eltern. Nicht nur das kulturelle Leben der Stadt ist dadurch um viele Facetten reicher, auch Wirtschaft und Industrie profitieren von den ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Rund ein Drittel der Erwerbstätigen in Basel-Landschaft und Basel-Stadt sind ausländischer Herkunft.
- ▶ In dieser Realität bestimmt die Qualität der Integrationspolitik das Zusammenleben und das Bildungsniveau entscheidend mit, sodass Investitionen in die Integration grundlegende Investitionen in die Gegenwart und die Zukunft des ganzen Kantons sind.
- ▶ Basel-Stadt verfolgt eine schweizweit als vorbildlich geltende Integrationspolitik. Mit der Verabschiedung respektive Einführung des Integrationsgesetzes Basel-Stadt wird Basel über eines der fortschrittlichsten Migrations- und Integrationsgesetze innerhalb der Schweiz verfügen.



Negative Trends & Risiken

- ▶ Die Integrationspolitik Basels gilt weit herum als vorbildlich und erfolgreich. Nichts desto Trotz wird der öffentliche Diskurs auch in Basel oft dominiert durch negative Themen wie Sozialstaat-Missbrauch, Integrationsdefizite, Ausländerkriminalität, sinkendes Bildungsniveau, etc.
- ▶ Die Migrationsbevölkerung weist einen Trend zur zunehmenden Disparität auf: Reiche werden reicher, Arme werden ärmer. Bei letzterem droht, wenn diese „Vererbung der Armut“ nicht durchbrochen werden kann, die Marginalisierung grosser Teile der Migrationsbevölkerung. Das wäre, angesichts der fast 30% Anteil an der Wohnbevölkerung Basels, eine beträchtliche Belastung für das Sozialwesen und die Integrationspolitik Basels.
- ▶ Die meisten Probleme im Themen- und Wirkungsbereich *Migration & Integration* sind nicht eigentliche Migrations- und Integrationsprobleme, sondern direkte oder indirekte Auswirkungen genereller Gesellschaftsprobleme, welche bereits in den 4 Themen- und Wirkungsbereichen *Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit*, *Behinderung & Invalidität*, *Armut & Soziale Desintegration* sowie *Gewalt & Kriminalität* festgestellt wurden.
- ▶ Bei Einschulung in den Kindergarten sind mehr als 50% der Kinder nicht deutscher Muttersprache und weisen grosse Defizite in Sozial-, Kultur- und Sprachkompetenz auf. Dies bringt kurzfristig riesige Probleme für das Bildungs- und Ausbildungssystem des Kantons Basel-Stadt mit sich, mittelfristig für die heimische Wirtschaft und langfristig für die ganze Gesellschaft.

b) Relevanz für Lebensabschnitt & Zielgruppe

Lebensabschnitt / Zielgruppe	Relevanz	Erklärungen & Bemerkungen
a. Kleinkinder (vor Kindergarten)	hoch	Die Stärkung von Sozial-, Kultur und Sprachkompetenz ist zentral für Integrationsfähigkeit und -chancen im Jugend- und Erwachsenenalter.
b. Kinder (bis Ende Primarschule)	hoch	
c. Jugendliche, junge Erwachsene	hoch	Jugendliche mit Migrationshintergrund sind am Übergang zum Erwachsenenleben und an der Eintrittsschwelle in die Arbeitswelt aufgrund verschiedener benachteiligender Faktoren besonders gefährdet.
d. Erwachsene, Eltern, Familien	hoch	Ein Migrationshintergrund muss als Risikofaktor für schlecht qualifizierte und entlohnte Arbeit, Erwerbs- und Arbeitslosigkeit sowie für Armut und soziale Desintegration angesehen werden. Frühzeitige Integration wenn möglich schon im Kindes- oder Jugendalter erhöhen die Chancen für eine erfolgreiche Verminderung oder Umgehung dieser Risiken.
e. Rentner, Alte, Hochbetagte	gering	Die erste und zweite Immigrantengeneration ist bereits berentet oder tritt nun ins Rentenalter über. Erste Erfahrungen zu diesem Thema werden erst gesammelt.

c) Angebot & Verantwortlichkeiten

Der Staat respektive der Kanton Basel-Stadt bietet hier als Anbieter nur ein Basisangebot. nebst der Finanzierung beschränkt er sich vorwiegend auf Koordination und präventive Anstrengungen in Schule und Freizeit. Viele Amtsstellen sind jedoch indirekt von der Querschnittsthematik *Migration & Integration* betroffen und haben – meist reaktiv – punktuelle Angebote entwickelt. Zur Koordination besteht das Interdepartementale Netzwerk Integration INI.

Zentrale Rolle kommt der Integrationsstelle (im SiD) zu, welche mit der Umsetzung des Integrationsleitbildes des Regierungsrats beauftragt ist. Ziele dieser – vorwiegend in Informations- und Koordinationsarbeit bestehenden – Aufgaben sind die Transparenz der Integrationspolitik, die fortlaufende Verbesserung der Integrationsmassnahmen, die Unterstützung von Begegnungen, der Abbau von Vorurteilen durch Fakten und die kritische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Migration.

Wichtige staatliche Akteure und Ansprechpartner:

- SiD / Integrationsstelle Basel, Kantonale Anlaufstelle Rassistische Diskriminierung, Einwohnerdienste, Kommission für Migrations- und Integrationsfragen Basel-Stadt (MIK), Stadtladen
- JD / Abteilung Jugend, Familie & Prävention, Gleichstellungsbüro
- ED / Ressort Schulen, Ethnologisches Seminar der Universität Basel
- WSD / Amt für Wirtschaft und Arbeit, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, Amt für Sozialbeiträge
- Bürgergemeinde Basel / Einbürgerungen, Sozialhilfe Basel
- Interdepartementales Netzwerk Integration (INI), Regierungsrätliche Delegation Integration
- IV-Stelle Basel-Stadt

Der private Sektor mit einer Vielzahl von Trägerschaften und Einrichtungen bietet eine grosse Palette von komplementären Angeboten für jede erdenkliche Zielgruppe an. Die zentrale Rolle kommt hier der GGG zu, welche als Partner der Integrationsstelle Basel die Koordinationsaufgabe im privaten Sektor (Umsetzung von Integrationsmassnahmen) übernommen hat.

- Wichtige private Akteure** und Ansprechpartner:
- Ein Vielzahl von Beratungsstellen für Migranten und Ausländer (GGG-Ausländerberatung, GGG-Informationsstelle Integration, GGG-Wegweiser, Beratungsstelle für Asylsuchende der Region Basel, Migrationsamt der Evang.-Ref. Kirche, Fachstelle Mediation Basel, HEKS Flüchtlings- und Inlanddienst, terre des hommes, SRK Basel, SAH Basel, Caritas Basel, Familien- und Erziehungsberatung, etc.)
 - Arbeitsgruppe "Deutsch für die Region Basel", eine Vielfalt von Organisationen für Deutschkurse und andere Kursangebote (z.B. K5, ABSM, ECAP, GGG-Kurse, etc.)
 - CRESCENDA Coaching für Unternehmungsgründung von Migranten

d) Nachfrage, Bedarf & Lücken

Defizite bestehen (gemäss Integrationsstelle Basel) namentlich in den Bereichen Information, Anti-Diskriminierung, Spracherwerb, Kinderbetreuung, Jugendarbeit, soziale Integration, Quartierentwicklung, Sport und Bewegung, Mediation und Gesundheitsförderung. Entscheidende Lücken (unter anderem wegen fehlenden gesetzlichen Grundlagen) sind bei Massnahmen für 1- bis 4-jährige Kinder vorhanden.

Kein Bedarf besteht für Projekte und Angebote, welche sich an das Bildungsbürgertum richten (gebildete, weitgehend bereits integrierte Migrationsbevölkerung). Ebenso wird ein Überangebot an Mediatoren und Mediatorenausbildung konstatiert (train the trainers). Diese sollten ersetzt werden durch Projekte und Angebote, welche sich direkt (und nicht indirekt) an Betroffene und Bedürftige richten.

e) Ansatzpunkte für Engagement & Projekte

Wie bereits in vorhergehenden Kapiteln beschrieben, sind Migranten respektive Personen mit Migrationshintergrund von den Problemen und Risiken in den Themen- und Wirkungsbereichen *Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit*, *Behinderung & Invalidität* sowie *Armut & Soziale Desintegration* besonders betroffen. Alle Massnahmen, welche in diesen Zusammenhängen bereits ausführlich genannt wurden, haben – aufgrund ihres überproportionalen Anteils an der betroffenen Bevölkerung – immer auch direkte (positive) Auswirkungen auf die Migrationsbevölkerung. Alle Massnahmen, welche *Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit*, *Behinderung & Invalidität* sowie *Armut & Soziale Desintegration* betreffen, verweisen wir auf die entsprechenden Kapitel.

Nachfolgend werden also nur diejenigen Anregungen aufgegriffen, welche bis anhin noch nicht explizit erwähnt oder aber in einem ganz anderem Zusammenhang aufgeführt wurden.

<p>1. Integration in Arbeitsmarkt</p>	<p>Viele Massnahmen, welche für sozial schwache und schlecht qualifizierte Personen angeführt wurden, können und müssen zum Teil für eine optimale Wirkungsentfaltung spezifisch auf Migranten angepasst werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mentoring und Coaching für KMU und Betreuung von Arbeitgebern bei der Schaffung von Lehrstellen und Arbeitsplätzen speziell für Migranten ▪ Mentoring und Coaching für Migranten und Migrantinnen (Jugendliche und Erwachsene) bei Eintritt in den Arbeitsmarkt sowie während der ersten Zeit an der neuen Arbeitsstelle.
<p>2. Aufsuchende Projekte</p>	<p>Viele Migranten werden von den in Hülle & Fülle bestehenden Hilfsangeboten des Kantons nicht erfasst, weil sie sich nicht im öffentlichen Raum aufhalten oder aus unzähligen anderen Gründen keinen Zugang finden (oder finden wollen). Um auch diese – zum Teil speziell gefährdeten – Kreise zu erreichen, braucht es neu:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ aufsuchende Projekte (Verringerung der Distanz und Eintrittsschwelle) ▪ Projekte zur engen und aktiven Begleitung (Kontinuität, Nähe) ▪ viel frühere Intervention auf allen Ebenen

3. Sozio-ökonomisch schwache Migranten mit langer Aufenthaltsdauer	<p>Viele oder gar die Mehrzahl der Projekte und Angebote richten sich an Neuzuzüger sowie an nicht oder nur unzulänglich integrierte Migranten, welche erst kürzlich eingewandert sind oder nachgezogen wurden.</p> <p>Ein ausgewiesener Bedarf besteht aber auch an Projekten und Angeboten, welche sich an die schon länger (oder sehr lange) hier anwesende ausländische Bevölkerung richten, welche zum Teil massive Integrationsdefizite aufweist. Es betrifft dies vorwiegend schlecht und sehr schlecht ausgebildete, wenig qualifizierte, bildungsferne und sozio-ökonomisch schwache Migranten.</p> <p>Diese sind nur mit spezifischen, aufsuchenden Projekten zu erreichen.</p>
4. Information & Sensibilisierung	<p>Die Baselstädtische Integrationspolitik setzt auf die Öffnung der Regelstrukturen sowie der bestehenden Institutionen und lehnt dementsprechend parallele (Neu-)Strukturen ab. Es sollen also vor allem institutionelle Öffnungsprozesse und ehrenamtlich engagierte Schlüsselpersonen unterstützt werden. Namentlich die vielen Basler Vereine und Verbände sollen systematisch über die Informations- und Vernetzungsarbeit motiviert werden.</p> <p>Informationsprojekte in bestehenden Strukturen, welche die heimische Bevölkerung ansprechen und sensibilisieren, sind daher zu begrüssen und zu fördern.</p>
5. Früherfassung & Frühförderung	<p>Sozial-, Kultur- und Sprachkompetenz im Kindesalter sind zentral für die Bildungschancen sowie letztlich die Integrationsfähigkeit und -chancen von Kindern überhaupt – dies gilt für alle Grosstädte der Schweiz, ganz besonders aber für Basel. Die Stadt Bern hat dies frühzeitig erkannt und formuliert in ihrem Frühförderungskonzept wegweisende Massnahmen zur gezielten Verbesserung der Bildungschancen sozial benachteiligter Kinder – insbesondere auch von Kindern mit Migrationshintergrund.</p> <p>Das Frühförderungskonzept der Stadt Bern bietet eine Fülle von Anregungen zur Formulierung von Angeboten und Projekten im Bereich Früherfassung und Frühförderung (z.B. Programm <i>Opstapje</i>).</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Fokussierung auf Programme, die die Zielgruppe aufsuchend erreichen ▪ Projekte mit erwiesener Wirksamkeit und bei welchen kulturspezifische Akzeptanz und Bewältigbarkeit durch die Eltern zu erwarten ist (aufgrund der Erfahrungswerte aus den Ländern, die das Programm bereits anbieten) ▪ Projekte auch und vor allem bereits im Vorkindergartenalter



Schlussfolgerungen & Empfehlungen

- ▶ Bisherige Ausrichtung der von der Christoph Merian Stiftung unterstützten Projekte wird als gut angesehen (Basisbezogenheit, direkt an die Zielgruppe gerichtete Projekte wie z.B. „Lernen im Park“). Prioritär wird von der Christoph Merian Stiftung also ein Engagement bei den sozial schwachen und schwächsten Migrantengruppen erwartet. Insbesondere ein Engagement in der Früherfassung wäre präventiv und würde bei entsprechender Ausgestaltung nachhaltige Wirkung zeigen.
- ▶ Überschneidungen und Parallelitäten mit dem Engagement der GGG im integrations- und Migrationsbereich wären wenn möglich zu vermeiden oder komplementär aufeinander abzustimmen.
- ▶ Eine wirkungsvolle, ausgeglichene und alle Bevölkerungsteile involvierende Gesellschaftspolitik wirkt automatisch auch im Bereich *Migration & Integration* (Querschnittsthema).

12 Wohnen, (Frei-)Raum & Quartier // Begegnung & Beziehung

a) Allgemeine Betrachtung

Wohnverhältnisse und unmittelbare Wohnumgebung (Quartier) haben weitreichenden Einfluss auf Wohlbefinden und Gesundheit der Menschen. Ein lebensfreundliches Quartier bringt mit zahlreichen Treffpunkten Orte der Begegnung, die ihrerseits wieder den Aufbau und die Pflege von Beziehungen ermöglichen.



Positive Trends & Chancen

- ▶ Die Trinationale Agglomeration mit einer halben Million Menschen wächst. Auch die anliegenden Vorortsgemeinden Basels sind aufgrund der Nähe zur Grünzone und der guten Verkehrsverbindungen als Wohnorte beliebt.
- ▶ Nachdem die Bevölkerung seit den 60er Jahren vermehrt im grüneren Agglomerationsgürtel Wohnsitz genommen hat, sind jüngst Anzeichen einer Trendwende „zurück in die Stadt“ festzustellen. Diesen Trend will die Regierung unter anderem mit dem Programm „Logis Bâle“ verstärken.
- ▶ Basel gilt als grüne Stadt, denn jedes Quartier hat mindestens einen Park. Gleichzeitig gilt Basel als sehr „velofreundliche“ Stadt mit einem hervorragenden Kulturangebot.
- ▶ 1999 verabschiedete der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt das „Aktionsprogramm Stadtentwicklung Basel“. Das Aktionsprogramm umfasste 200 aufeinander abgestimmte Massnahmen, welche aus dem Dialogprozess *Werkstatt Basel* hervorgegangen waren. Ein Grossteil dieser Massnahmen wurde seit 1999 erfolgreich umgesetzt oder es wurden zumindest wichtige Meilensteine erreicht.
- ▶ *Werkstatt Basel* selbst hat als Prozess viel zur Stärkung der beteiligten Quartiere beigetragen. In einem aufwändigen Verfahren wurde die Bevölkerung mobilisiert. Alle Kräfte – junge und alte Quartierbewohner aus verschiedenen Nationen, Gewerbetreibende und Politiker – erhielten die Chance, sich an der Quartierentwicklung zu beteiligen und ihre Visionen einzubringen, was ungeahnte Dimensionen annahm: 38 gesamtstädtische und quartierbezogene Innovationswerkstätten ergaben präzise Analysen bestehender Verhältnisse, ergänzt durch Empfehlungen und Lösungsansätze. Ihnen folgten Konsens-Konferenzen zu 25 thematischen Schwerpunkten.
- ▶ „Über die Köpfe der Betroffenen hinweg geht heute nichts mehr in dieser Stadt am Rheinknie“ (Jacques Herzog)



Negative Trends & Risiken

- ▶ Die Baslerinnen und Basler fühlen sich zu Hause häufig gestört und sind allgemein mit ihrer Wohnsituation weniger zufrieden als der Schweizer Durchschnitt.
- ▶ Am grössten ist die Belastung durch Autolärm, gefolgt von Lärm verursacht durch andere Personen sowie Flug- und Zuglärm.
- ▶ Generell müssen Ausländerinnen und Ausländer mit mehr Immissionen in ihrem Wohnumfeld leben und sind demnach mit ihrer Wohnsituation auch deutlich unzufriedener als Schweizerinnen und Schweizer. Dasselbe gilt für Personen mit einem tiefen Einkommen, denn es gilt: je schlechter die sozio-ökonomische Situation, desto mehr Immissionen ist jemand ausgesetzt.
- ▶ Durch das „Lädelisterben“ und das Verschwinden der Poststellen und Anonymisierung sind in den letzten Jahren zentrale Quartiertreffpunkte verschwunden. Das ist vor allem für ältere Menschen bedeutsam. Die Innerstadt verliert ihr Gesicht, die Quartiere ihre Funktion als Lebensmittelpunkte.
- ▶ Durch den sehr hohen und nach wie vor wachsenden Ausländeranteil (44%-53%) in den Kleinbasler Quartieren Klybeck, Kleinhüngen, Matthäus, Rosental stellen sich grundlegende Probleme für das integrative Zusammenleben und die Quartierentwicklung. Zusammen mit den Quartieren St. Johann, Clara, Iselin, Am Ring und Gundeli mit einem ebenfalls überdurchschnittlichen Ausländeranteil (jeweils 28%-43%) sieht sich die Stadt Basel mit einem veritablen Stadtentwicklungsproblem konfrontiert.
- ▶ Die Wohnungsstruktur in Basel ist unausgeglich: zu viele kleine billige sowie zu viele grosse teure Wohnungen. Was besonders fehlt sind preiswerte grosse Stadtwohnungen für Familien mit mehreren Kindern. Kann dieses Angebot nicht in Kürze bereit gestellt werden, droht ein Fortschreiten des Exodus der Mittelschichtfamilien in die Agglomeration, was die Situation im verbleibenden Basel weiter verschärft.

b) Relevanz für Lebensabschnitt & Zielgruppe

Lebensabschnitt / Zielgruppe	Relevanz	Erklärungen & Bemerkungen
a. Kleinkinder (vor Kindergarten)	mittel	Für Kleinkinder ist die Qualität der Wohnumgebung indirekt von Wichtigkeit, weil davon das Wohlbefinden und die Gesundheit der Eltern (und Geschwister) abhängen. Ob und wie sich das Kleinkind in- und ausserhalb der Wohnung frei bewegen kann beeinflusst seine Entwicklung unter Umständen massgeblich.
b. Kinder (bis Ende Primarschule)	hoch	Für Kinder und Jugendliche ist die Wohnsituation zentral. Freiräume, Bewegungsräume („Auslauf“), wohnliche, freundliche, verkehrsberuhigte und lebensbejahende Quartiere fördern Bewegung und Spiel, Aufbau und Pflege von Beziehungen zu Gleichaltrigen – ja die persönliche Entwicklung ganz generell.
c. Jugendliche, junge Erwachsene	hoch	
d. Erwachsene, Eltern, Familien	hoch	Erwachsene und Familien leiden wahrscheinlich am meisten unter ungünstigen und schlechten Wohnbedingungen. Vor allem in einer (Gross-)Stadt wie Basel trifft das wiederum einkommensschwache und sozial eh bereits benachteiligte Bevölkerungsgruppen besonders oft und hart.
e. Rentner, Alte, Hochbetagte	hoch	Obwohl „nur“ eine Minderheit aller Menschen in einem Altersheim „enden“, ist die Angst davor bereits in jungen Jahren gross. Wohnen und Wohnumgebung werden auch – oder vielleicht ganz besonders – im Alter zentral, vor allem wenn die eigene Mobilität stark eingeschränkt und der Aktionsradius auf die nähere Umgebung eingeschränkt wird. Werden gewohnte Treffpunkte und Begegnungsstätten im Quartier zerstört, wird vielen älteren und alten Menschen ein Grossteil der Chancen zu zwischenmenschlichen Begegnung und Beziehung genommen – soziale Desintegration ist davon die Folge.

c) Angebot & Verantwortlichkeiten

Der Staat respektive der Kanton Basel-Stadt nimmt mit der Umsetzung der Ergebnisse aus der Werkstatt Basel (Aktionsprogramm Stadtentwicklung Basel) seit Jahren „viel Geld in die Hand“, um Stadtteile und Quartiere aufzuwerten (3 strategische Impulsprojekte: *Rhein, 5000 Wohnungen für Basel-Stadt (Logis Bâle)* sowie *Rahmenkredit Wohnumfeldaufwertung*). Im Rahmen der 2000-Watt-Gesellschaft Pilotregion Basel sind zudem drei beispielhafte Grossprojekte der Stadtentwicklung gestartet und begleitet worden: *Pro Volta, Gundeldingerfeld* und *Erlenmatt*.

Soziokulturelle Freiräume wie Quartiertreffpunkte tragen zur Verbesserung der Lebensqualität von Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohnern bei und werden deshalb neu vom Kanton mitfinanziert. Mit der Entwicklung und Realisierung der gesamtstädtischen Konzepte für „Quartiertreffpunkte Basel-Stadt“ sowie „Quartiersekretariate Basel“ unternimmt Basel Anstrengungen zur Aktivierung und Förderung der Quartiere als Begegnungs- und Beziehungsstätten.

- Wichtige staatliche Akteure** und Ansprechpartner:
- BD / Logis Bâle, Hochbau- und Planungsamt, Stadtgestaltung öffentlicher Raum, Amt für Umwelt und Energie, Aktionsprogramm Stadtentwicklung APS, Stadt- und Ortsbildkommission
 - ED / Abteilung Tagesbetreuung und Quartierarbeit, Kontaktstelle für Quartierarbeit, Ressort Kultur, Basler Denkmalpflege, Sportamt Basel
 - SiD / Stadtladen, Integrationsstelle Basel
 - FD / Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr
 - WSD / Notschlafstelle, Amt für Sozialbeiträge, Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten
 - JD / Grundbuch- und Vermessungsamt, Fachstelle für Geoinformation, Abteilung Jugend, Familie & Prävention
 - Bürgergemeinde Basel-Stadt / Sozialhilfe Basel

Der private Sektor bietet mit einer Vielzahl von Trägerschaften und Einrichtungen ein breites Angebot in den Quartieren (Begegnung und Beziehung) sowie im Bereich Wohnen und Wohnvermittlung/-beratung.

- Wichtige private Akteure** und Ansprechpartner:
- 13 Neutrale Quartiervereine, NachbarNET Basel
 - IG Wohnen, Procap Wohnungsvermittlung, Verein Studentische Wohnvermittlung (WoVe), Mieterinnen- und Mieterverband, Hauseigentümer-Verband, Pro Senectute, Christoph Merian Stiftung, GGG
 - Mütter- und Väterberatung Basel-Stadt, Verein Bewegung ATD Vierte Welt, Vermittlungsstelle Tagesheime, Geschäftsstelle Tagesfamilien, KISS Nordwestschweiz
 - IG Velo, VCS Basel
 - Wohnbegleitung PSAG, Wohnbegleitung SRK, Stiftung Wohnhilfe
 - diverse Wohnheime, Wohngruppen, Wohngenossenschaften und Wohngemeinschaften für verschiedenste Zielgruppen
 - diverse Stiftungen zur Förderung des günstigen Wohnens und der Vermittlung günstigen Wohnraums

d) Nachfrage, Bedarf & Lücken

Trotz der enormen Anstrengungen des Kantons zur Stadtentwicklung und Stadtaufwertung, trotz des enormen Aktivitätsspektrums und einer Vielzahl von aktiven und engagierten Einzelpersonen, Vereinen, Stiftungen und anderen privaten Organisationen des Non-Profit-Bereichs bestehen in den Themen- und Wirkungsbereichen *Wohnen, (Frei-)Raum & Quartier* und *Begegnung & Beziehung* spezifische Lücken im Angebot.

Meist bestehen zwar im Grundsatz die entsprechenden Angebote, sind jedoch aufgrund von limitierten Ressourcen in ihren Aktivitäten eingeschränkt oder erreichen aus anderen Gründen einzelne Zielgruppen – meist Randgruppen mit spezifischen Problemen und Bedürfnissen – nicht.

e) Ansatzpunkte für Engagement & Projekte

<p>1. Günstiger Wohnraum</p>	<p>Ein hoher Bedarf besteht an preiswertem und grosszügigem Wohnraum für kinderreiche Familien mit beschränkten finanziellen Mitteln.</p> <p>Ebenso fehlen eigentliche „Sozialwohnungen“ für fürsorgeabhängige Menschen und sozial schwache und benachteiligte Familien.</p>
-------------------------------------	--

2. Vermittlung von günstigem Wohnraum	Die aktive Suche und Vermittlung von günstigem Wohnraum für sozial schwache und benachteiligte Gruppen obliegt der Sozialhilfe, dem Amt für Sozialbeiträge sowie der IG Wohnen (welche im Auftrag des AWA) die Kontaktstelle für Wohnbegleitung führt. Alle Stellen sind jedoch hoffnungslos überlastet und benötigen entweder zusätzliche Ressourcen oder aber eine Entlastung durch weitere, potente und auf diese Zielgruppen ausgerichtete Wohnungsvermittlungsstellen (wobei die erste Lösung sicher vorzuziehen wäre).
3. Begleitetes und Betreutes Wohnen	Der Bedarf an Begleitetem und Betreutem Wohnen für Menschen mit eingeschränkter Wohnkompetenz ist ausgewiesen. Geeignete Angebote bestehen zwar, sind aber wegen Ressourcenknappheit in Aktivität und Reichweite limitiert. Sie schränken sich dann auf unkompliziertere Zielgruppen ein, wodurch „unbequeme“ Zielgruppen (z.B. Suchtkranke) unterversorgt sind.
4. Quartiere & (Frei-)Räume	Verkehrsberuhigung in den Quartieren, Ausbau und Förderung nicht verbauter Freiflächen (Wiesen, Pärke) als Spiel- und Begegnungsstätten für Kinder, Jugendliche, Familien und ältere Menschen.
5. Begegnung & Beziehung	Betreffend Quartierentwicklung und Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität, zur Stärkung der persönlichen Beziehungen in den Quartieren und zur Bekämpfung der Anonymisierung der Stadt sind weiterhin notwendig: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbau und Förderung von Quartiertreffpunkten ▪ Erschliessung und Eröffnung des öffentlichen Raums auch für ältere und betagte Menschen ▪ Ausbau von Nachbarschaftshilfe, Nachbarschafts-Netzwerken und Begegnungsstätten
6. Alterswohnungen	Für alleinstehende Alte und Betagte fehlen behinderten- und altersgerechte günstige Wohnungen, welche heutigem Komfortanspruch genügen. Demgegenüber steht ein Überangebot an unattraktiven und überkommenen 1- bis 2-Zimmer-Alterswohnungen der 60er und 70er-Jahre, meist nicht rollstuhlgängig und/oder behindertengerecht und ohne zeitgemässe Ausstattung. Vor allem gebildete und gut bemittelte Rentner und Alte sind bereit und fähig, mit neuen Wohnformen zu experimentieren (z.B. Altersresidenz Tertium im St. Jakob-Park). Solche Angebote sind zur Zeit aber noch selten.
7. Verkehrsberuhigung	Nach wie vor sind viele Wohnquartiere zu laut, die Bewohner zu sehr durch den Verkehr und den Verkehrslärm belastet. Jegliche Anstrengungen zur Verkehrsberuhigung der Quartiere sind zu unterstützen.



Schlussfolgerungen & Empfehlungen

- ▶ Nebst dem bekannten Engagement der Christoph Merian Stiftung im Bereich Alterssiedlungen und Alterswohnungen bestehen eine ganze Menge Optionen für weitere Unterstützungs- und Förderungstätigkeit in den Themen- und Wirkungsbereichen *Wohnen, (Frei-)Raum & Quartier* und *Begegnung & Beziehung*.
- ▶ Angesichts des äusserst breiten und vielfältigen Angebots, welches in Basel bereits besteht, sollte jedes neue Engagement prioritär auf die Stärkung von Bestehendem und Bewährtem ausgerichtet sein. Struktureller Wandel durch die Bereinigung von Parallelitäten und Überlappungen ist zu fördern oder je nach Bereich auch aktiv zu beschleunigen.

13 Bildung & Erziehung

a) Allgemeine Betrachtung

Im Themen- und Wirkungsbereich *Bildung & Erziehung* ist die obligatorische Schulbildung inklusive Ausbildung (Lehre, Mittelschulen, Fachhochschulen, Universität) deutlich von Erwachsenenbildung (Aus-, Fort- und Weiterbildung) zu unterscheiden – zu unterschiedlich sind Zuständigkeiten und Organisationsformen.

Die Diskussion in Basel im Bereich der obligatorischen Schulbildung unter staatlicher Hoheit ist seit Jahren geprägt durch die Themen „Qualität“ (PISA, Überfremdung), „Harmonisierung“ (HarmOS, Früh-Englisch, 6/3) sowie „Hochschulreform“ (Bologna) und „Finanzierung“ (Basel-Landschaft). Während dessen ist es im Bereich der privatwirtschaftlich organisierten Aus-, Fort- und Weiterbildung weitgehend ruhig. Ausnahme bilden diejenigen Bereiche der Erwachsenenbildung, welche von Bund und Kanton im Zusammenhang mit der Integrationsförderung sowie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mitfinanziert werden.



Positive Trends & Chancen

- ▶ Die Volksschule in Basel wird auf drei Ebenen einen Paradigmenwechsel vornehmen (Vision Schule Basel des ED):
 1. Abkehr vom Gleichheitsprinzip (alle haben Anspruch auf die gleiche Bildung) weg zur Individualisierung der Bildung ohne Vernachlässigung der Gemeinschaftsbildung (gleiche Minimal-Standards für alle).
 2. Abkehr vom Schulhaus als klassische „Unterrichtsanstalt“ (Produktionsstätte des Wissens) hin zum Schulhaus als „Lebensraum Schule“. Das Schulhaus wird zum Kern der Bildung mit betreuender und begleitender Tagesstruktur von früh morgens (Frühstückstisch) über Mittag (Mittagstisch) bis abends (Aufgaben-Hort). Dazu wird die operative Verantwortung an die Schulen delegiert (teilautonom geleitete Schulen). Rektorate und Inspektionen werden abgeschafft und ersetzt durch Schulleitungen und Schulräte.
 3. Die Schule wird interkantonal harmonisiert (unter HarmOS Umstellung auf 6/3).
- ▶ Obwohl ausserhalb des Zuständigkeitsbereichs des Ressorts Schulen, wird sich das ED mit der Früherfassung und Frühförderung von Kindern im Vor-Kindergartenalter intensiv befassen.
- ▶ Im Rahmen der Massnahmen, welche von der Strategiegruppe „Jugendarbeitslosigkeit“ vorgeschlagen wurden, wird auch das ED miteinbezogen, um den Übergang Schule-Beruf vor allem für die schwachen Schulabgänger erfolgreicher zu managen.



Negative Trends & Risiken

- ▶ Die Globalisierung der Wirtschaft hat auch Auswirkungen auf die Ausbildung der Arbeitnehmer, welche mit den Begriffen „Heterogenität“ und „Disparität“ zusammengefasst werden können; der Qualifikationsdruck steigt in allen Berufen und auf allen Stufen, während die Bildungsvoraussetzungen für immer mehr Betroffene deutlich schlechter werden.
- ▶ Nach Beendigung der obligatorischen Schulzeit „verschwinden“ pro Jahr ca. 80 bis 120 Jugendliche von der Bildfläche. Nach 2 bis 4 Jahren „Herumhängen“ tauchen sie, nun 18- bis 20-jährig, in wirtschaftlicher Not bei der Sozialhilfe wieder auf.
- ▶ Die sogenannte „Nachholbildung“ gewinnt immer mehr an Gewicht: die Defizite der obligatorischen Schulzeit müssen im frühen Erwachsenenleben mühsamst und mit oft zweifelhaftem Erfolg beseitigt werden.
- ▶ Zunehmende Disziplinlosigkeit vor allem in Abschlussklassen mit tiefem Schulniveau, bis hin zu Morddrohungen an Lehrer. Die Schule muss immer mehr auch Erziehungsaufgaben übernehmen und gleichzeitig gesellschaftliche Defizite ausbügeln. Wissensvermittlung tritt in den Hintergrund. Der Wunsch nach mehr Disziplin und Ordnung tritt – nach einer Zeit der grossen Zurückhaltung – wieder in den Vordergrund.
- ▶ Heterogenität heutiger Erziehungsstile: die verhässelten Schüler haben keine Frustrationstoleranz mehr, und die Vernachlässigten haben kein Gefühl mehr für Grenzen. Beides führt zu Schwierigkeiten im Schulalltag.
- ▶ Gender/Genderfragen als Teil von Standardbildung wird in der Schule nicht institutionalisiert angeboten; Umfang und Qualität sind weitgehend von der unterrichtenden Person abhängig.

b) Relevanz für Lebensabschnitt & Zielgruppe

Lebensabschnitt / Zielgruppe	Relevanz	Erklärungen & Bemerkungen
a. Kleinkinder (vor Kindergarten)	hoch	Im Kindesalter werden die Grundlagen für ein erfolgreiches Berufsleben gelegt (was Hänchen nicht lernt ...). Mit Früherfassung respektive Frühförderung sollen die Voraussetzungen für eine ausreichende Kultur-, Sprach- und Sozialkompetenz geschaffen werden. Gleichzeitig muss eine breit angelegte Gesundheitserziehung die Defizite des Elternhauses kompensieren (negative Triade: Karies, Bewegungsarmut und Fehlernährung).
b. Kinder (bis Ende Primarschule)	hoch	Mit dem Schulabschluss und dem Übergang in die Arbeitswelt werden die Weichen (oft definitiv) für ein zufriedenes, erfülltes oder aber ein problematisches Erwachsenenleben gestellt.
c. Jugendliche, junge Erwachsene	hoch	„Lebenslanges Lernen“ ist heute nicht nur Schlagwort, sondern für fast alle Berufe eine Notwendigkeit. Einerseits kann das Elternhaus einen entscheidenden Einfluss auf die Bildungsfähigkeit und späteren Berufsmöglichkeiten der Kinder haben. Andererseits bestimmen die Erwachsenen mit ihrem beruflichen Werdegang ihre (finanzielle und „geistige“) Zukunft im Alter.
d. Erwachsene, Eltern, Familien	hoch	Pro Senectute ist neben der Migros-Klubschule der grösste Anbieter an Aus- und Weiterbildungskursen in allen Lebens- und Themenbereichen. Bildung und geistige Bewegung sind für ein gesundes Altern förderlich.
e. Rentner, Alte, Hochbetagte	hoch	

c) Angebot & Verantwortlichkeiten

Der Staat respektive der Kanton Basel-Stadt übernimmt im Themen- und Wirkungsbereich *Bildung & Erziehung* mit seiner staatlichen Hoheit über die obligatorische Schul- und Ausbildung den Hauptteil der Verantwortung. Das Angebot ist im steten Umbruch und konstanter Anpassung an die wechselnden Anforderungen der Umgebung. Dies gilt auch für die Erwachsenenbildung und -weiterbildung, wo der Staat im Bereich Hochschulen (Fachhochschulen und Universitäten) die Verantwortung hat.

Wichtige staatliche Akteure und Ansprechpartner:

- ED / Ressort Schulen, Ressort Hochschulen, Abteilung Tagesbetreuung, Ressort Kultur, Ressort Berufsbildung, Studienberatung
- WSD / Logistik arbeitsmarktlicher Massnahmen LAM, Regionale Arbeitsvermittlungszentren RAV, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, Amt für Ausbildungsbeiträge, Lehrstellennachweis BL/BS
- JD / Abteilung Jugend, Familie & Prävention
- Universität Basel, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, Musik-Akademie Basel, Tropeninstitut, Europäische Konföderation Ober-rheinischer Universitäten EUCOR, Fernfachhochschule FFHS
- Verein Universitäre Weiterbildung Schweiz, Weiterbildungsangebotsbörse Schweiz WAB, Stiftung Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel, Allgemeine Gewerbeschule Basel
- Universitätsbibliothek, Verbundbibliotheken IDS Basel, Gemeindebibliotheken Riehen & Bettingen, Staatsarchiv, Gemeindearchiv Riehen

Der private Sektor mit einer Vielzahl von Trägerschaften und Einrichtungen bietet vor allem in den Bereichen Nachholbildung (Einstieg in die Arbeits- respektive Berufswelt) sowie Zusatz-, Um- und Weiterbildung eine grosse Palette von Bildungsangeboten. Teilweise werden diese privat finanziert (Stiftungen, Fonds, Beiträge Teilnehmer, etc.), zum grössten Teil aber über Sozialversicherungen (IV, ALV) sowie Subventionen von Bund (unter anderem BBT) und Kanton (ED, WSD). Daneben besteht auch mit einer Vielzahl von Privatkindergärten und -schulen ein direktes und indirektes Konkurrenzangebot zur staatlichen Schulbildung.

Koordination: Der Bereich Erwachsenenbildung ist geprägt von Wildwuchs. Es fehlt an Koordination und Übersicht über die vielfältigen Angebote. Die Qualität der Angebote wird nicht von zentraler Stelle überprüft und gesichert, sondern jeder Anbieter ist dafür weitgehend selbst verantwortlich. Die Schaffung einer entsprechenden Koordinationsstelle im ED wurde vor einigen Jahren von der Regierung aufgrund von Sparmassnahmen abgelehnt.

Wichtige private Akteure
und Ansprechpartner:

- Gewerbeverband, Handelskammer, Gewerbebetriebe KMU, Kaufmännischer Verein Basel, Förderverein Mentoring
- IG Basler Privatschulen, Maturitätskurse für Berufstätige
- Migros-Klubschule Basel, Pro Senectute Basel-Stadt
- Vielfalt von Organisationen für Deutschkurse und andere Kursangebote für Migranten (wie z.B. K5, ABSM, ECAP, GGG-Kurse, etc.), Arbeitsgruppe "Deutsch für die Region Basel", Allgemeine Bibliotheken der GGG
- MedienFalle Basel, TheaterFalle Basel, BildBar

d) Nachfrage, Bedarf & Lücken

Im obligatorischen Schulbereich selbst sind keine eigentlichen Lücken auszumachen. Allerdings besteht offensichtlich ein grosser Bedarf an ergänzenden Angeboten vor dem obligatorischen Schulbeginn (Früherfassung, Kindergarten) sowie an den Schnittstellen zur Arbeitswelt (Brückenangebote, Übergang Schule – Erwerbsleben).

Schlechte und ungenügende Schulbildung führt im Arbeitsleben früher oder später zu einem grossen Bedarf an sogenannter Nachholbildung (zum Teil auch lange Zeit nach Abschluss der obligatorischen Schulbildung). Dieser Bedarf kann bereits anlässlich grosser Probleme beim Berufseintritt, jedoch auch später bei freiwilligen oder erzwungenen Berufswechseln eintreten.

e) Ansatzpunkte für Engagement & Projekte

<p>1. Früherfassung & Frühförderung</p>	<p>Sozial-, Kultur- und Sprachkompetenz im Kindesalter sind zentral für die Bildungschancen – und das gilt ganz speziell für Kinder sozial schwacher und bildungsferner Eltern. Heute mangelt es bei der Mehrheit der Kinder bei Eintritt in den Kindergarten an einer oder an mehreren dieser Kompetenzen.</p> <p>Entsprechende Projektvorschläge zur Bekämpfung dieser Kompetenzmängel wurden bereits weiter oben im Zusammenhang mit der Integrationsförderung von Migrantenkindern gemacht (→ <i>Migration & Integration</i>).</p>
<p>2. Aufgabenhilfe & Stützunterricht</p>	<p>Die fehlende (Bildungs-)Unterstützung von Kindern sozial schwacher und bildungsferner Eltern zwingt zur Schaffung von schulergänzenden Angeboten in Aufgabenhilfe und Stützunterricht.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung von Projekten zur Aufgabenhilfe und Stützunterricht in Jugendtreffpunkten, in den Schulhäusern, in Quartiertreffpunkten

3. Erziehungskapazität & Erziehungsfähigkeit	<p>Denselben Kinder und Jugendlichen mangelt es vor und nach der Schule häufig an erzieherischer Betreuung aufgrund berufstätiger und zeitlich überlasteter Eltern (Erziehungskapazität) und/oder aufgrund mangelnder Erziehungskennnisse der Eltern (Erziehungsfähigkeit).</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Projekte zur Erhöhung der Erziehungskapazität und -fähigkeiten sozial schwacher und/oder bildungsferner Eltern
4. Tagesstruktur & Tagesbetreuung	<p>Zur Verhinderung vom Herumhängen und Herumalbern im öffentlichen Raum sowie zur Stützung der schulischen Entwicklung Kindern und jugendlichen sozial schwacher und bildungsferner Eltern braucht es einen Ausbau der Tagesstrukturen parallel und ergänzend zur Schule.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Begleitung und Betreuung von Kindern mit mangelndem oder fehlendem Erziehungshintergrund respektive unbeaufsichtigtem/unbetreutem Elternhaus (vor und nach der Schule) ▪ Tagesstruktur- und Betreuungsangebote (wie oben) ▪ Schulnahe und personell/pädagogisch eng betreute Freizeitangebote, vor allem auch während der Schulferien (!)
5. Nachholbildung	<p>Für Jugendliche und junge Erwachsene, welche während der obligatorischen Schulzeit die für den Eintritt ins Berufsleben notwendige Bildung und Ausbildung verpasst haben, sind entsprechende Angebote im Bereich Nachholbildung zu unterstützen. Diese wurden bereits bei der Behandlung von Jugendarbeitslosigkeit behandelt (→ <i>Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit</i>).</p>
6. Genderfragen	<p>Zum Thema Gender/Genderfragen sind im obligatorischen Schulbereich keine institutionalisierten Projekte/Ausbildungsblöcke vorhanden.</p>



Schlussfolgerungen & Empfehlungen

- ▶ Wie in beinahe allen vorhergehenden Themen- und Wirkungsbereichen bereits erschöpfend bemerkt, rekrutieren sich die bedürftigsten Anspruchsgruppen mit dem höchsten Bedarf an Unterstützung auch im Themen- und Wirkungsbereich *Bildung & Erziehung* aus den sozio-ökonomisch schwachen und bildungsfernen Schichten. Hier ist wie gesehen auch der Anteil an Migranten und/oder Schweizern mit Migrationshintergrund am grössten, was für die Formulierung und Unterstützung von Angeboten entsprechend zu berücksichtigen ist.
- ▶ Mit der Initiierung und Förderung von Projekten im Bereich Früherfassung und Frühförderung von Kindern (vor allem bereits im Vor-Kindergartenalter) eröffnet sich der Christoph Merian Stiftung in Basel ein noch weitgehend unbearbeitetes Tätigkeitsfeld. Mit einem frühzeitigen (jetzt!) und beherzten Engagement könnte die Christoph Merian Stiftung allenfalls sogar eine Themenführerschaft in diesem Bereich übernehmen.
- ▶ Die Schule selbst ist mit ihren beschränkten Ressourcen vor allem in den „Randgebieten“ des Schulalltages (Frühmorgens vor der Schule, über Mittag, nachmittags nach der Schule) weitgehend unfähig, tragende Projekte und Angebote zu formulieren und umzusetzen. Hier besteht für die Christoph Merian Stiftung ein weites Feld, zusammen mit bestehenden Anbietern in den Quartieren, im Bereich Tagesstruktur und -betreuung sowie im Freizeitbereich entsprechende Angebote zu unterstützen und neue Angebote zu entwerfen.
- ▶ Die Christoph Merian Stiftung kann sich dafür einsetzen, dass das Thema „Gender und Genderfragen“ nicht „en passant“, sondern explizit in alle von ihr unterstützten Bildungsangebote einfließt und solcherart als Querschnittsthema nach und nach institutionalisiert wird.

14 Freizeit & Kultur

a) Allgemeine Betrachtung

Noch nie in der Geschichte der Menschheit verfügte ein so grosser Teil der arbeitenden Gesellschaft über so viel (arbeits-)freie Zeit wie heute in den westlichen Industrieländern – und noch nie war das Angebot an Möglichkeiten, diese Freizeit zu verbringen und zu gestalten so gross wie heute. Freizeit zu haben und diese auch sinnvoll nutzen zu können ist nicht erst seit dem Aufkommen des Begriffs „work-life-balance“ für jedes Individuum von Bedeutung.

Aber auch auf aggregierter Ebene hat sich die Freizeitbeschäftigung vor allem der jungen Menschen zu einem gesellschaftspolitischen Thema erster Güte entwickelt. Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche erfüllen heute, sofern sozialpädagogisch entsprechend geplant, aufgebaut und begleitet, anerkanntermassen (auch) erzieherische, integrative und präventive Funktionen. Der Förderung von Freizeit- und Kulturangeboten kommt also eine Bedeutung zu, die weit über die Unterstützung von reinem Zeitvertreib hinausgeht⁹.



Positive Trends & Chancen

- ▶ Vor zehn Jahren trat in der Schweiz die UNO-Kinderrechtskonvention in Kraft. Im Mittelpunkt dieses „Übereinkommens über die Rechte des Kindes“ stehen Schutz, Förderung und die Teilhabe der Kinder in der Gesellschaft. Verschiedene gesetzliche Änderungen, die der Umsetzung dieser grundlegenden Rechte dienen, hat die Schweiz – und auch Basel-Stadt – seither vollzogen.
- ▶ Die heutigen sozialpädagogisch ausgerichteten Freizeitangebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Basel erfüllen gesellschaftspolitische Aufgaben weit über die eigentliche Freizeitgestaltung hinaus. Gerade für Jugendliche an der Schwelle von Schule-Arbeitswelt oder arbeitslose Jugendliche nach Ende der obligatorischen Schulzeit können gute Freizeitangebote eine sozialpädagogische Hilfestellung bieten, welche im Einzelfall das „Abrutschen“ in Kriminalität, Gewalt und soziale Verwahrlosung verhindern kann.
- ▶ Jugend-, Kinder- und Familienpolitik ist im weitesten Sinne immer auch Gesellschaftspolitik. Der enge und oftmals kausale Zusammenhang zwischen sinnvoller Freizeitgestaltung, persönlicher Entwicklung des Individuums und erfolgreicher Realisierung



Negative Trends & Risiken

- ▶ Weniger als 10% der Schweizer (und Basler) Bevölkerung kennen die UNO-Kinderrechtskonvention. Das Recht auf Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen ist der Allgemeinheit – wie auch den betroffenen Kindern und Jugendlichen selbst – kaum bekannt.
- ▶ Veränderte Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie neue Familienformen führen heute zu einer komplett veränderten Betreuungssituation von Kindern und Jugendlichen. Unbetreute und unter-betreute Kinder verursachen sowohl in der Schule als auch im öffentlichen Raum zunehmend für Probleme.
- ▶ Es ist in verschiedenen Quartieren eine seelische Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen auszumachen, was sich sowohl in der Schule als auch im öffentlichen Raum in der Form von Disziplinlosigkeit, Verrohung des Umgangs untereinander, Verlust von Respekt und Werten generell und überstiegener Aggressivität bis hin zur offenen (und oftmals willkürlichen) Gewaltausübung ausdrückt.
- ▶ Der grosse Anteil an Familien mit Migrationshintergrund in Basel führt zu einem Kommunikationsproblem zwischen Schule und Elternhaus. Gerade Eltern bildungsferner Schichten und aus sozial schwachen Verhältnissen sind über die gängigen Kanäle kaum erreichbar.

⁹ Der Themen- und Wirkungsbereich *Freizeit & Kultur* ist fast unfassbar vielschichtig und sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite überaus breit gefächert. In diesem Bericht wird zur massvollen Eingrenzung des Themen- und Wirkungsbereichs *Freizeit & Kultur* der sogenannte „konventionelle Kulturbetrieb“ (Stadttheater, klassische Musik, Museen, Kinos, etc.) sowie die gesamte sogenannte „geschlossene Jugendarbeit“ in Vereinen und Organisationen (Sportvereine, Pfadi, Jungwacht, etc.) weitgehend ausgeblendet, da für die Behandlung des Themas hier von untergeordneter Bedeutung. Aus gleichem Grund wird bezüglich „Bildung/Weiterbildung“ als Freizeitbeschäftigung auf den Themen- und Wirkungsbereich *Erziehung & Bildung* verwiesen.

eines tragfähigen Lebensentwurfs zeitigt positive oder negative Konsequenzen für die ganze Stadt. Solche Mechanismen bieten die Chance, über die entsprechende Politik und Unterstützung von Kinder- und Jugendarbeit die gesellschaftliche Entwicklung von Basel positiv beeinflussen zu können.

- ▶ Auch im Alter hilft eine aktive Freizeitgestaltung, soziale Desintegration zu verhindern oder zu mindern. Sie verbessert zudem über eine gestiegene Lebenszufriedenheit die geistige und körperliche Gesundheit oft massgeblich.

- ▶ Die an sich löbliche Initiative des ED zum Ausbau der schulergänzenden Tagesbetreuung könnte (vor allem finanziell) einen Verdrängungseffekt für die offene Kinderarbeit auslösen.
- ▶ Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund leiden oft unter einem negativen Image. Es ist die Ursache vieler Konflikte und gewalttätiger Auseinandersetzungen.
- ▶ In der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist relativ wenig Wettbewerb oder Konkurrenzsituation vorhanden, da der Bereich von einigen wenigen Akteuren dominiert wird (BFA, Robi-Spiel-Aktionen, Allwäg, Quartiertreffpunkte).

b) Relevanz für Lebensabschnitt & Zielgruppe

Lebensabschnitt / Zielgruppe	Relevanz	Erklärungen & Bemerkungen
a. Kleinkinder (vor Kindergarten)	gering	Freizeit & Kultur sind für Kleinkinder einerseits eher weniger von Bedeutung, da sie bis zum Kindergarten kaum selbständig solche Angebote in Anspruch nehmen. Andererseits ist die indirekte Bedeutung nicht zu unterschätzen, da die Güte von Erziehung und Förderung der Kinder sehr wohl (stark) abhängig sein kann vom „Freizeit- und Kulturverhalten“ ihrer Eltern.
b. Kinder (bis Ende Primarschule)	hoch	Für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ist das Angebot an <i>Freizeit & Kultur</i> in ihrem Lebensraum von entscheidender Bedeutung für ihre persönliche Entwicklung, die Entwicklung ihrer Sozial- und Kulturkompetenz und damit aber auch für ihre soziale Integration.
c. Jugendliche, junge Erwachsene	hoch	
d. Erwachsene, Eltern, Familien	hoch	Ein gesunder Ausgleich zwischen Arbeit und Freizeit ist für jedes einzelne Individuum essentiell. Gerät diese sogenannte „work-life-balance“ aus dem Gleichgewicht, so kann das negative Folgen nach sich ziehen, welche alle Lebensbereiche betreffen können.
e. Rentner, Alte, Hochbetagte	mittel	Auch wenn ältere und alte Menschen wahrscheinlich reduzierter und weniger offen sichtbar am kulturellen Leben einer Stadt teilnehmen, ist <i>Freizeit & Kultur</i> – vor allem aufgrund der hohen Verfügbarkeit von freier Zeit im Alter – als Thema zentral.

c) Angebot & Verantwortlichkeiten

Der Staat respektive der Kanton Basel-Stadt selbst bietet im Bereich *Freizeit & Kultur* ein riesiges Angebot (z.B. Museen, Sporthallen und -plätze) und unterstützt im Rahmen der Kulturförderung über die gezielte Subventionierung von Infrastruktur (z.B. Theater) und Betriebskosten (z.B. Kinderspielplätze) eine Vielzahl der unter den „privaten Akteuren“ aufgeführten Trägern von Kultur- und Freizeitangeboten¹⁰.

¹⁰ Im hier massgeblich betrachteten Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist v.a. das JD mit der Abteilung Jugend, Familie und Prävention aktiv (historisch bedingt durch die Zuordnung des Kindes- und Jugendschutz in die Vormundschaftsbehörde). Bestehende offene und verdeckte Schnitt- und Reibungsstellen mit dem ED werden durch die Eingliederung der AJFP ins ED höchstwahrscheinlich aufgelöst werden.

Wichtige staatliche Akteure
und Ansprechpartner:

- ED / Kontaktstelle für Quartierarbeit (Abteilung Tagesbetreuung), Ressort Kultur, Sportamt Basel-Stadt, Jugend und Sport J+S, Heilpädagogischer Dienst, Schulsozialarbeit, Schulpsychologischer Dienst
- JD / Abteilung Jugend, Familie & Prävention AJFP, Abteilung Kindes- und Jugendschutz AKJS, Anlauf- und Beratungsstelle Rechtsextrémismus
- GD / Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, Fachstelle Sucht, Schreibstunde des UKBB
- Diverse Fachgremien im Kulturbereich (Regierungsrätliche Kulturdelegation, Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates, Kulturkonferenz, Kunstkreditkommission, Fachausschuss Musik, Fachausschuss Audiovision und Multimedia, Fachausschuss Theater und Tanz, Fachausschuss Literatur, Kantonale Jugendkommission)
- Diverse Fachgremien im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienpolitik (Konferenz der kantonalen Beauftragten für Kinder- und Jugendförderung, Kantonale Familienkommission)

Der private Sektor mit einer Vielzahl von Trägerschaften und Einrichtungen bietet eine riesige Palette von Freizeit- und Kulturangeboten. Zur Eingrenzung des Themas beschränkt sich die nachstehend Aufzählung von wichtigen Akteuren auf den Bereich „offene Kinder- und Jugendarbeit“, welche aufgrund der Breite des Themen- und Wirkungsbereichs *Freizeit & Kultur* nicht vollständig sein kann¹¹.

Wichtige private Akteure
und Ansprechpartner:**Kinder, Eltern, Familie:**

- Verein Kinderbüro Basel, Verein Allwäg - Mobile Spielanimation, Basler Kindertheater, Kindertreffpunkt „Zum Burzelbaum“, Spielestrich Kaserne, Spielwerkstatt Kleinhünigen, Spilrium St. Johann, Robi-Spiel-Aktionen, Familienpass Region Basel
- eine Vielzahl von Beratungsstellen für Kinder und Eltern (taff - Trennungsangst-Programm für Familien, Familien- und Elternberatung, Eifam Region Basel, Mütter- und Väterberatung, pro juventute, Stillberatung - La Lèche Liga, Eltern- und Familienbildung Basel - elba)
- diverse Angebote für Kinderbetreuung (Babysitting Vermittlung & Hütedienst für kranke Kinder des SRK, Vermittlung Tagesheime, Verein Tagesfamilien, Basler Kindernächt, IG Spielgruppe, Schlupfloch St. Johann)

Jugendliche, junge Erwachsene:

- Basler Freizeitaktion BFA, Unet3 (Verein younet-3land), Rockförderverein Basel, Café Secondas, Eulerstroos nüün (e9) Jugend und Kultur, Konferenz der Kinder- und Jugendarbeiter/innen, Verein für Gasenarbeit Schwarzer Peter, Jugendzentrum Dalbeloch, Mobile Jugendarbeit Basel und Riehen, TheaterFalle Basel, Verein Offene Jugendarbeit Baselland und Region, Fanprojekt Basel
- diverse Beratungsstellen für Jugendliche (Beratungs- und Präventionsstelle Alkohol und Sucht des Blaues Kreuz Basel-Stadt, Drop In, Plusminus – MaxMoney, Schuldenberatungsstelle der BFA, Triangel - Opferhilfe-Beratungsstelle für gewaltbetroffene Kinder und Jugendliche, Hau den Lukas - Beratungsstelle für Jungen und Männer)

¹¹ Ein grosser Teil der „neuen Alten“ ist rüstig und unternehmungsfreudig. *Freizeit & Kultur* nimmt heute im Alter denn auch einen zentralen Stellenwert ein. Nebst dem allgemein zugänglichen Freizeit- und Kulturangebot „für jedermann“ besteht in Basel ein gut ausgebautes und äusserst vielfältiges Angebot an Freizeit- und Kulturangeboten, welches sich gezielt an ältere und alte Menschen richtet (v.a. Pro Senectute Basel-Stadt). Diesbezügliche Angebote werden an dieser Stelle nicht berücksichtigt.

d) Nachfrage, Bedarf & Lücken

Sowohl von staatlicher Seite als auch von den Interviewten aus dem privaten Sektor wird das allgemeine Angebot für die grosse Mehrheit der Zielgruppe(n) als genügend und als gut ausgebaut beurteilt. Diese positive Einschätzung wird aber durch die Erwähnung konkreter Defizite in spezifischen Randbereichen relativiert. Damit sind vor allem fehlende Angebote gemeint für diejenigen Zielgruppen, welche mit dem „Mainstream-Angebot“ nicht oder nur schwer erreicht werden können.

Wie bereits mehrfach erwähnt betrifft es einmal mehr die Kinder und Jugendlichen aus sozial schwachen Schichten sowie deren Eltern. Vor allem bildungsferne Familien und solche mit Migrationshintergrund haben nur teilweise Zugang zum reichlich bestehenden Angebot. Für bestehende Anbieter sind Kommunikations- und Verständigungsprobleme das eine, die fehlende Attraktivität das andere Hindernis, mit diesen Randgruppen zu arbeiten. So bleibt aufgrund fehlender Anreize eine latente Nachfrage weitgehend unbefriedigt.

e) Ansatzpunkte für Engagement & Projekte

1. Einbezug & Einbindung der Eltern	<p>Viele Kinder und Jugendliche leiden sowohl in der Schule als auch bei der Freizeitgestaltung unter einem Bildungsdefizit ihrer Eltern und oft auch unter einem Betreuungsdefizit. Alle Beteiligten (Eltern, Kinder und Jugendliche) sind durch das herkömmliche Angebot der offenen Kinder- und Jugendarbeit meist nur sehr schwer erreichbar. Eine kohärente Kinder- und Jugendpolitik muss daher im Sinne einer Familienpolitik auch die Eltern der anvisierten Kinder und Jugendlichen einbeziehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ aufsuchende Elternarbeit (vor allem bei bildungsfernen Schichten) ▪ Ausweitung des bestehenden Angebots in Elternbildung ▪ Entwicklung neuer Angebote zur Erreichung von durch bestehende Angebote bisher nicht erreichbarer Eltern ▪ Einbindung der Eltern via Früherfassung ihrer Kinder bereits im Vorkindergartenalter, spätestens aber nach Eintritt in den Kindergarten ▪ Ausbau der Nachbarschaftshilfe zur Erreichung und Einbindung vor allem von Familien mit Migrationshintergrund ▪ Ergänzung der (auf Konsumstruktur aufgebauten) Quartiertreffpunkte mit Aussenaktivitäten, welche aus dem Treffpunkt hinaus ins betroffene Quartier hinein gehen
2. Mobile, aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit	<p>In (für die offene Kinderarbeit) weniger „attraktiven“ Quartieren wie unteres Kleinbasel oder unteres St. Johann mit hohem ausländischem Bevölkerungsanteil müssen neue oder ergänzende Formen der aufsuchenden, mobilen Kinder- und Jugendarbeit entwickelt werden. Dabei gilt es vor allem, das (bereits bestehende und vielfältige) Angebot auch Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund „schmackhaft“ und zugänglich zu machen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erweiterung der Quartiertreffpunkte mit „mobilen“ Angeboten, welche geeignet sind, im näheren und weiteren Umkreis der Quartiertreffpunkte Kinder und Jugendliche aufzuspüren und einzubinden ▪ Vielsprachige Angebote oder Angebote, welche bestehende Verständigungsprobleme überwinden können ▪ Aufbau einer aufsuchenden mobilen Kinderarbeit ▪ gezielter Ausbau der bestehenden mobilen Jugendarbeit
3. Koordination & Information	<p>Vor allem im Bereich der offenen Kinderarbeit wird ein Koordinationsdefizit festgestellt. Trotz vorhandener und gut ausgebauter Informationsplattformen ist es selbst für interessierte Eltern sehr schwierig, einen Überblick über das vielfältige aktuelle Angebot und die gerade gültigen Öffnungszeiten zu erlangen. Fremdsprachigen Eltern sowie sozial schwachen und bildungsfernen Familien bleibt daher der Zugang zu der Information meist verschlossen:</p>

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung von in dieser Hinsicht bedürftigen Eltern bei der Suche von geeigneten Angeboten für ihre Kinder (z.B. in den Quartiertreffpunkten, an Elternabenden in der Schule, etc.) ▪ Einbindung der Ausländervereine in die offizielle Basler Kinder- und Jugendarbeit und schaffen der Bedingungen zur Verbreitung der Information über diese Kanäle
4. Schulfreie Zeit	<p>Nebst der erkannten Problematik der fehlenden Betreuung von Kindern und Jugendlichen in den unmittelbaren an den Schultag angrenzenden Randstunden, besteht ein generelles Defizit an Betreuungsangeboten in der schulfreien Zeit während den Ferien, Sonn- und Feiertagen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbau der bestehenden Angebote in den Ferien, Sonn- und Feiertagen ▪ Verbesserte Koordination und (zeitliche) Abstimmung der Angebote während den Ferien, Sonn- und Feiertagen ▪ Erschliessung bisher vernachlässigter Quartiere
5. Spezifische Angebote für Mädchen und junge Frauen	<p>Es besteht ein weit herum anerkanntes Defizit an Angeboten im Kinder- und Jugendbereich, welche sich explizit (und nicht implizit!) an Mädchen und junge Frauen richten.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bedarfsanalyse zur Abklärung der effektiven Nachfrage und zur Legitimation einer entsprechenden Freistellung von finanziellen Mitteln ▪ Ergänzung der bestehenden Angebote ▪ Formulierung und Aufbau neuer Angebote ▪ Gezieltes Aufsuchen und Ansprechen von Migrantinnen-Mädchen vor allem mit islamischem Hintergrund
6. Junge Erwachsene	<p>Junge Erwachsene, welche zu alt sind für die Jugendtreffpunkte (und dort auch entsprechend weg gewiesen werden) und aufgrund einer fehlenden Lehrstelle oder Arbeit ohne Tagesstruktur herumhängen, bilden je länger je mehr ein Problem im öffentlichen Raum.</p> <p>Anstatt diese arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Beschäftigungsprogramme zu stecken, könnten sie im kulturell sozialen Bereich aktiv werden. Dies würde eine hohe Motivationskomponente und gewiss auch einen Befriedigungsfaktor beinhalten.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung und finanzielle Unterstützung von Projekten zur gezielten Übertragen von entlohnten Aufgaben an solche Jugendlichen im Rahmen der offenen Jugendarbeit z.B. in den Jugendtreffpunkten. Zu ihrer Betreuung müssten jedoch zusätzliche personelle Ressourcen bei den Mitarbeitern der Jugendtreffs geschaffen werden (vgl. Projekt 3Rosen)
7. Musik	<p>Nach wie vor ist das Angebot an Übungskellern für junge Musikbands ungenügend, ebenso wie die Möglichkeiten für öffentliche Auftritte:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung von Übungslokalen, Förderung von Um- und Zwischen-nutzungen zum Gebrauch als Übungskeller ▪ Ausbau des bestehenden Angebots an Übungslokalen ▪ Unterstützung der Auftrittsmöglichkeiten (z.B. Festivals aller Art, etc.) sowie Förderung von Konzertveranstaltern
8. Städtische Freiräume	<p>Wie bereits erwähnt kann mit der gezielten Schaffung und Öffnung von Freiräumen im Rahmen der Stadt- und Quartierplanung viel für Kinder und Jugendliche getan werden (→ <i>Wohnen, (Frei-)Raum & Quartier</i> und <i>Begegnung & Beziehung</i>).</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbau neuer und Öffnung bestehender Rasen-, Spiel und Sportplätze (Gewährung der Zugänglichkeit auch zu Randzeiten) ▪ Öffnung der Schulhöfe zur offenen Nutzung rund um die Uhr ▪ Ausbau des Angebots an Kinder- und Jugendspielplätzen sowohl in den Quartieren als auch in der näheren Umgebung des Stadtzentrums (vor allem für Jugendliche)



Schlussfolgerungen & Empfehlungen

- ▶ Das Fehlen von Freizeitangeboten für Jugendliche und junge Erwachsene oder nur ungenügend auf die Bedürfnisse dieser Zielgruppe ausgestaltete Freizeitangebote provozieren in regelmässigen Abständen Jugendproteste – in Form friedlicher Kundgebungen oder als handfeste Krawalle. Gesellschaftspolitisch wird heute anerkannt, dass sinnvolle Freizeitangebote für „die Jugend“ und deren Unterstützung eine Investition in die Zukunft darstellen, welche der gesamten Gesellschaft zugute kommt.
- ▶ Die offene Kinderarbeit ist auf die ganze Stadt Basel betrachtet vergleichsweise gut ausgebaut. Hingegen sind einzelne Quartiere mehr als andere mit Angeboten ausgestattet. So darf z.B. das untere St. Johann als „unterversorgt“ bezeichnet werden. Aber auch im Kleinbasel ist, im Verhältnis zur dort wohnhaften Anzahl der Kinder, ein Ausbau der Angebote durchaus angezeigt.
- ▶ Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist chronisch unterfinanziert. Diese Finanzierung ist zudem meist nur kurzfristig gesichert. Das heisst dass die meisten Angebote immer auf dem Minimum des Machbaren, und innerhalb des Machbaren jeweils an den Grenzen der verfügbaren Kapazitäten fahren. Mit einer zusätzlichen, breiten und langfristig abgesicherten Finanzierung bestehender und bewährter Angebote könnten Öffnungszeiten verlängert und Personal aufgestockt werden, könnten neue Pilotprojekte und experimentelle Aktivitäten initiiert werden, könnten vernachlässigte Quartiere erschlossen werden, etc..
- ▶ Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist geprägt von zeitlich oft begrenzten Projekten und Aktivitäten. Es fehlen hingegen kontinuierliche, breit abgestützte „stehende“ Angebote mit einer Verbindlichkeit für mittel- und langfristige Zeiträume. Die gleiche Verbindlichkeit wird im finanziellen Bereich vermisst, wo aufgrund der hohen politischen Sensibilität des Themen- und Wirkungsbereichs *Freizeit & Kultur* die Mittelvergabe oft durch die Tagespolitik geprägt wird – was sich nicht selten negativ auf die Qualität der Planung sowie auf die Motivation der Akteure auswirkt.
- ▶ Die Steuerungsfunktion des Kantons ist nach wie vor schwach ausgebildet. Im Strategiebereich sind es eher die basisnahen Akteure wie BFA oder Robi-Spiel-Aktionen sowie die Quartiervereine, welche neue oder ändernde Bedürfnisse aufspüren und mittels der generierten Nachfrage entsprechende Trends setzen (welche der Kanton dann reaktiv aufnimmt). Diese Situation kann für die Christoph Merian Stiftung in dem Sinne von Vorteil sein, als dass sie selbst mit einer aktiven Haltung – in engem Zusammenspiel mit den privaten Akteuren – strategisch und Trend-setzend in Basel wirksam sein kann.

D. Anhang

15 Literatur/Dokumentation

ad Kap. 4 Alter, Verlust von Mobilität & Selbständigkeit

- Baltes, M.M. / Kohli, M.:** Erfolgreiches Altern / Hans Huber Verlag / Bern 1998
- Baltes, P.B. / Mittelstrass, J.:** Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung / Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Forschungsbericht 5 / Verlag Gruyter / Berlin 1991
- Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.):** Wohnen im Alter. Neue Akzente - Alternative Wege - Bewährte Projekte / Berlin 2006
- Gesundheitsdepartement Basel-Stadt (Hrsg.):** Alterspolitik des Kantons Basel-Stadt: Leitlinien der Alterspolitik Teil 1 / Basel 2001
- Grosser Rat Basel-Stadt (Hrsg.):** Gesetz betreffend die spitalexterne Kranken- und Gesundheitspflege (Spitexgesetz) / SR 329.100 / Basel 1991
- Grosser Rat Basel-Stadt (Hrsg.):** Verordnung betreffend die spitalexterne Kranken- und Gesundheitspflege (Spitexverordnung) / SR 329.110 / Basel 1994
- Höpflinger, F.:** Altsein in der Schweiz, Entwicklung und Gegenwart / In: Pro Senectute Schweiz; Gesellschaft des langen Lebens / Fachpublikation 10 / Zürich 2003
- Schweizerisches Rotes Kreuz (Hrsg.):** Pflegend begleiten - Ein Alltagsratgeber für Angehörige und Freunde älterer Menschen / Zürich 2001

ad Kap. 5 Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit

- Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt:** Detailkonzept Arbeitsintegrationszentrum AIZ / Basel 2007
- Eidg. Ausländerkommission EKA (Hrsg.):** Integration und Arbeit. Handlungsfelder, Akteure und Ansatzpunkte zur Besserstellung von Ausländerinnen und Ausländern auf dem Schweizer Arbeitsmarkt / Bern 2003
- Haerberlin, U. / Imdorf, Ch.:** Chancenungleichheit bei der Lehrstellensuche: Der Einfluss von Schule, Herkunft und Geschlecht / NFP43 Synthesis 7 / Bern 2004
- Heilpädagogisches Institut Universität Fribourg (Hrsg.):** Der Ausschluss ‚ausländischer‘ Jugendlicher bei der Lehrlingsauswahl / Fribourg 2006
- Netzwerk Arbeitsmarkt (Hrsg.):** Arbeitsmarkt 2010 – Chance für alle? Eine Standortbestimmung zur Arbeitsmarktintegration / Rüegger Verlag / Zürich 2007
- Prodoliet, S. / Knöpfel, C.:** Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Schweiz. Ein Positionspapier der Caritas Schweiz / Caritas Verlag / Luzern 2001
- Ulrich, J.G. / Granato, M.:** „Also, was soll ich noch machen, damit die mich nehmen?“ Jugendliche mit Migrationshintergrund und ihre Ausbildungschancen / In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Berufliche Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund / Bonn 2006

ad Kap. 6 Armut & Soziale Desintegration

- Bundesamt für Sozialversicherung (Hrsg.):** Wege und Handlungsstrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen. In: Beiträge zur sozialen Sicherheit / Bern 2003
- Caritas Schweiz (Hrsg.):** Sozialalmanach 2007 – Das Caritas-Jahrbuch zur sozialen Lage der Schweiz. Trends, analysen, Zahlen / Caritas Verlag / Luzern 2007

- Kehrli, Ch. / Knöpfel, C.:** Handbuch Armut in der Schweiz / Caritas Verlag / Luzern 2006
- Locher, A. / Knöpfel, C.:** Sozialhilfe – eine konzertierte Aktion? Institutionelle Zusammenarbeit im Spannungsfeld von Sozialbereich und Arbeitsmarkt. Fallstudie Basel / Caritas Verlag / Luzern 2000
- Sozialhilfe der Stadt Basel (Hrsg.):** Armutsrisiko - Berufseinstieg Jugendlicher und junger Erwachsener. Konkrete Massnahmen im Kanton Basel-Stadt zur Bekämpfung der Jugendarmut / Basel 2007
- Sozialhilfe der Stadt Basel (Hrsg.):** Jahresbericht 2005 / Basel 2006
- Sozialhilfe der Stadt Basel (Hrsg.):** Missbrauch der Sozialhilfe: die Basler Antwort - Fragen und Antworten zum Thema Missbrauch der Sozialhilfe / Basel 2006
- Streuli, E.:** Eigenes Geld und fremdes Geld im Leben junger Erwachsener – Möglichkeiten der Verschuldungsprävention / FHNW / Basel 2006
- Strohmeier, R. / Knöpfel, C.:** Was heisst soziale Integration? Öffentliche Sozialhilfe zwischen Anspruch und Realität / Caritas Verlag / Luzern 2005
- Volken, J.S. / Knöpfel, C.:** Armutsrisiko Nummer eins: geringe Bildung / Caritas Verlag / Luzern 2004
- Wirtschafts- und Sozialdepartement Basel-Stadt, ASB (Hrsg.):** Gesamtkonzept zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit im Kanton Basel-Stadt 2006 – 2008 / Bericht der Strategiegruppe Jugendarbeitslosigkeit zuhanden des RR des Kantons Basel-Stadt / Basel 2006
- Wirtschafts- und Sozialdepartement Basel-Stadt, AWA (Hrsg.):** Wachstum der Sozialhilfequote - Perspektiven zur beruflichen und sozialen Integration mit Fokus auf junge Erwachsene / Bericht an den RR des Kantons Basel-Stadt / Basel 2006

ad Kap. 7 Behinderung & Invalidität

- Bundesamt für Sozialversicherungen BSV (Hrsg.):** Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ). Faktenblatt / Bern 2007
- IV-Stelle Basel-Stadt (Hrsg.):** Berufliche Eingliederungsmassnahmen im Rahmen der 5. IVG-Revision. Benötigte Massnahmen aus der Sicht der IV-Eingliederungsfachleute / Basel 2007
- Schweizerischer Bundesrat (Hrsg.):** Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (5. Revision) / Bern 2005

ad Kap. 8 Krankheit & Unfall

- Alkohol- und andere Drogenprobleme SFA (Hrsg.):** Der Konsum psychoaktiver Substanzen von Schülerinnen und Schülern in der Schweiz. Ausgewählte Ergebnisse einer Studie, durchgeführt unter der Schirmherrschaft der Weltgesundheitsorganisation (WHO) / Lausanne 2007
- Schweizerische Gesundheitsobservatorium (Hrsg.):** Gesundheit im Kanton Basel-Stadt. Ergebnisse aus der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2002 / Neuchâtel 2005

ad Kap. 9 Sexuelle Diskriminierung & Genderfragen

- Bannwart, B. / Grütter, K. / Ledergerber, B.:** Sexuelle Belästigung in der Berufsbildung. Die wichtigsten Informationen für Berufsbildnerinnen, Berufsbildner und Lehraufsicht. / Basel-Stadt 2005
- Gleichstellungsbüro Basel-Stadt (Hrsg.):** Familienfreundliche Unternehmenspolitik. Eine Kosten-Nutzen-Analyse für die Wirtschaftsregion Basel / Prognos AG / Basel 2005
- Gleichstellungsbüro Basel-Stadt (Hrsg.):** Nach wie vor gefragt. Zum 10-jährigen Bestehen des Gleichstellungsbüros Basel-Stadt / Basel 2002
- Gleichstellungsbüro Basel-Stadt (Hrsg.):** Sexuelle Belästigung in der Berufsbildung. Die wichtigsten Informationen für Berufsbildnerinnen, Berufsbildner und Lehraufsicht / Basel 2006

- Gleichstellungsbüro Basel-Stadt und Fachstelle für Gleichstellung Baselland (Hrsg.):** Zahlen? Bitte. Der Stand der (Un-)Gleichstellung von Frauen und Männern in den beiden Basel. Daten und Fakten zur Gleichstellung in Bildung, Arbeit und Politik in der Region Basel / Basel 2006
- Imdorf, Ch.:** Geschlechtsspezifische Selektion bei der Ausbildungsplatzvergabe. In: Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten – Achtung Gender. Ausbildungsverhalten von Mädchen und jungen Frauen / SVB / Zürich 2004
- Merz, V.:** Salto, Rolle und Spagat. Basiswissen zum geschlechterbewussten Handeln in Alltag, Wissenschaft und Gesellschaft / Verlag Pestalozzianum / Zürich 2001
- Staatssekretariat für Wirtschaft seco:** KMU-Handbuch Beruf und Familie. Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in kleinen und mittleren Unternehmen / Bern 2007

ad Kap. 10 Gewalt & Kriminalität

- Bundesamt für Sozialversicherung (Hrsg.):** Gewalt gegen Kinder. Konzept für eine umfassende Prävention / In: Familie und Gesellschaft, Sonderreihe des Bulletins für Familienfragen Nr. 5 / Bern 2005
- Drehscheibe Basel (Hrsg.):** cool-hip-zoff. Ein Beitrag zur Gewaltprävention in der Schule. In Drehscheibe Nr. 3 / Basel 2002
- ECPAT Switzerland / Kinderschutz Schweiz (Hrsg.):** Jugendschutz Online. Ein ECPAT-Ratgeber / Bern 2005
- Eidg. Ausländerkommission EKA (Hrsg.):** Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik / Bern 2006
- Gassenarbeit St. Gallen (Hrsg.):** Männerspezifischer Gassenarbeit. Ein Haltungs-, Ziel und Arbeitspapier / St. Gallen 2006
- Haerberli, K.:** Die Rolle des Staates und der Institutionen bei der Bekämpfung von häuslicher Gewalt gegen Frauen, mit speziellem Fokus auf der Prävention / In Therapeutische Umschau zum Thema "Sexuelle und häusliche Gewalt" / Unifrauenklinik Basel / Basel 2005
- Justizdepartement Basel-Stadt, AJFP (Hrsg.):** Rahmenkonzept zur Gewaltprävention. Leitlinien, Präventionsfelder, Massnahmen / Basel 2003
- Oelemann, B. / Lempert, J.:** Gewaltberatung und Gewaltpädagogik mit Jungen, heranwachsenden Männern und Männern. Der Arbeitsansatz Deutschlands erster Gewaltberatungsstelle Männer gegen Männer-Gewalt / In: Möller, K. (Hrsg.): Nur Macher und Macho? / Weinheim / München 1997
- Schweizerische Kriminalprävention (Hrsg.):** Sicherheit im Alter – Wichtige Tipps zur Kriminalprävention / Neuchâtel 2004
- Schweizerische Kriminalprävention SKP-PSC (Hrsg.):** ClickIt! Tipps für Eltern gegen sexuellen Missbrauch im Chat / Neuchâtel 2006
- Schweizerische Kriminalprävention SKP-PSC (Hrsg.):** CyberTipp. Stopp Kinderpornografie im Internet / Neuchâtel 2005
- Schweizerische Kriminalprävention SKP-PSC (Hrsg.):** Kinderpornografie. Die Polizei ist auch im Internet präsent / Neuchâtel 2005

ad Kap. 11 Migration & Integration

- Eidg. Ausländerkommission EKA (Hrsg.):** Förderung der Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Schwerpunktprogramm für 2004 bis 2007 / Bern 2003
- Eidg. Ausländerkommission EKA (Hrsg.):** Muslime in der Schweiz - Identitätsprofile, Erwartungen und Einstellungen / Bern 2005.

- Erziehungsdepartement Basel-Stadt (Hrsg.):** Vademecum. Ein Leitfaden für Lehrkräfte zur Schulung fremd- und mehrsprachiger Kinder und Jugendlicher in Basel-Stadt / Basel 1998/2000
- Erziehungsdepartement Basel-Stadt und der Staatlichen Schulsynode Basel-Stadt (Hrsg.):** Gesamtsprachenkonzept für Basel-Stadt. In: Basler Schulblatt 5/2003 / Basel 2003
- Erziehungsdepartement Basel-Stadt und der Staatlichen Schulsynode Basel-Stadt (Hrsg.):** Zehn Thesen zum Sprachunterricht. In: Basler Schulblatt 5/2003 / Basel 2003
- Gewerbeverband Basel-Stadt (Hrsg.):** Ausländerberatung der GGG. Integration durch Information. In: KMU News 1/07, Basel 2007
- Interdepartementales Netzwerk Integration INI (Hrsg.):** Aktionsplan 2004-07. Integrationsmassnahmen Basel-Stadt / Basel 2003
- Justizdepartement Basel-Stadt, AJFP (Hrsg.):** Migrationsspezifische Jugendarbeit / Basel 2003
- Kommission für Integrations- und Migrationsfragen Basel-Stadt (Hrsg.):** Gemeinsam mit Offenheit und Respekt – Fördern und Fordern. Entwurf für ein Integrationsgesetz / Basel 2005
- Sicherheitsdepartement Basel-Stadt / Kantonale Integrationsstelle Basel-Stadt (Hrsg.):** Broschüre Integration Basel – Respekt / Basel 2006
- Sicherheitsdepartement Basel-Stadt / Kantonale Integrationsstelle Basel-Stadt (Hrsg.):** Projektförderung „Integration Basel“. Richtlinien für Projektanträge und Berichterstattung / Basel 2003
- Staatskanzlei Basel-Stadt (Hrsg.):** Leitbild und Handlungskonzept des Regierungsrates zur Integrationspolitik Basel-Stadt / Basel 1999
- Staatskanzlei Basel-Stadt (Hrsg.):** Politikplan 2005-08. Integration / Basel 2004
- ULEF - Institut für Unterrichtsfragen und Lehrer/innenfortbildung Basel-Stadt (Hrsg.):** "Vielfalt" - Weiterbildungsprogramm für Lehrkräfte in Basel zur Umsetzung des Integrationsleitbildes / Basel 2005

ad Kap. 12 Wohnen, (Frei-)Raum & Quartier – Begegnung & Beziehung

- Eidg. Ausländerkommission EKA (Hrsg.):** Integration und Habitat. Lebensqualität in benachteiligten Quartieren verbessern / Bern 2005
- Erziehungsdepartement Basel-Stadt (Hrsg.):** Konzept Quartiertreffpunkte Basel-Stadt / Basel 2006
- Erziehungsdepartement Basel-Stadt (Hrsg.):** Rahmenrichtlinien Betrieb Quartiertreffpunkte / Basel 2006
- Erziehungsdepartement Basel-Stadt (Hrsg.):** Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler des Kantons Basel-Stadt. Evaluationsbericht mit Empfehlungen. / Basel 2003
- Erziehungsdepartement Basel-Stadt (Hrsg.):** Strategie und Grobplanung zum Ausbau und zur Weiterentwicklung von Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler / Basel 2006
- Primavesi, R.:** Evaluationsbericht zum Vorpilotprojekt 2004 Tagesferien mit Empfehlungen / Basel 2004
- Staatskanzlei Basel-Stadt (Hrsg.):** Gesamtstädtisches Konzept Quartiersekretariate Basel / Basel 2005
- Staatskanzlei Basel-Stadt (Hrsg.):** Neubebauung Volta Mitte. Selektiver Projekt- und Investorenwettbewerb mit Ideenteil; Wettbewerbsprogramm Pro Volta / Basel 2004
- Staatskanzlei Basel-Stadt (Hrsg.):** Ratschlag betreffend vier Pilotprojekte von Schulen mit Tagesstrukturen auf der Stufe Kindergarten und Primarschule / Basel 2006
- Wiener, D. (Hrsg.):** Wir sind die Stadt. Das Beispiel Werkstadt Basel / Merian Verlag / Basel 2001

ad Kap. 13 Bildung & Erziehung

- Bundesamt für Bildung & Wissenschaft (Hrsg.):** Erwachsenenbildung in der Schweiz. Bestandesaufnahme und neue Empfehlungen / Bericht der Schweizerischen UNESCO-Kommission / Bern 2005
- Bundesamt für Gesundheit BAG (Hrsg.):** Entwicklungschancen fördern - Prävention zu Gunsten gefährdeter Kinder und Jugendlicher. Empfehlungen einer kollektiven Expertise / Bern 2004
- Bundesamt für Statistik (Hrsg.):** Lesen und Rechnen im Alltag. Grundkompetenzen von Erwachsenen in der Schweiz / Neuchâtel 2006
- ECAP (Hrsg.):** Soziale Integration, Demokratie, Wissen: welche Kultur, welche Bildung? / Zürich 2006
- Erziehungsdepartement Basel-Stadt (Hrsg.):** Die Schulen von Basel-Stadt / Basel 2006
- Erziehungsdepartement Basel-Stadt (Hrsg.):** Leitbild für die Schulen von Basel-Stadt / Basel 2006
- Erziehungsdepartement Basel-Stadt (Hrsg.):** Richtlinien über die Bewilligung und Aufsicht von Tages- und Halbtagesheimen zur familienergänzenden Betreuung von Kindern / Basel 2003
- Interface (Hrsg.):** Kinderbetreuungsgutscheine. Diskussionspapier zu Händen der Zentralstelle für Familienfragen / Luzern 2005
- Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft (Hrsg.):** Schlussbericht zum Projekt „Gesundheitsförderung im Frühbereich“ / Liestal 2005

ad Kap. 14 Freizeit & Kultur

- Direktion für Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bern (Hrsg.):** Frühförderungskonzept – Massnahmen zur Verbesserung der Bildungschancen sozial benachteiligter Kinder / Bern 2006
- Gleichstellungsbüro & Zentraler Personaldienst Basel-Stadt (Hrsg.):** Familie unterwegs. Eltern werden bei Basel-Stadt. Eine Informationsbroschüre für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung / Basel-Stadt 1999
- Gschwind, M. / Bucher, N.:** Aktionsprogramm Stadtentwicklung, APS-107. Gesamtstädtisches Konzept für das Angebot an Jugendtreffpunkten in Basel-Stadt / Basel 2002
- Justizdepartement Basel-Stadt (Hrsg.):** Offene Kinder- und Jugendarbeit Basel-Stadt 2006. Konzept mit Leitsätzen, Massnahmen und Prioritäten / Basel 2006
- Justizdepartement Basel-Stadt, AJFP (Hrsg.):** Bericht über die Situation der Familie im Kanton Basel-Stadt. Eine Untersuchung in den Quartieren Breite, St. Alban und St. Johann (Band 1) / Schriftenreihe des Justizdepartements Basel-Stadt / Basel 2000
- Justizdepartement Basel-Stadt, AJFP (Hrsg.):** Bericht über die Situation der Familie im Kanton Basel-Stadt. Eine Vergleichsstudie der Jahre 1999 und 2004 in ausgewählten Quartieren (Band 2) / Schriftenreihe des Justizdepartements Basel-Stadt / Basel 2005
- Justizdepartement Basel-Stadt, AJFP (Hrsg.):** Bericht über die Situation der Familien im Kanton Basel-Stadt. Vergleichsstudie der Jahre 1999 und 2004 in vier ausgewählten Quartieren / Basel 2005
- Justizdepartement Basel-Stadt, AJFP (Hrsg.):** Jugenarbeit in der Offenen Jugendarbeit, Basel 2003
- Justizdepartement Basel-Stadt, AJFP (Hrsg.):** Leitsätze für eine Familienpolitik im Kanton Basel-Stadt / Familienkommission des Kantons Basel-Stadt / Basel 2005
- Justizdepartement Basel-Stadt, AJFP (Hrsg.):** Situation sozial schwacher Jugendlicher im Übergang zwischen Schule und Beruf. Programme, Akteure und Schnittstellen in Basel-Stadt / Basel 2003
- Kommission für Jugendfragen Basel-Stadt (Hrsg.):** Jugendpolitische Leitziele / Basel 1997
- Stiftung SPI & Sozialpädagogisches Institut Berlin (Hrsg.):** So geht Jugenarbeit. Geschlechtsbezogene Entwicklung von Jugendhilfe / Fata Morgana Verlag / Berlin 2001

16 Liste der interviewten Schlüsselpersonen

Persönliche Interviews mit:	
Bannwart, Bettina	JD, stv. Leiterin Gleichstellungsbüro
Birrer, Martin	GD, Leiter Abteilung Langzeitpflege
Bohnenblust, Eveline	GD, Leiterin Abteilung Sucht
Burri, Anne	IG Wohnen / Büro für Soziales Arbeiten / Lotse
Denz, Annette	Stv. Leiterin AHBasel
Dolder, Hansjürg	WSD, Leiter Amt für Wirtschaft & Arbeit (AWA)
Flückiger, Marc	JD, Leiter Abteilung Jugend, Familie & Prävention (AJFP)
Frank, Roland	ED, Abteilung Tagesbetreuung, Leiter Kontaktstelle Quartierarbeit
Grütter, Karin	Geschäftsinhaberin bildbar.ch
Haniotis, Antonius	WSD, Leiter Amt für Sozialbeiträge
Hanslin, Andreas	Geschäftsleiter Robi-Spiel-Aktionen
Ineichen, Thomas	Direktor Overall
Kessler, Thomas	SiD, Leiter Abteilung Integration
Knöpfel, Carlo	Caritas Schweiz, Leiter Bereich Grundlagen
Leimgruber, Felix	ECAP / Präsident Regiokonferenz Erwachsenenbildung
Lüking, Hansjörg	ED, Leiter Abteilung Erwachsene Behinderte
Mäder, Ueli	Uni BS, Leiter Institut für Soziologie / FHNW
Mateo, Ines	JD, Stv. Leiterin Gleichstellungsbüro
Meier, Paul	WSD, Leiter IV-Stelle Basel-Stadt
Meier, Renato	Geschäftsleiter Familien- und Erziehungsberatung (fabe)
Meury, Walter	Geschäftsführer Suchthilfe Region Basel (SRB)
Münch, Martina	BD, Hochbau- & Planungsamt, Leiterin Stadtgestaltung öffentlicher Raum
Musica, Mirjam	GGG, Leiterin Ausländerberatung (vormals Leiterin SAH Basel)
Ryser, Werner	Geschäftsleiter Pro Senectute Basel-Stadt
Schönbucher, Albrecht	Basler Freizeitaktion (BFA), Leiter Jugendhäuser
Signer, Hans Georg	ED, Leiter Ressort Schulen
Steffen, Thomas	GD, Leiter Gesundheitsförderung & Prävention
Stocker, Martin	SiD, KaPo, Leiter Ressort Besondere Prävention
Tomaschett, Edi	Geschäftsleiter Pro Infirmis Basel-Stadt
Trechslin, Alfred	Sozialhilfe Basel-Stadt, Leiter Intake & Grundlagen
Telefonische Interviews mit:	
Reber, Isaak	Leiter BD, Hochbau- und Planungsamt, Leiter Logis Bâle
Schürmann, Rolf	WSD, Leiter Amt für Sozialbeiträge, Abteilung Existenzsicherung
Wettstein, Eleonore	GGG, Informationsstelle Integration

17 Anzahl Institutionen des „Sozialen Basels“ nach Themen- und Wirkungsbereich

Nachfolgend in der Tabelle aufgelistet die nach Basler Sozialkompass ausgezählten Einrichtungen des „Sozialen Basels“, gegliedert und summiert nach Themen- und Wirkungsbereich:

Themen- und Wirkungsbereich	Anzahl Institutionen
1. Alter, Verlust von Mobilität & Selbständigkeit	22
2. Erwerbsunfähigkeit & Arbeitslosigkeit	64
3. Armut & Soziale Desintegration	42
4. Behinderung & Invalidität	99
5. Krankheit & Unfall	97
5a. Suchterkrankungen	43
6. Sexuelle Diskriminierung & Genderfragen	26
7. Gewalt & Kriminalität	21
8. Migration & Integration	23
9. Begegnung & Beziehung	95
10. Wohnen, (Frei-)Raum & Quartier	44
11. Bildung & Erziehung	70
12. Freizeit & Kultur	66
Total Institutionen:	712

Quelle: www.sozialkompass.ch (mit freundlicher Unterstützung der Familien- und Erziehungsberatung FaBe)

Die Einrichtungen wurden dem Themen- und Wirkungsbereich nach dem jeweils ersten Schlagwort zugeteilt, unter dem sie sich im Basler Sozialkompass aufführen lassen. Die meisten Einrichtungen lassen sich jedoch aufgrund ihrer mehr oder weniger breiten Aktivitäten unter mehreren Schlagwörtern aufführen. Die Zuteilung zu nur einem Themen- und Wirkungsbereich ist also vor allem bei stark diversifizierten Einrichtungen problematisch und wird der Palette ihrer Aktivitäten kaum gerecht.

Als extreme Beispiele seien die Familien- und Erziehungsberatung Basel sowie die Regionalstelle des Schweizerischen Roten Kreuzes angeführt; sie sind im Basler Sozialkompass jeweils unter über zwei Dutzend verschiedenen Schlagwörtern zu finden:

Familien- und Erziehungsberatung Basel: Psychologische Beratung, Kinder, Männer, Gruppenpsychotherapie, Schulprobleme, Anlaufstellen Kinderschutz, Finanzielle Hilfe, Psychotherapie, Kinderschutz, Schulden, Sozialberatung, Gewalt, Eheberatung und Paarberatung, Erziehungsberatung, Familienberatung, Budgetberatung, Mütter, Frauen, Missbrauch, Jugendliche, Getrennte und Geschiedene, Schwangerschaft und Geburt, Paarberatung, Trennung und Scheidung, Väter, Alleinerziehende

Schweizerisches Rotes Kreuz Basel-Stadt: Behinderte allgemein, Betagte, Transportdienste, Alterspflege, Babysitterdienst, Gesundheit und Krankheit, Berufsberatung und Berufsinformation, Notrufe, Säuglinge und Kleinkinder, Krankenpflege zu Hause, Sozialeinsätze, Spitex, Kleiderannahme und Kleiderabgabe, Heilgymnastik und Schwimmen, Migration, Weiterbildung, Jugendliche, Mütter, Secondhand, Schwimmen, Schwangerschaft und Geburt, Integration, Kinderhütendienst, Alleinerziehende, Väter, Freizeit für Kinder und Jugendliche, Besucherdienst, Behinderte, geistig behindert

18 Anzahl Institutionen des „Sozialen Basels“ nach Schlagwort

Nachfolgend aufgelistet die nach Basler Sozialkompass ausgezählten Einrichtungen des „Sozialen Basels“, alphabetisch gegliedert und summiert nach Schlagwort.

Schlagwort (1. Schlagwort im Sozialkompass)	Institutionen
Abstinenten-Vereinigungen	5
Adoption	2
ADS (Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom)	1
AHV/IV-Stellen	1
Aids	5
Alkoholismus	6
Alleinerziehende	4
Alleinstehende	6
Alterspflege	3
Alterswohnungen	2
Analphabeten funktionale	1
Anlaufstellen Kindesschutz	1
Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen	5
Arbeitseinsätze	3
Arbeitslose	8
Arbeitslosenkassen	8
Arbeitsrecht	1
Asylsuchende	2
Aufnahmeheime	1
Ausbildungsbeiträge	8
Ausgleichskassen	2
Ausländer und Ausländerinnen	6
Autismus	2
Babysitterdienst	1
Begleitetes Wohnen	5

Behinderte, allgemein	15
Behinderte, geistig behindert	10
Behinderte, hörbehindert/hörgeschädigt	9
Behinderte, körperbehindert	9
Behinderte, psychisch behindert	10
Behinderte, sehbehindert	1
Behinderte, sprachbehindert	3
Behindertenwerkstätten	3
Beobachtungsstationen	1
Beratungsstellen	2
Berufsberatung und Berufsinformation	4
Berufsförderung	3
Berufsverbände	5
Beschäftigungsprogramm	3
Beschäftigungsstätten	5
Beschwerdestellen	4
Besuchsrecht	1
Betagte	11
Betreutes Wohnen	4
Betriebliche Sozialdienste	12
Bewährungshilfe	2
Bibliotheken	3
Brockenhäuser	3
Budgetberatung	1
Bulimie (Ess-/Brechsucht)	1
BVG	2
Cerebral Gelähmte	1
Chancengleichheit	1
Depressionen	1
Diabetes	1
Dokumentationsstellen	1
Dolmetscherdienst	1
Down Syndrom	2
Drogen	15
Dyskalkulie	1
Eheberatung und Paarberatung	2

Eingliederung	4
Elternbildung	3
Elternvereinigungen und Initiativgruppen	5
Epilepsie	2
Ernährungsberatung	1
Erwachsenenbildung	8
Erziehungsberatung	1
Familienberatung	2
Familienhilfe	1
Ferien für Erwachsene und Familien	4
Ferien für Kinder und Jugendliche	2
Ferienlager	3
Finanzielle Hilfe	23
Flüchtlinge	2
Förderstätten	1
Foyer	1
Frauen	12
Freizeit für Erwachsene	5
Freizeit für Kinder und Jugendliche	18
Gassenarbeit	2
Gemeinwesenberatung	1
Geschützte Arbeitsplätze	6
Gesetzliche Massnahmen Erwachsene	2
Gesetzl. Massnahmen Kinder/Jugendliche	4
Gesundheit und Krankheit	21
Gewalt	1
Gewerkschaften	4
Gleichstellung	3
Gruppenpsychotherapie	1
Hauspflege	1
Hilfsmittel	2
Hirnverletzung	2
Homosexualität	2
Horte	2
Infothek	3
Integration	6

Jugendliche	5	POS (Psycho-organisches Syndrom)	1	Spitex	1
Jugendpolitik	2	Prävention	5	Sport und Bewegung	4
Jugendtreffpunkte	9	Privatschulen	2	Sprachkurse	3
Jugendverbände	3	Projekthilfe für Arbeitslose	2	Sprachtherapie und Stimmtherapie	1
Jugendwohnheime	1	Prophylaxe	7	Sterbebegleitung	1
Kindergärten	1	Prostitution	1	Steuererklärungen	1
Kinderheime	5	Psychologische Beratung	2	Stillen	1
Kinderhütedienst	2	Psychotherapie	3	Strafgefangene und Straftentlassene	3
Kinderkrippen	2	Quartierarbeit	13	Studenten und Studentinnen	7
Kindertreffpunkte	2	Quartiertreffpunkte Basel	1	Suchtprobleme	2
Kirchen	5	Rassismus	1	Tagesheime	8
Kleiderannahme und Kleiderabgabe	1	Rechtsberatung	9	Tagesmütter und Tagesväter	1
Komplementärmedizin	1	Rehabilitation	3	Tagesschulen	2
Langzeitkrankheiten	3	Religionen	2	Telefonische Auskunft und Beratung	7
Lehrlingsheime	2	Religiöse Gemeinschaften	10	Theater	1
Lehrstellenvermittlung	2	Rheuma	1	Transportdienste	2
Ludotheken	1	Säuglinge und Kleinkinder	3	Trauerverarbeitung	1
Männer	3	Schmerzen	1	Trennung und Scheidung	1
Mehrlinge	1	Schulden	1	Übersetzungen	1
Menschenrechte	1	Schulheime	4	Unfallverhütung	1
Mieter und Mieterinnen	3	Schulprobleme	1	Unfallversicherung	1
Migration	3	Schwangerschaft und Geburt	5	Väter	1
Militär	1	Schwimmen	1	Verbrechensverhütung	2
Mittagstisch	4	Selbsthilfe	18	Vormundschaft	1
Mütter	2	Senioren-sport	1	Weiterbildung	7
Nachsorge	1	Sexualisierte Gewalt	3	Wohnen	4
Niederlassungsbewilligung	1	Sonderschulen	3	Wohngemeinschaften	3
Notfalldienste	3	Sozialberatung	12	Wohngruppen	5
Notrufe	3	Sozialdienste der Spitäler und Polikliniken	1	Wohnheime allgemeine	3
Notschlafstellen/-unterkünfte/-wohnungen	1	Soziale Berufe (Ausbildung)	3	Wohnheime für Behinderte	3
Obdachlose	2	Sozialeinsätze	5	Wohnungsvermittlung	5
Ombudsmann und Ombudsfrau	2	Sozialhilfe	1	Zahnkliniken	2
Opferhilfe	1	Spielgruppen	2	Zahnpflege	1
Pflegebeiträge	1	Spielzeugverleih und Spielmaterialverleih	1	Total	712
Pflegeheime	1	Spitäler	8		
Pflegekinder	2	Spitalpfarrämter	2		